



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

durch dieses Sommerheft von „Einsichten und Perspektiven“ weht leicht melancholisch das Thema der vergessenen Moderne. Ingvild Richardsen und Matthias Busch zeigen in ihren Beiträgen, dass schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts in der literarischen Kultur (in diesem Fall in München) bzw. in der Bildungspolitik der Weimarer Republik Ideen prominent vertreten wurden, die sogar noch heute als modern gelten können:

Ingvild Richardsen stellt in ihrem Beitrag „Evas Töchter – Münchner Schriftstellerinnen und die moderne Frauenbewegung“ Literatinnen vor, die als Feministinnen ihrer Zeit weit voraus und zudem international vernetzt waren. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde diese lebendige Szene unwiderruflich zerstört. Matthias Busch stellt Bildungskonzepte aus der Weimarer Zeit vor, die auch aus heutiger Zeit stammen könnten, wie etwa Formen der Schülermitbeteiligung. Auch diese demokratischen Innovationen wurden in der autoritär-repressiven NS-Zeit beendet.

Weitere Beiträge in diesem Heft:

Sven Deppisch beleuchtet problematische Strukturen der Polizei in der Weimarer Republik, die paramilitärische Züge aufwies, zum Teil in die mörderische Geschichte des Krieges zur sogenannten „Bandenbekämpfung“ involviert war und die dieses Erbe erst lange nach dem Krieg ablegen konnte.

Ursula Münch und Jörg Siegmund erläutern in Blick auf das politische Bayern dominierende Thema, die Landtagswahl am 14. Oktober 2018, Grundzüge des Parteiensystems in Bayern, dem Land, in dem „die Uhren anders gehen“.

Zum Schluss noch ein Hinweis in eigener Sache:

Die Landeszentrale ist umgezogen.

Sie erreichen uns ab sofort unter folgender Adresse:

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Englschalkinger Str. 12, 81925 München

Wir wünschen wie immer eine interessante Lektüre und einen schönen Sommer!

Die Redaktion

Leserbriefe richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: landeszentrale@stmuk.bayern.de, Stichwort: Einsichten und Perspektiven. Hier können Sie auch ein kostenloses Abonnement der Zeitschrift beziehen.

Autorinnen und Autoren dieses Heftes

Prof. Dr. Matthias Busch ist Professor für die Didaktik der Gesellschaftswissenschaften an der Universität Trier.

Dr. Sven Deppisch ist Historiker und Lehrbeauftragter an der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern – Fachbereich Polizei.

Prof. Dr. Ursula Münch ist seit 2011 Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Sie forscht und lehrt seit 1999 als Professorin für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr München.

Dr. Ingvild Richardsen ist Dozentin und Autorin für Universitäten, Akademien, Film und Fernsehen sowie Lehrbeauftragte am Institut für Deutsche Philologie der LMU München und an der Universität Augsburg am Lehrstuhl für Europäische Kulturgeschichte.

Jörg Siegmund, M.A., ist Persönlicher Referent der Direktorin und wissenschaftlicher Assistent für Demokratie- und Wahlforschung sowie Politikevaluation an der Akademie für Politische Bildung, Tutzing.

Inhalt



Evas Töchter. Münchner Schriftstellerinnen und die moderne Frauenbewegung 1894-1933

4

Eine Ausstellung in der Monacensia im Hildebrandhaus in München
(14. März bis 16. September 2018)

von Ingvild Richardsen



„Tastendes Tappen“

26

Zur Entwicklung einer demokratischen politischen Bildung
in der Weimarer Republik

von Matthias Busch

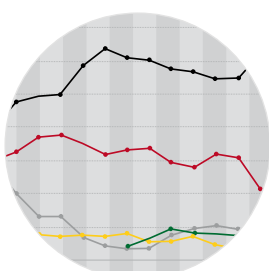


Weimars dunkles Erbe

36

Der „Bandenkampf“ in Ausbildung, Kultur und Einsatzpraxis
der deutschen Polizei von der ersten Demokratie bis in die
Bundesrepublik

von Sven Deppisch



100 Jahre politische Bildung

58

– eine Tagung der Landeszentrale in Augsburg 15.-17. Mai 2018

Das bayerische Parteiensystem im Vergleich – Merkmale, Trends und Perspektiven

62

Von Jörg Siegmund und Ursula Münch

Evas Töchter. Münchner Schriftstellerinnen und die moderne Frauenbewegung 1894-1933

Eine Ausstellung in der Monacensia im Hildebrandhaus in München (14. März bis 16. September 2018)

„Modernsein heißt für die Frau ein eigenes Gesetz in der Brust tragen!“ (Carry Brachvogel)

von Ingvild Richardsen



Inszenierte Amazonen
(Fotoatelier Elvira)
(Erste v.l.: Martha Haushofer,
Zweite v. l.: Emma Merk)
Foto: Stadtarchiv München

Um 1900 präsentierte sich München als eine der bedeutendsten Kunstmetropolen Europas. Im letzten Drittel des Jahrhunderts waren Scharen von Künstlern und Schriftstellern in die Residenzstadt gezogen, die damals den Ruf genoss, die geistig freieste und kunstsinnigste Stadt zu sein. Zusammenhängend damit bildete sich seit 1886 in der Residenzstadt auch eine einzigartige Szene der modernen Frauenbewegung heraus, die es im ganzen deutschen Reich nirgendwo so gab. Schnell gelang es ihr, weite Teile des Bürgertums für ihre Ideale und Ziele zu begeistern und ab 1899 ihr Netzwerk über ganz Bayern zu spannen. Und so stand München um 1900 dann auch noch als ein Flaggschiff der modernen bürgerlichen Frauenbewegung in Bayern da.

Zum Titel „Evas Töchter“

Der Name der in der Münchner Monacensia vom 14. März bis zum 16. September 2018 laufenden Ausstellung knüpft an ein altes Buch an, das im Jahr 1893 unter dem Titel „Evas Töchter“ in München erschien. 1892 hatte die aus einer alten Münchner Bürger- und Künstlerfamilie stammende Münchner Schriftstellerin Emma Merk eine provisorisch mit „Evas Töchter“ betitelte Mappe durch-

geblättert, die Aquarelldrucke und Grafiken des bekannten und mit ihr befreundeten Münchner Grafikers und Malers Emanuel Spitzer enthielt. Sie sollte daraus ein Buch machen und einen passenden Text rund um die kunstvollen, zuweilen aber auch tatsächlich boshaft-bissigen Bilder schreiben. Angesichts des Titels und der Bilder zögerte Emma Merk nicht lange. Sie nahm den Auftrag des

bekannten Münchner Kunstverlages Franz Hanfstaengl an.¹

Bereits ein Jahr später erschien ein wahres Prachtwerk auf dem Buchmarkt. Der Einband bestand aus einer besonderen Art Seide, sogenanntem „Seidenpetuche“, und auf dem Cover prangte – geschmückt von explodierenden goldfarbenen Herzen – in goldgepresster Jugendstilschrift der Titel: „Evas Töchter“.



Foto: Monacensia/Münchner Stadtbibliothek



Emma Haushofer-Merk
Foto: Monacensia/Münchner Stadtbibliothek

1 Emanuel Spitzer/Emma Merk: Evas Töchter, Franz Hanfstaengl Verlag. München 1893. Siehe zum gesamten Inhalt der Ausstellung auch: Ingrid Richardsen (Hg.): Evas Töchter. Münchner Schriftstellerinnen und die moderne Frauenbewegung. 1894–1933, München 2018.

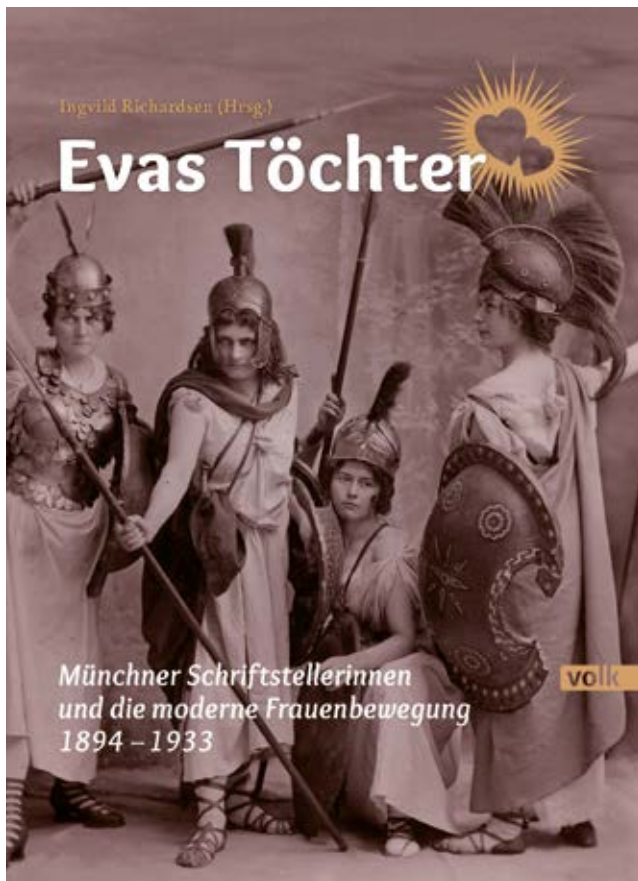
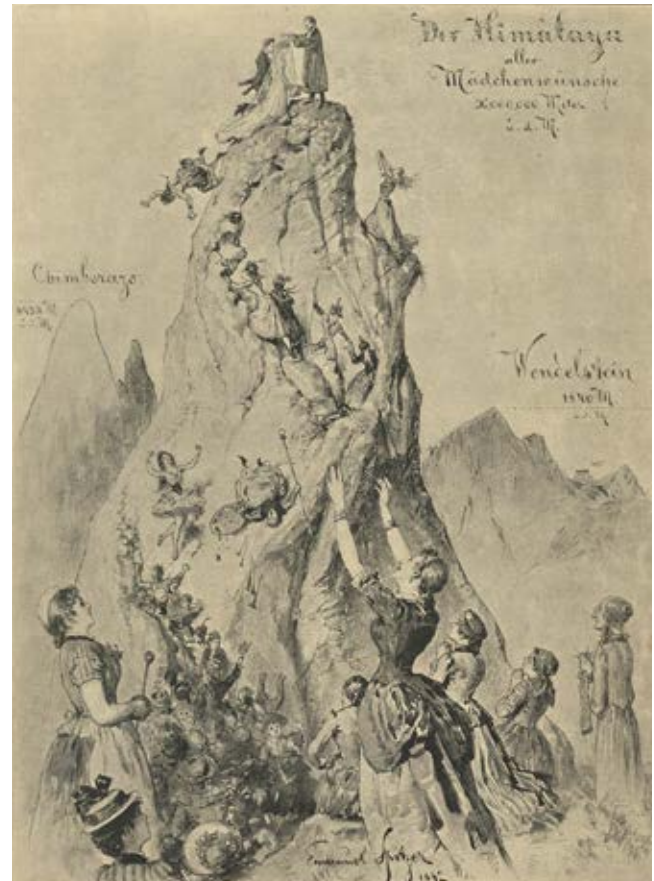


Foto: Volk Verlag



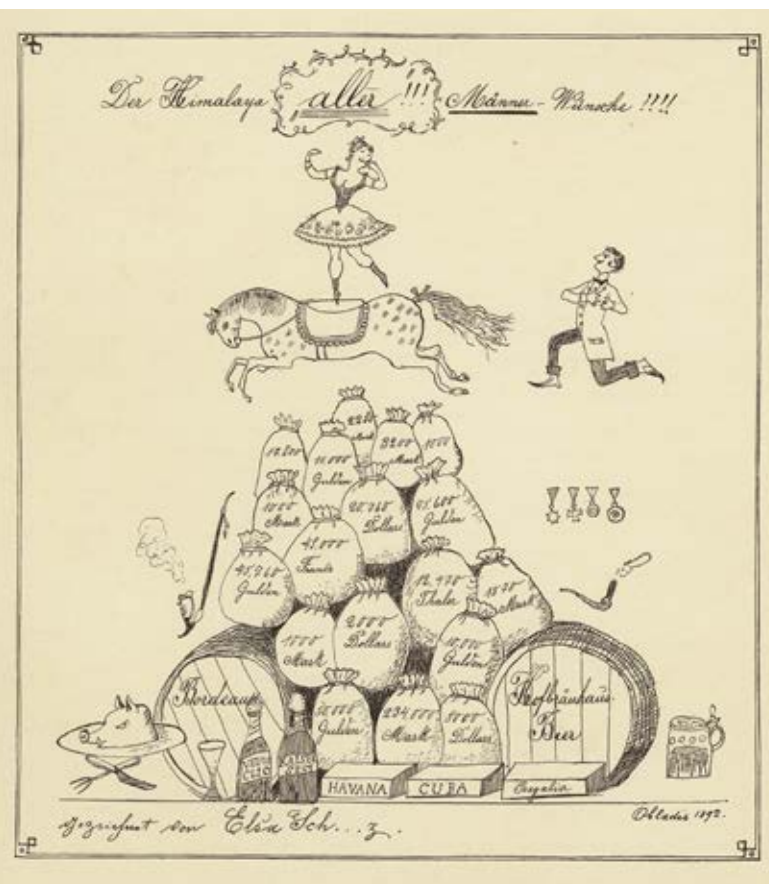
Ironischer Kommentar zur weiblichen Lebensgestaltung: der „Himalaya aller Frauenträume“

Abbildung: Privataarchiv Richardsen

Mit Witz und viel Ironie führte das Buch in Text und Bild vor, wie das Leben bürgerlicher Mädchen und Frauen am Ende des 19. Jahrhunderts aussah. Emma Merk und Emanuel Spitzer präsentierten den weiblichen Weg von der Geburt über die Erziehung, zeigten, wie diese darauf zielte, eine gute Partie zu ergattern, die baldmöglichst gekrönt werden sollte von der Geburt eines Kindes. Zuletzt verschonten sie auch die Männer nicht, auch ihre Ziele und geheimsten Wünsche wurden spöttisch von ihnen dargeboten. Aus heutiger Sicht stellt der Kunstband ein bedeutendes kulturhistorisches Dokument dar. Anschaulich zeugt er von den im Bürgertum des 19. Jahrhunderts herrschenden Geschlechterbildern und Rollenvorstellungen und verdeutlicht, wie die Schicht der bürgerlichen Frauen noch am *Fin de siècle* vom öffentlichen Leben ausgegrenzt war, das nach wie vor dem Mann vorbehalten war. Kennzeichnend war eine stark auf häusliche Arbeit ausgerichtete, höchstens zehnjährige Schulbildung der Frauen mit Schwerpunkt auf Handarbeits- und Hauswirtschaftsunterricht. Der Ehrgeiz wurde auf den Mann als Ziel gelenkt, darauf eine möglichst ‚gute Partie‘ zu machen, wobei das Heiratsalter

damals um die 25 Jahre betrug. Nach außen wurde der zelebrierte Müßiggang der Frau zum Ideal erhoben. Angeseht waren wohlthätiges Engagement und zweckfreie künstlerische Betätigung wie Musizieren, Malen oder die Lektüre schöngestiger Literatur. Attribute, die der Frau in diesem Geschlechterverhältnis zukamen und seit Generationen anerzogen wurden, sind Ergebenheit, Bescheidenheit und eine als erstrebenswert erachtete Abhängigkeit vom Mann. Selbstbestimmung, Arbeit und Erwerbstätigkeit für die bürgerliche Frau kam eigentlich nicht in Frage. Allerdings konnten Frauen, die unverheiratet blieben und nicht von vorhandenem Kapital leben konnten, als Lehrerinnen ihren Lebensunterhalt verdienen. Dieser Beruf galt damals als der einzige standesgemäße für die Tochter aus gutbürgerlichem Haus.²

2 Zur Kultivierung der Frau als einer „Drohne“ und zur Anerziehung weiblicher Eigenschaften im Bürgertum vgl. auch Brigitte Bruns: Das dritte Geschlecht von Ernst von Wolzogen. In: Rudolf Herz/Brigitte Bruns (Hg.): Hof-Atelier Elvira 1887–1928. Ästhetik, Emanzipation, Aristokratie. Ausstellungskatalog Fotomuseum, im Münchner Stadtmuseum, München 1985, S. 171–190, hier S. 183 ff.



Ein teures Vergnügen: der „Himalaya aller Männerträume“
Foto: Privataarchiv Richardsen

Tatsächlich hatte das Leben der Schriftstellerin Emma Merk mit dem von ihr in *Evas Töchter* vorgestellten typischen Dasein ihrer bürgerlichen Zeitgenossinnen nichts mehr gemein. Sie war ihrer Zeit weit voraus. Ihr damaliges Leben entsprach nahezu dem Leben heutiger Frauen. 1893 war sie, die in Münchens Künstlerkreisen aufgewachsen war, 39 Jahre alt; lange schon verdiente sie ihr eigenes Geld als Schriftstellerin. Kinder hatte sie nicht, dafür aber einige Beziehungen hinter sich. Seit 1886 war sie mit dem 14 Jahre älteren Dichter und Professor für Volkswirtschaft, Max Haushofer, liiert. Er war Witwer und Vater von drei Kindern und sie kannte ihn schon seit ihrer Jugendzeit.

Bereits ein Jahr später, 1894, gehörte Emma Merk in München zu den Mitgründerinnen eines Vereins, der die Ziele der modernen Frauenbewegung verfolgte. Die Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung, die im restlichen deutschen Reich schon seit 1865 agierten, wendeten sich gegen die traditionellen Rollenbilder und traten für Bildung, Beruf und die finanzielle Unabhängigkeit der

Frau ein. Hochgebildete, dem Bürgertum entstammende Frauen begaben sich auf die Suche nach einem neuen Selbstverständnis der Frau und entwarfen neue, progressive und visionäre Ideen.

Traditionelle Rollenbilder standen seit 1894 auch in München auf dem Prüfstand und wurden scharf kritisiert, ein neues Selbstverständnis wurde sich angeeignet, das Recht der Frau auf Bildung, Beruf und ein Leben ohne Abhängigkeit in den folgenden Jahrzehnten erstritten.

Anita Augspurg, Sophia Goudstikker, Ika Freudenberg, Marie Haushofer, Carry Brachvogel, Emma Merk, Helene Böhlau, Gabriele Reuter, Emmy von Egidy und viele andere wurden zu prägenden Gestalten der Residenzstadt; Frauenrechtlerinnen, Schriftstellerinnen und Künstlerinnen, die sich alle als „moderne Frauen“ begriffen und alle Mitglied waren in einem Verein, der 1894 unter dem Namen „Gesellschaft zur Förderung der geistigen Interessen der Frau“ gegründet wurde.

Herausragend an dieser Organisation war die Einbeziehung von Männern, die man für die Ziele der Bewegung begeisterte und mobilisierte und deren Netzwerke auch dem Verein zugute kamen. Der Dichter und Professor für Volkswirtschaft, Max Haushofer, die bekannten Jugendstil-künstler Hermann Obrist und August Endell oder auch der Schriftsteller Ernst Freiherr von Wolzogen zählten beispielsweise zu den Unterstützern und Mitgliedern des Vereins für Fraueninteressen.

Die Ausstellung „Evas Töchter“ knüpft insofern an das gleichnamige Buch aus dem Jahr 1893 an, als sie vor Augen führt, was seit 1894 mit erstaunlich vielen der in „Evas Töchter“ auftretenden Frauen in München passierte: Ergriffen von den Ideen der modernen bürgerlichen Frauenbewegung, wurden viele nun Mitglieder in dem Verein, der sich ab 1899 „Verein für Fraueninteressen“ nannte und zum Flaggschiff der modernen bürgerlichen Frauenbewegung in Bayern wurde. Rückblickend ist er dem gemäßigten Flügel der modernen bürgerlichen Frauenbewegung zuzurechnen, der sich vor allem der Bildungsfrage und der Sozialfürsorge widmete.

Modern, fortschrittlich und emanzipiert. Die Ausstellung präsentiert ein bisher ungeschriebenes, weithin unbekanntes Kapitel Münchner Stadt- und Kulturgeschichte, Frauen – und auch Männer –, die sich seit Ende des 19. Jahrhunderts bis 1933 in der Münchner Frauenbewegung an vorderster Stelle für die Emanzipation stark gemacht haben: die Juristin und Pazifistin Anita Augspurg, die Fotografin Sophia Goudstikker, die Schriftstellerinnen Emma Merk, Carry Brachvogel, Marie Haushofer, Helene



Seitenansicht aus „Evas Töchter“
Foto: Privatarhiv Richardsen



Blick in die Ausstellung
Foto: Monacensia/Münchner Stadtbibliothek

Böhlau, Emmy von Egidy, und der Schriftsteller und Professor für Volkswirtschaft Max Haushofer.

Die Lebensentwürfe, Ansichten und Ideen der in „Evas Töchter“ vorgestellten, politisch engagierten Münchner Schriftstellerinnen und Frauenrechtlerinnen sind von hoher Aktualität. Schon damals setzten sie auf Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, auf die Bedeutung von Arbeit, Bildung, Beruf und die finanzielle Unabhängigkeit der Frau. Schon damals forderten sie auch gleiche Entlohnung von Männern und Frauen. Höchst modern war ihr Anspruch, eine Erneuerung der Gesellschaft nur gemeinsam mit, nicht in Gegnerschaft zu den Männern anzustreben. Ihre neuen Lebensentwürfe und Geschlechterbilder lebten sie nicht nur selbst, sondern präsentierten sie auch in ihren künstlerischen Werken. Die Visionen und Ideen all dieser „modernen Frauen“, die in der bürgerlichen Frauenbewegung engagiert waren, fanden 1933 mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten in den meisten Fällen jäh ihr Ende.

Noch heute stellen diese Frauen Vorbilder dar. Es sind Frauen, die ihre Ideale nie verloren haben und ihre Stärke

und Konsequenz beeindruckt noch immer. Von ihrem Mut, ihrem politischen und gesellschaftlichem Engagement sowie ihrem Zusammenschluss in Netzwerken lässt sich noch heute lernen.

Zu den Hauptfiguren der Ausstellung

Hauptprotagonisten der Ausstellung sind Münchner Schriftstellerinnen und Schriftsteller, deren literarische Nachlässe von den Familien in den letzten Jahren für die Monacensia gewonnen werden konnten. In ihnen fanden sich viele bedeutende Zeugnisse (Akten, Briefe, Briefwechsel, Urkunden, Fotografien, Zeitungsausschnitte, Veranstaltungsprogramme, Broschüren etc.), welche die Entstehung und Entwicklung der modernen Frauenbewegung seit 1894 bis 1945 in München und Bayern dokumentieren und es erlauben, erstmals ihre Entwicklung anhand einiger Schlaglichter nachzuzeichnen. Bei den Nachlässen handelt sich zum einen um den Nachlass der Schriftstellerin Carry Brachvogel (1864–1942) und den ihres Bruders Siegmund Hellmann, der bereits 2013



Die Hauptfiguren der Ausstellung: Marie Haushofer, Emma Haushofer-Merk, Max Haushofer und Carry Brachvogel
Foto: KW Neun/Augsburg

aus der Schweiz als Schenkung in die Monacensia kam. Damit zusammenhängend, aber auch im Zuge der Planungen zur Ausstellung „Evas Töchter“ konnte die Familie Haushofer davon überzeugt werden, wichtige literarische Nachlässe aus ihrem Archiv in die Monacensia zu geben: den der Schriftstellerin und Frauenrechtlerin Emma Merk (1854-1925; seit 1902: Emma Haushofer-Merk), den der Malerin und Dichterin Marie Haushofer (1871-1940) und den des Dichters und Professors für Volkswirtschaft Max Haushofer (1840-1907). Er war nicht nur der spätere Ehemann von Emma Merk, der Vater von Marie Haushofer, sondern auch ein enger Freund Carry Brachvogels.

Diese vier Personen, die zueinander in allerengstem Kontakt standen, sind für die Literatur- und Kulturgeschichte Münchens und Bayerns von erheblicher Relevanz. Marie Haushofer schrieb ein Festspiel für den ersten bayerischen Frauentag 1899, das 1902 sogar in der Oper in Bayreuth zur Aufführung kam und aus heutiger Sicht ein bedeutendes theatrales Zeugnis der deutschen Emanzipationsbewegung darstellt. Emma Haushofer-Merk und Carry Brachvogel waren zu ihrer Zeit nicht nur deutschlandweit als Schriftstellerinnen und Frauenrechtlerinnen bekannt, sie galten bei ihren Zeitgenossen auch als hervorragende Kennerinnen Bayerns und als diejenigen, die am besten den „Münchner Roman“ schreiben konnten. Als Frauenrechtlerinnen waren sie insofern von großer Bedeutung, als beide nicht nur an vorderster Front der modernen Frauenbewegung in Bayern engagiert waren, sondern weil sie auch diejenigen waren, die 1913 den ersten Schriftstellerinnenverein Bayerns gründeten.

Max Haushofer, der Sohn des Gründers der Frauenwörter Künstlerkolonie, war seinerzeit ein deutschlandweit bekannter Münchner Professor der Volkswirtschaft, der um

1900 als Dichter auch als „deutscher Dante“ galt. Zudem war er der Mann, der an vorderster Front der modernen Frauenbewegung engagiert und hier unterstützend aktiv war. Er war auch der einzige männliche Teilnehmer, der 1899 auf dem ersten bayerischen Frauentag einen Vortrag hielt.

Weitere Hauptprotagonistinnen der Ausstellung sind die Juristin und Pazifistin Anita Augspurg (1857-1943), die Jugendstilkünstlerin und Schriftstellerin Emmy von Egidy (1872-1946) und die Schriftstellerin Helene Böhlau (1856-1940), die stellvertretend für viele andere Künstler und Schriftsteller stehen, die es seit den 1880er/1890er Jahren in das so kunstsinnige München zog und die alle in dieser Stadt in den 1890ern zu Prominenten wurden.

Zum Leitzitat der Ausstellung: „Modernsein heißt für die Frau ein eigenes Gesetz in der Brust tragen“

Das Leitzitat der Ausstellung – ein Diktum der Münchner Schriftstellerin Carry Brachvogel – stammt aus einem Vortrag, den sie 1911 im Café Luitpold öffentlich hielt. Zu diesem Zeitpunkt war sie eine im ganzen deutschen Kaiserreich bekannte Schriftstellerin, ein literarischer Star. Seit 1903, mit ihrem Eintritt in den Verein für Fraueninteressen, war Brachvogel zudem auch zu einem literarischen Sprachrohr der modernen Frauenbewegung geworden.³

Nach dem plötzlichen Tod ihres Mannes, des Schriftstellers und Redakteurs der Münchner Neuesten Nachrichten Wolfgang Brachvogel 1892, hatte sich die aus einer jüdischen Familie des Münchner Großbürgertums stammende Carry Brachvogel entschlossen, ihren Jugendtraum wahrzumachen, nämlich als Schriftstellerin zu arbeiten und sich und ihre beiden kleinen Kinder - unterstützt von ihrer Mutter - damit zu finanzieren. Ein moderner Lebensentwurf aus heutiger Perspektive. Damals: sehr ungewöhnlich für eine Frau aus bürgerlichen Verhältnissen. Bereits 1894 legte sie ihrem Förderer, dem Literaten und Schriftsteller Ernst von Wolzogen, der im Münchner Literaturbetrieb eine einflussreiche Stellung innehatte, ihren Roman „Alltagsmenschen“ vor. In ihm stellte sie das Münchner Bürgertum des ausgehenden 19. Jahrhunderts dar und erzählte, wie die Münchnerin Elisabeth nach ihrer Heirat das typische Leben einer bürgerlichen Frau vor der Jahrhundertwende führt und vor lauter Langeweile und mangelndem Lebenssinn letztlich Ehebruch begeht. Mit der satirischen Darstellung von Elisabeths Kindheit, Jugend und ihrem späteren Dasein als Ehefrau und Ehebrecherin übte sie mit dem Roman

3 Siehe zu Carry Brachvogels Leben Richardsen (wie Anm. 1), S. 82-97; S. 220-267.



Ernst von Wolzogen (1855 – 1934)
Foto: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

Kritik an der Rolle, die der Frau in der damaligen bürgerlichen Gesellschaft zugewiesen wurde. Wolzogen, der beste Netzwerke nach Berlin besaß, vermittelte sie daraufhin an den renommierten S. Fischer Verlag in Berlin, zu dessen Autoren er auch selbst gehörte. S. Fischer in Berlin war damals **der** Verlag des Naturalismus und der literarischen Moderne. Er veröffentlichte an vorderster Front Bücher von Frauenrechtlerinnen und Schriftstellerinnen, die in der Emanzipationsbewegung aktiv waren. Dass der Roman „Alltagsmenschen“ perfekt in sein Programm passte, zeigt die Tatsache, dass er bereits nach einem Jahr erschien. Carry Brachvogel wurde dadurch sofort im ganzen deutschen Kaiserreich als „moderne Autorin“ bekannt. Bis 1901 veröffentlichte sie noch vier weitere Bücher bei S. Fischer, zudem arbeitete sie auch immer wieder als Schauspielerin in Berlin.

Auch im neuen Jahrhundert fuhr sie darin fort, die Rollen zu untersuchen, die Frauen im privaten und öffentlichen Leben einnahmen und präsentierte ihre Ergebnisse in ihren literarischen Werken, die mittlerweile auch bei zahlreichen weiteren Verlagen in Deutschland erschienen.

Sie wehrte sich gegen ein Geschlechterbild, das Frauen auf die Rolle der Liebenden als Lebensinhalt reduzierte.

Dieses in ihren Augen überkommene, realitätsferne Frauenbild, das sie noch immer im ganzen deutschen Reich kultiviert sah, lastete sie insbesondere den deutschen Klassikern an, vor allem dem in vielen Dramen propagierten Frauenbild. 1911 rechnete sie in einem programmatischen Vortrag „Hebbel und die moderne Frau“ im Cafe Luitpold damit ab.⁴

Die Stationen ihres „literarischen Spaziergangs“ bildeten Lessing (1729-1781), Goethe (1749-1832), Schiller (1759-1805), Kleist (1777-1811) und Hebbel (1813-1863). Anhand der von ihnen entworfenen Frauenfiguren entwickelt sie die These, dass diese Dichter – abgesehen von Hebbel – als Lebenszweck der Frau immer nur die Liebe hingestellt hätten. Seit Lessing Ende des 18. Jahrhunderts aus der französischen Heldentragödie das bürgerliche deutsche Drama geschaffen habe, hat Brachvogel zufolge das „Gefühl“ auf Deutschlands Bühnen Einzug gehalten und die Festlegung der Frau auf die Liebe stattgefunden: „Lange ehe Goethe es niederschrieb, schluchzte schon die ganze Welt betrübten Auges und gehobenen Herzens: „Gefühl ist alles“. Und welch schöneres Gefühl könnte es wohl geben, als die Liebe, und welch edleres Gefühl für dies Gefühl, als die Frau?! Da beginnt denn mit dem klassischen Drama der Reigen jener Frauen, oder vielmehr jener Mädchen zu schreiten, die ganz Liebe, ganz auf Liebe gestellt sind, die Gretchen, Klärchen, Luise, Käthe und wie sie noch alle heißen, die verschiedene Namen tragen und doch immer den gleichen Typ darstellen. Liebe erfasste, verzehrte, verbrannte diese Mädchengestalten, dass nichts von ihnen bleibt als immerfort Liebe. Wenn aber doch einmal in einer Gestalt ein Unverbrennbares, Unlösliches bleiben wollte, dann erschien es nicht wie ein wertvoller, asbestener Kern, sondern wie eine garstige Schlacke, welche die Frau, die nicht restlos in Liebesflammen aufging, vom höchsten Erdenglück, der Mannesliebe, ausschloss. Das ganze Wesen der Frau durfte nur aus *e i n e r* Quelle fließen, der aus der Liebe. [...] Liebe war das Schicksal, Jungfräulichkeit der höchste Wert, der einzige, der nicht in den Liebesflammen zugrunde gehen durfte, dessen Verlust nur mit dem Tode gebüßt werden konnte.“⁵

Programmatisch und poetisch verdichtet stellte sie diesen Ansichten den Typus der modernen, selbstbestimmten

4 Vgl. Verein für Fraueninteressen e.V. (Hg.): 18./19. Jahresbericht. München 1913, S. 9.; Carry Brachvogel: Hebbel und die moderne Frau. München 1912. Der Text findet sich als Beigabe in Carry Brachvogel: Der Kampf um den Mann. Text der Erstausgabe von 1910, S. 25, hg. u. mit einem Nachwort versehen von Ingvild Richardsen, München 2014.

5 Carry Brachvogel: Hebbel und die moderne Frau, München 1912, S. 7 f.



Schauplatz vieler Diskussionen: das Café Luitpold
Foto: Privataarchiv Richardsen



Foto: Privataarchiv Richardsen

Frau entgegen, erklärte, dass „Modernsein“ für die Frau bedeute, der Individualität und Entwicklung der eigenen Persönlichkeit Raum und Geltung zu verschaffen. Aus diesem Kontext stammt nun auch das Leitzitat der Ausstellung: „Modern sein heißt für die Frau ja nicht etwa, nur einen Beruf haben, promovieren oder an Wahlen einen Stimmzettel abgeben wollen, nein, modern sein heißt für die Frau, ihr Leben nicht ausschließlich auf die Liebe festlegen, heißt, dem Manne nicht die Gewalt zu

binden und zu lösen zugestehn. Modern sein heißt für die Frau ein eigenes Gesetz in der Brust tragen, dessen Erfüllung ihr vielleicht nicht banales Glück, gewiss aber das höchste Glück der Erdenkinder gewährt: die Persönlichkeit. Modern sein heißt für die Frau wohl lieben bis zum höchsten Opfermut, nicht aber bis zur Selbstvernichtung, heißt sich nur fürstlich, nie aber nährisch verschwenden, heißt ein Unlösbares in sich tragen, das nie zerstört werden kann, sozusagen ein Fideikommiss der Seele, das ewig unveräußerlich bleibt“. ⁶

Friedrich Hebbel machte sie als den ersten Dichter aus, der Frauenfiguren geschaffen habe, die nicht „nur um L i e b e ringen, sondern um s i c h s e l b s t, die leiden und sterben, weil man ihnen das Gesetz in der eigenen Brust zerschlagen hat, ohne dass sie nicht leben können“. ⁷

Komprimiert bringt das Leitzitat der Ausstellung auf den Punkt, worauf es der modernen Frauenbewegung in Hinsicht auf die Persönlichkeit der Frau nun ankam. Es ging

.....

⁶ Ebd., S. 11 ff.

⁷ Ebd., S. 22 f.

darum, eine vom Mann unabhängige Identität zu entwickeln, den eigenen Wert nicht mehr von der Liebe eines Mannes abhängig zu machen, sich seiner selbst bewusst zu werden und einem eigenen Gesetz zu folgen. Und so wurde denn das Diktum Carry Brachvogels auch deshalb als Leitzitat gewählt, weil man es über das Leben all der Frauen setzen kann, die in der Ausstellung „Evas Töchter“ präsentiert werden. Aus dem Bürgertum kommend hatten sie sich von der traditionellen Rolle der Frau befreit und folgten ihrem „eigenen Gesetz“. Ihre Biographien zeigen, dass wir es hier mit einem neuen Frauentyp zu tun haben. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts und im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts lebten sie so, wie es heute viele Frauen tun. Sie waren berufstätig und finanziell unabhängig, sie waren im Wechsel ledig, verheiratet, geschieden und alleinerziehend. Diese Frauen setzten schon damals auf ein Lebenskonzept, in dessen Mittelpunkt Selbstbestimmtheit, Selbstverwirklichung, Arbeit und finanzielle Unabhängigkeit standen.

Spezifika der Münchner Frauenbewegung

„Starke Temperamente, künstlerische Naturen, warme leidenschaftliche Herzen, feurige Seelen – eine lebendige bewegte Aufbruchsstimmung voll Kraft, Humor, Geist und Geschmack. Eine temperamentvolle Emanzipation voll Herzensanteil, ein tapferes und zugleich frohes Erschaffen neuer Lebensformen.“ So charakterisierte Gertrud Bäumer, eine der führenden Gestalten der bürgerlichen Frauenbewegung in Deutschland rückblickend aus dem Jahr 1933 den Münchner Kreis.⁸

Es gibt mehrere Alleinstellungsmerkmale der Münchner Emanzipationsbewegung. Einzigartig an ihr war, dass sie in engstem Austausch stand und verknüpft war mit der Strömung und den Vertretern der künstlerischen und literarischen „Moderne“ und dass – damit verbunden – von Anfang an auch Männer in der Emanzipationsbewegung engagiert waren. Rückblickend auf die Zeit um 1900 schrieb der Kulturhistoriker Georg Jacob Wolf 1924: „Als sie [die Frauenbewegung; Anm. d. Verf.] einsetzte, gingen in München auch die Wogen der modernen Literatur- und Kunstbewegung hoch. Es wurden daher häufig die beiden Strömungen, die der Frauenbewegung und die der ‚Moderne‘, als eines Wesens angesehen und verwechselt. Es kam hinzu, dass mancher Literat und Philosoph, der damals zum Lichte emporstieg, ein leidenschaftlicher



Blick in die Ausstellung
Foto: Monacensia/Münchner Stadtbibliothek

Anhänger der Frauenbewegung war und sie sich auch zum Motiv seines Romans, einer Novelle, eines Dramas erwählte oder in einer Flugschrift oder in einem Aufsatz zu ihr Stellung nahm. Andererseits sprachen die Frauen, die die Fäden der Bewegung in den Händen hielten, häufig in den Versammlungen der Modernen.“⁹ Sophia Goudstikker, eine der Hauptfiguren der Münchner Bewegung, brachte die Beteiligung von Männern 1902 so auf den Punkt: „Es muss als ein besonderes Charakteristikum der Münchner Frauenbewegung hervorgehoben werden, dass es ihr gelungen ist, die Anteilnahme von Männern, Gelehrten, Künstlern und Industriellen für ihre Arbeit

.....

⁸ Gertrud Bäumer: Lebensweg durch eine Zeitenwende, Tübingen 1933, S. 180 und S. 183.

⁹ Georg Jacob Wolf: Die Münchnerin. Kultur- und Sittenbilder aus dem Alten und Neuen München, München 1924, S. 218 f.; zur Gründergeneration und ihrer Verknüpfung mit den Literaten und Künstlern der Moderne: Waldemar Fromm: Modern sein – ein Schlüsselbegriff der bürgerlichen Frauenbewegung und der Schriftstellerinnen der modernen Frauenbewegung in München, S. 20–31, und Christa Elferich: Die Gründungsgeschichte des Vereins für Fraueninteressen und die „Münchner Moderne“, S. 47–62. Beide Aufsätze in: Richardsen (wie Anm. 1).

zu gewinnen.“¹⁰ Unter den in der Bewegung engagierten Männern fanden sich so bekannte Münchner Persönlichkeiten wie der Bildhauer Herman Obrist, der Architekt und Jugendstilkünstler August Endell, der Dichterphilosoph und Professor Max Haushofer, der junge Dichter Rainer Maria Rilke oder Dr. Carl von Thieme, der Direktor der Münchner Rückversicherungsgesellschaft und der bekannte Literat Ernst von Wolzogen, der spätere Gründer des „Überbretts“, des ersten literarischen Kabarets in Deutschland.

Einzigartig ist auch, dass in der Münchner Emanzipationsbewegung an vorderster Front so viele Schriftstellerinnen und Künstlerinnen engagiert waren. Gerade das führte dazu, dass die Suche nach einem neuen Selbstverständnis der Frau eben auch Ausdruck in den literarischen und künstlerischen Werken ebendieser Frauenrechtlerinnen fand, so z.B. bei Emma Merk, Carry Brachvogel, Marie Haushofer, Gabriele Reuter, Emmy von Egidy, Helene Böhlau, Maria Janitschek, Elsa Bernstein und vielen weiteren. Sie alle setzten sich mit dem Leben bürgerlicher Mädchen und Frauen auseinander, mit der wilhelminischen Töchtererziehung, mit der Rolle der Frau und dem Verhältnis der Geschlechter. Sie schilderten Ausbruchversuche und entwarfen neue Bilder der Frau, modern, progressiv und radikal. Ihre Romane erschienen in renommierten Verlagen und erregten großes Aufsehen. Viele von ihnen waren bereits am Ende des 19. Jahrhunderts im ganzen deutschen Kaiserreich bekannt, galten auch als „moderne“ Autorinnen, insbesondere die, die beim S. Fischer Verlag in Berlin veröffentlichten, neben Carry Brachvogel Elsa Bernstein, Maria Janitschek, Gabriele Reuter, Juliane Déry, Emmy von Egidy und später auch Annette Kolb. Wie bereits erwähnt war der S. Fischer Verlag der wohl bedeutendste Verlag des Naturalismus und der literarischen Moderne; zum anderen bestanden aber auch engste Netzwerke unter den Literaten und Künstlern zwischen München und Berlin.¹¹

Ein weiteres Spezifikum ist der besondere Stadt-Raum, in der die Münchner Emanzipationsbewegung entstand und sich bis 1933 abspielte. Zum Zeitpunkt ihrer Entstehung lebten fast alle Hauptprotagonistinnen und Hauptprotagonisten in der damaligen Schöpfungsvorstadt. In engster Nähe zueinander entwarfen sie hier ihre neuen Bilder von Mann und Frau. Zieht man ausgehend vom

Marienplatz, eine Linie von der nahegelegenen Burgstraße nach Nordosten, durch die Königinstraße hindurch, bis zur Höhe der Münchner Freiheit, von dort dann wieder einen Bogen nach Westen durch die Herzog- bis zur Adelheidstraße, dann eine Linie durch die Augustenstraße nach Süden bis zur Elisenstraße und von dort über den Karlsplatz wieder zum Marienplatz zurück – ist das Gebiet, in dem der größte Teil der Frauen und Männer, die in der Münchner Emanzipationsbewegung engagiert waren, wohnten und in dem die Frauenrechtlerinnen auch alle Orte für ihre Netzwerke, Veranstaltungen und Einrichtungen fanden, klar definiert die heutige Maxvorstadt und Schwabing.¹²

Dieses Gebiet ist zugleich auch der Raum, in dem die Münchner Bohème lebte, der Jugendstil entstand und die beiden Münchner Zeitschriften *Simplicissimus* und *Die Jugend* ins Leben gerufen wurden. Bis heute befinden sich dort viele bedeutende kulturelle Einrichtungen und Bildungsinstitutionen wie die Bayerische Staatsbibliothek, die Akademie der Künste, die Universität, die Pinakotheken und viele mehr. Genau dieser Raum war es dann auch, der 1933 mit der „Machtübernahme“ von den Nationalsozialisten besetzt wurde. Viele Gebäude, die einstmals im Besitz der emanzipierten Frauen waren, wurden nun abgerissen oder von den Nationalsozialisten in Beschlag genommen, so z.B. das Künstlerinnenhaus in der Barerstraße 21 oder das ehemalige Fotoatelier „Elvira“ in der Von-der-Tann-Straße 15.

Das Fotoatelier Elvira – eine Keimzelle der Frauenbewegung

Im Zuge der Aufklärung und der Französischen Revolution geriet die Forderung nach Gleichberechtigung der Frau erstmals in die öffentliche Diskussion. Ein zweiter Anlauf zur rechtlichen Gleichstellung der Frau erfolgte im Verlauf der Revolution von 1848. Mit ihrem Scheitern unterblieb ein weiteres Mal die Umsetzung der weiblichen Forderungen. Nach 1850 bekamen die emanzipatorischen Bestrebungen der Frauen Aufwind durch die Industrialisierung und die damit verbundenen sozialen Umwälzungen. Um 1865 beginnt schließlich die organisierte Form der Frauenbewegung mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins (ADF) durch Louise Otto Peters

10 Sophia Goudstikker: Ika Freudenberg und die Frauenbewegung in München. In: „Die Frau“ 9. Jg., Heft 5, 1902, S. 291 ff., hier S. 292.

11 Siehe dazu: Richardsen (wie Anm. 1).

12 Siehe dazu: Ingvild Richardsen: Literarischer Spaziergang. Evas Töchter. Münchner Schriftstellerinnen und die moderne Frauenbewegung. 1894–1933. Stadtpaziergang durch die Maxvorstadt. Literaturportal Bayern, München 2018. <https://www.literaturportal-bayern.de/literaturland?type=trip&id=162> [Stand: 02.07.2018].



Originalfassade des Ateliers Elvira
Foto: KW Neun/Augsburg

und Auguste Schmidt in Leipzig. Ihre Trägerinnen, die vor allem bürgerlicher Herkunft waren, griffen die traditionellen Rollenvorstellungen im Bürgertum an und traten für das Recht auf Bildung und Erwerbstätigkeit für bürgerliche Mädchen und Frauen ein. Eine wichtige Gruppe innerhalb der Frauenbewegung bildeten dabei Lehrerinnen; sie brachten Berufserfahrung auf dem Gebiet des Mädchenschulwesens mit, das zu einem der wichtigsten Felder der modernen Frauenbewegung wurde.

Von der organisierten Frauenbewegung in Deutschland blieb der Süden des Landes zunächst lange unberührt. Für die moderne bürgerliche Frauenbewegung war es Ende des 19. Jahrhunderts nicht leicht in Bayern Fuß zu fassen.



Anita Augspurg
Foto: SZ-Photo

Der Beitritt zu politischen Vereinen war Frauen nach den bayerischen und preußischen Vereinsgesetzen seit 1850 verboten, einen entsprechenden Bundesbeschluss gab es seit 1854. In Bayern hieß „politisch“: die öffentlichen Angelegenheiten betreffend, was bei der Frage der Öffnung staatlicher Bildungseinrichtungen für Frauen und der Änderung staatlicher Gesetze, die hierfür angenommen wurden, der Fall war.¹³

Zur Keimzelle der bürgerlichen Frauenbewegung in München wurde seit 1887 die Schönfeldvorstadt, die in der Nähe von Residenz und Innenstadt in einem gehobenen Wohnviertel lag und in der Aristokraten, vermögende Bürger, Staatsbeamte, Handwerksmeister, Kaufleute und Künstler wohnten. Hierher zogen im November 1886 aus Dresden die als Lehrerin und Schauspielerin in Berlin ausgebildete Anita Augspurg (1857 – 1943) und ihre Freundin Sophia Goudstikker (1865 – 1924), die Tochter eines jüdischen Kunsthändlers. Sie wollten zusammen leben und hier ihren Lebensunterhalt auf der Grundlage einer neuen Existenz verdienen. München wählten sie als Wohnort, weil diese Stadt damals als die geistig freieste und vorurteilsfreiste unter den deutschen Großstädten galt. Über den Winter hinweg ließen sie sich als Fotografinnen ausbilden. Am 13. Juli 1887 eröffneten sie ihr Foto-Atelier Elvira in der Von-der-Tann-Straße 15. Als unverheiratete Geschäftsfrauen mit kurzgeschnittenen Haaren verkörperten die beiden Unternehmerinnen einen völlig neuen Typus Frau. Es hatte in modernen Kreisen regelrecht Eventcharakter, sich im Atelier der beiden

.....
¹³ Eine Darstellung der gesamten Frauenbewegung bietet Ute Frevert: *Frauen-Geschichte. Zwischen bürgerlicher Verbesserung und neuer Weiblichkeit*, Frankfurt am Main 1986; *Zur Frauenbewegung in Bayern und München* vgl. Verein für Fraueninteressen (Hg): *100 Jahre Verein für Fraueninteressen*, München 1994.

unkonventionellen Frauen fotografieren zu lassen. Neben Künstlern und Schriftstellern gehörten bald auch Aristokraten, Militärangehörige, Beamte, Kaufleute und das Bildungsbürgertum zur Kundschaft. Auch viele Künstlerinnen und Schriftstellerinnen ließen sich hier porträtieren. Unter ihnen auch die aus der alteingesessenen Münchner Bürger- und Künstlerfamilie stammende Schriftstellerin Emma Merk. Sie, die gleich um die Ecke wohnte, besaß zahlreiche Verbindungen in Münchens Künstlerkreise, auch mit dem Sozialdemokraten Georg von Vollmar stand sie in engem Austausch. Da Anita Augspurg und Sophia Goudstikker von München aus nun in der bereits bestehenden bürgerlichen Frauenbewegung aktiv wurden, entwickelte sich das Fotoatelier Elvira, durch das bereits der Geist der Emanzipation wehte, bald auch zum Treffpunkt moderner Frauen und Ideenschmiede der Frauenbewegung in München. 1898 ließen Anita Augspurg und Sophia Goudstikker vom noch unbekannten Philosophiestudenten und späteren Architekten und Jugendstilkünstler August Endell ein neues Atelierhaus errichten. Die meergrüne Fassade mit dem markanten Drachennorment und der ungewöhnlichen Innenausstattung war bald die Sensation. Es drückt aus, was auch die Frauenbewegung kennzeichnete: Unruhe und Bewegung. 1898 wurde Goudstikker zur „Königlich Bayerischen Hofphotographin“ ernannt und das Atelier Elvira durfte nun sogar die Bezeichnung Hofatelier führen.¹⁴

Mit Mut und Unternehmergeist – die Anfänge der Gesellschaft zur Förderung geistiger Interessen der Frau

Zuerst wurden 1893 in Nürnberg zwei Vereine gegründet, welche die Ideen der modernen Frauenbewegung repräsentierten. Der dann im Mai 1894 gegründete Münchner Verein fand dann aber größere überregionale Aufmerksamkeit.¹⁵ Dahinter standen Augspurg, Goudstikker, Merk und der eng mit ihnen verbundene Münchner Kreis der Moderne. Im neu gegründeten Verein fanden sich Frauen und Männer aller Konfessionen des gebildeten Bürgertums Münchens zusammen. Einen hohen Prozentsatz machten dabei auch Frauen jüdischer Herkunft oder jüdischen Glaubens aus, die alle in den nächsten 40 Jah-

ren entscheidend an der Gestaltung des Vereins beteiligt waren.¹⁶ Von 1896 bis 1916 sind jährliche Verzeichnisse der Mitglieder des Vereins überliefert. Auf der ersten überlieferten Mitgliederliste von 1896 stehen 144 Personen. Auf der Mitgliederliste von 1897 finden sich dann bereits 237 Namen.¹⁷



Das Café Eckel
Foto: Privatarchiv Richardsen

Der Verein wurde fortan zum Fürsprecher erwerbstätiger Frauen, er vertrat den Anspruch der Mädchen auf gleiche Bildungschancen und verlangte die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen an den Institutionen des öffentlichen Lebens. Von allen Künstlern und Literaten der „Gesellschaft“ wurde erwartet, dass sie die emanzipatorischen Ideen des Vereins in ihren Werken verbreiteten.

Die Mitgliederabende, zu denen sich die Frauen seit 1895 jeden Donnerstag versammelten und sich in Vorträgen und politischen Diskussionen übten, fanden seit 1895 im Restaurant Eckel in der Burgstraße 17 statt. Seit 1895 begann der Verein seine Propaganda für die Frauenbewegung mit „Gesellschaftsabenden“ im Haus des Bayerischen Kunstgewerbevereins (in der heutigen Pacellistraße 7): „Die Gesellschaft zur Förderung geistiger Interessen der Frau erblickt nach wie vor ihre Hauptaufgabe darin, die Ideen der modernen Frauenbewegung in möglichst weite Kreise zu tragen, und veranstaltet zu diesem Zweck sogenannte „Gesellschaftsabende“ mit Vorträgen und Diskussionen vor geladenem größerem Publikum. Seit der vorigjährigen (ers-

¹⁴ Siehe zum Fotoatelier Elvira als Keimzelle der Münchner Frauenbewegung: Herz/Bruns (wie Anm. 2), Richardsen (wie Anm. 1), S. 227–231.

¹⁵ Die Berliner Frauenzeitschrift „Die Frau“ berichtete, dass am 4. Mai 1894 in München die „Gesellschaft“ ihren Eröffnungsabend veranstaltet habe („Die Frau“, hg. v. Helene Lange, Berlin I. Jg. Heft 9, Juni 1894); siehe zur gesamten Geschichte des Vereins: Verein für Fraueninteressen (Hg.): 100 Jahre Verein für Fraueninteressen, München 1994. Zu Anita Augspurg siehe Christiane Henke: Anita Augspurg, Hamburg 2000.

¹⁶ Christa Elferich: Jüdische Frauen im Verein für Fraueninteressen. In: Richardsen (wie Anm. 1), S. 63 ff.

¹⁷ Die Mitgliederlisten befinden sich im Archiv des Vereins für Fraueninteressen e.V. in München.

ten) Generalversammlung fanden fünf solcher Abende im großen Saale des Kunstgewerbehauses statt und hatten sich eines lebhaften Zuspruches zu erfreuen.“¹⁸

Als Anita Augspurg 1896 in Absprache mit dem Vorstand den Vorsitz niederlegte, um aufgrund ihrer geplanten sozialpolitischen Aktivitäten den gemäßigten Verein in München nicht zu gefährden, wurde Ika Freudenberg (1858–1912) zur Vorsitzenden des Vereins gewählt. 1894 war sie von Wiesbaden nach München gezogen, um sich hier in der Frauenbewegung zu engagieren. Unter ihrem Vorsitz schloss sich die „Gesellschaft“ 1896 durch den Beitritt zum Bund Deutscher Frauenvereine (BDF) offiziell der organisierten deutschen Frauenbewegung an. 1898 eröffnet der Verein unter dem Vorsitz von Sophia Goudstikker eine „Rechtschutzstelle für Frauen“ in der Vonder-Tann-Straße 2, in der auch die Schriftstellerin Emma Merk mitarbeitete.

Männer in der Frauenbewegung – eine Münchner Besonderheit

Die „Gesellschaft zur Förderung der geistigen Interessen der Frau“ nahm ganz gezielt auch Männer auf, Künstler, Schriftsteller, Gelehrte, Professoren, Ärzte, Rechtsanwälte und Industrielle – nicht nur, um von ihren Netzwerken profitieren zu können. Auch sie sollten die emanzipatorischen Ideen verbreiten und aktiv für Frauenrechte eintreten, eine Strategie, die ursprünglich von Anita Augspurg ausgegangen war.¹⁹



Ika Freudenberg
Foto: Privataarchiv Richardsen

18 Verein für Fraueninteressen (Hg.): 2. Jahresbericht 1896. Bericht über die zweite Generalversammlung (1896), S. 1. Archiv des Vereins für Fraueninteressen.

19 Siehe dazu: Henke (wie Anm. 15), S. 31.



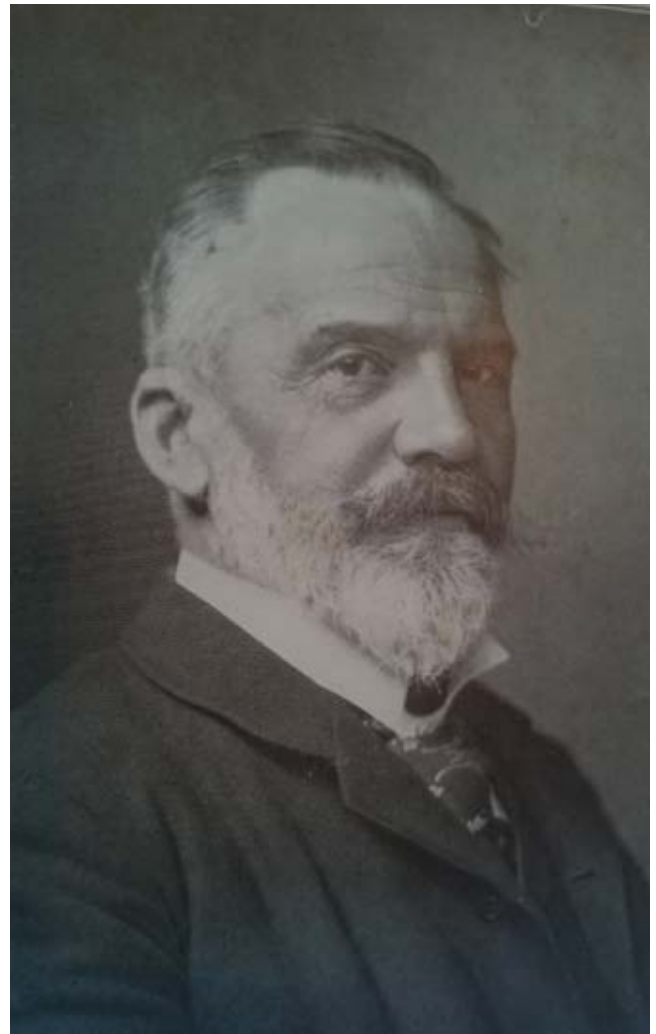
Liste der männlichen Vereinsmitglieder

Foto: KWNNeun/Augspurg, Monacensia/Münchner Stadtbibliothek

Während auf der Mitgliederliste von 1896 erst sechs Männer stehen, unter ihnen an vorderster Front der Bildhauer und Jugendstilkünstler Hermann Obrist, finden sich auf der Mitgliederliste von 1897 bereits 22 Männer, darunter viele weitere Münchner Persönlichkeiten: der Architekt und Jugendstilkünstler August Endell, der Dichter Rainer Maria Rilke und Dr. Carl von Thieme, Direktor der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft. Auch der Literat Ernst Freiherr von Wolzogen war Mitglied. Der Schriftsteller, Verlagslektor und spätere Gründer eines der ersten literarischen Kabarette in Deutschland, war 1891 von Berlin nach München gezogen, wo er fortan eine zentrale Stellung im Literaturbetrieb einnahm. Sein 1899 erschienener Roman „Das dritte Geschlecht“ wurde zum Bestseller. In diesem Schlüsselroman, der in viele Sprachen übersetzt wurde, stellte Wolzogen nicht nur karikierend das München der 1890er Jahre dar, sondern versammelte hier auch die Positionen zur Frauenfrage, die Einstellun-



Foto: Privataarchiv Richardsen



Max Haushofer

Foto: Monacensia/Münchner Stadtbibliothek

gen zu Ehe und Berufstätigkeit der modernen Frauen und Männer in München.²⁰

Ein hoch engagiertes Mitglied war der bereits erwähnte Dichter und Professor für Volkswirtschaft Max Haushofer. Als er 1907 starb, war in den „Münchner Neuesten Nachrichten“ folgende Würdigung seitens der Münchner Frauenrechtlerinnen zu lesen: „München. Mitgliederabend des Vereins für Fraueninteressen. Anlässlich des Hinscheidens von Professor Haushofer wurde in den verschiedensten Nachrufen des seltenen, vielseitigen Schaffens dieses hervorragenden Gelehrten gedacht, doch blieb bis jetzt unerwähnt, dass er auch ein Freund der modernen Frauenbewegung war und seine geistige Kraft dem Verein für Fraueninteressen in München in hohem Maße zur Verfü-

gung gestellt hatte. Er war der erste Mann, der in diesem Frauenverein einen Vortrag hielt („Über die Ehefrage im Deutschen Reich“). Auf dem ersten bayerischen Frauentag sprach er als einziger männlicher Redner „Über die Teilnahme der Frauen am Erwerbsleben“. In einem warm empfundenen Nachruf, den die erste Vorsitzende des Vereins für Fraueninteressen, Frä. Ika Freudenberg beim letzten Mitgliederabend hielt, betonte sie besonders, dass Professor Haushofer nicht nur offiziell für die Frauenfrage eingetreten ist, sondern, dass er den strebenden Frauen stets ein treuer Beistand war, bei dem man sich immer Rat holen konnte. Zum Zeichen der Trauer um den Dahingegangenen erhob sich die Versammlung von den Sitzen.“²¹

20 Brigitte Bruns: Das dritte Geschlecht von Ernst von Wolzogen. In: Herz/Bruns (wie Anm. 2), S. 171–190, S. 183.

21 Privataarchiv Richardsen; Siehe zur Mitgliedschaft von Männern im Verein für Fraueninteressen sowie zu Max Haushofer, die Beiträge von Waldemar Fromm, Martin Otter, Christa Elferich und Ingvild Richardsen. In: Richardsen (wie Anm. 1).

Noch 1933 schrieb die Frauenrechtlerin und Politikerin Gertrud Bäumer über die Münchner Frauenbewegung und ihre Verbindung zum Dichter und Professor für Volkswirtschaft Max Haushofer: „Es gab in Bayern gar keine andere mögliche Verbindung [für die Frauenbewegung] als die zum Liberalismus, der für die ältere Generation in Haushofer einen kultivierten und verständnisvollen Vertreter – man kann beinahe sagen: Verbindungsmann – zur Frauenbewegung darstellte.“²²



Gertrud Bäumer, 1927
Foto: SZ-Photo

Der erste Bayerische Frauentag 1899 - Propaganda für ein Netzwerk der Frauen in Bayern

1899 benannte sich die „Gesellschaft zur Förderung geistiger Interessen der Frau“ um in „Verein für Fraueninteressen“. Für die vielfältigen Arbeitsgebiete wurden spezielle Kommissionen und Abteilungen ins Leben gerufen: eine „Centralstelle für Wohlfahrtseinrichtungen“, eine „Aus-

kunftsstelle für Frauenberufe“, eine „Abteilung für soziale Arbeit“ und eine „Jugendgruppe“.²³ Unter dem Vorsitz von Ika Freudenberg beschloss der Verein jetzt seine Aktivitäten und Werbearbeit auf ganz Bayern auszudehnen und „die Frauen des ganzen bayrischen Landes nach München zu laden und ihnen hier in einem lebendigen, wirkungsvollen Bilde vor Augen zu führen, was eigentlich die Frauenbewegung erstrebt, und mit welchen Mitteln sie ihre Ziele zu erreichen sucht. Wir schrieben den ersten allgemeinen bayerischen Frauentag für den 18., 19., 20. und 21. Oktober aus.“²⁴

An dem Aufsehen erregenden Kongress, der ersten frauenpolitischen Zusammenkunft in Bayern überhaupt, die breit in der Tagespresse kommentiert wurde, nahmen über 50 Frauen aus 14 bayerischen Städten teil. Möglich gemacht hatte ihn eine neue Rechtslage: 1898 hatte der Gesetzgeber den Artikel 15 des bayerischen Vereinsgesetzes geändert. Zwar hieß es noch immer: „Frauenpersonen und Minderjährige können weder Mitglieder politischer Vereine seyn, noch den Versammlungen derselben beiwohnen.“ Die Lockerung bestand jedoch darin, dass es volljährigen weiblichen Personen nun erlaubt war, an Vereinen oder Versammlungen teilzunehmen, die „den Berufs- und Standesinteressen bestimmter Personenkreise oder den Zwecken der Erziehung, des Unterrichts und der Armen- und Krankenpflege dienen“. Diese gesetzliche Liberalisierung nutzte der Verein sofort für seine Ziele.

Am 18. Oktober 1899 wurde in den Festsälen des Café Luitpold der erste Allgemeine Bayerische Frauentag eröffnet. Alle weitere Vorträge und Diskussionsveranstaltungen fanden im Saal des Alten Rathauses statt.²⁵

Den krönenden Abschluss bildete ein Festabend im Katholischen Kasino in der Barer Straße 7. Das Programm macht deutlich, was für eine große Rolle Literatur und Dichtung für die moderne Frauenbewegung in München spielten, auch um ihre Ziele durchzusetzen. Im ersten Teil des Festabends kam ein Festspiel zur Aufführung: „Culturbilder aus dem Frauenleben“, das die Malerin und Dichterin Marie Haushofer extra für den Frauentag geschrieben hatte.²⁶ Regie führte Sophia Goudstikker. Im Fotoatelier

22 Gertrud Bäumer: Lebensweg durch eine Zeitenwende, o.O. 1933, S. 183.

.....

23 Verein für Fraueninteressen (Hg.): 100 Jahre Verein für Fraueninteressen. München 1894, S. 5.

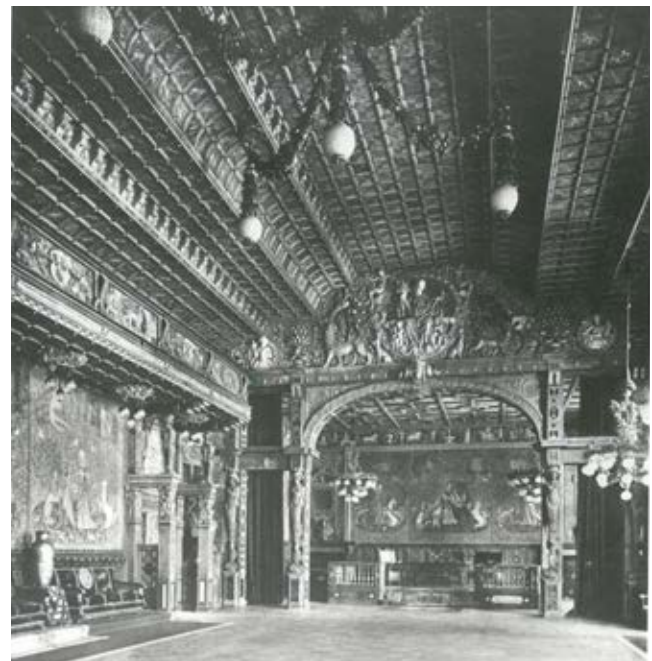
24 Ebd., S. 20. Zum ersten Allgemeinen bayerischen Frauentag, seiner Wirkung und den Erfolgen des Vereins für Fraueninteressen siehe ebd., S. 20–25.

25 Das gesamte Programm des Bayerischen Frauentages von 1899 befindet sich im Archiv des Vereins für Fraueninteressen e.V.

26 Marie Haushofer: Culturbilder aus dem Frauenleben. 12 Gruppendarstellungen, München 1899.

Elvira fertigte sie später unter Mitwirkung aller Darsteller und Darstellerinnen, von denen viele Mitglieder im Verein für Fraueninteressen waren, Szenefotografien zu dem Festspiel an.²⁷ Marie Haushofers Festspiel führte die Frau in ihrer kulturhistorischen Entwicklung vor, zeigte, wie sie sich aus „Knechtschaft und Unkultur“ zu Wissen, Arbeit, Freiheit und dem Zusammenschluss der Frauen emporrang. Das weibliche Publikum wurde dazu aufgerufen Gegenwart und Zukunft fortan aktiv mitzugestalten. Weitere Aufführungen erfolgten 1900 in Nürnberg und 1902 in der Oper in Bayreuth. Die Literaturwissenschaftlerin Helen Watanabe-O’Kelly, eine Expertin für Festspiele der englischen Frauenbewegung um 1900, hob Marie Haushofers Festspiel 2014 in Bayreuth als überaus bedeutendes Zeugnis der deutschen Emanzipationsbewegung hervor. Deutsche und englische Festspiele seien seinerzeit als ein politisches Instrument genutzt worden, um die traditionelle Rolle der Frau mit theatralen Strategien zu hinterfragen.²⁸ Im zweiten Teil des Festabends kamen Gedichte moderner Dichterinnen zum Vortrag, solche von Ada Negri, Lou Andreas-Salomé, Alberta von Puttkammer, Anna Ritter, Ricarda Huch, Maria Janitschek und Emmy von Egidy. Der Abend wurde musikalisch beschlossen mit der Aufführung von „Mailied“ des Münchner Komponisten Josef Rheinberger.²⁹

Nach dem großen Erfolg der Debütveranstaltung 1899 wurden bayerische Frauentage fortan zu einer festen Einrichtung der bayerischen Frauenbewegung. Bis 1913 fanden sie alle zwei Jahre in verschiedenen bayerischen Städten statt, 1901 in Nürnberg, 1903 und 1909 wieder in München. Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 löste dann eine jahrelange Unterbrechung aus. Erst seit 1921 wurden wieder fünf Frauentage veranstaltet. Der letzte bayerische Frauentag fand 1930 in Kaiserlautern statt. Seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 waren derartige Veranstaltungen völlig unmöglich.³⁰



Das Münchner Künstlerhaus in zeitgenössischen Ansichten
Abbildungen: Privatarchiv Richardsen

Auch um Lobbyarbeit zu betreiben wählte der Verein ab 1899 für seine öffentlichen Veranstaltungen stets repräsentative Orte – das Hotel Vier Jahreszeiten, den Bayerischen Hof, am häufigsten aber das Café Luitpold, damals ein großer Palast im Renaissancestil und das Künstlerhaus am Lenbachplatz.

Bei allem Engagement vermied man ein radikales Vorgehen. Den Worten Martha Haushofers zufolge, Schwägerin von Marie Haushofer und spätere Nichte von Emma Merk, wäre „ein zielbewussteres d.h. radikales und rücksichtsloses Vorgehen [...] in unseren bayerischen Verhältnissen der sichere Weg zum Misserfolg gewesen“.³¹ Inse-

27 Der Text der Festspiels und die Szenefotografien sind erstmals veröffentlicht in Richardsen (wie Anm. 1).

28 Helen Watanabe-O’Kelly: Transgressivität oder Konformität? Die Figur der Kriegerin in Festspielen der deutschen und englischen Frauenbewegung um 1900. In: Heiner Remmert u.a. (Hg.): Theater als Fest, Fest als Theater. Bayreuth und die moderne Festspielidee, Bayreuth/Leipzig 2010, S. 60–77 und S. 313.

29 Joseph Rheinberger: Maitag. Gedicht von Fanny Hoffnaass; ein lyrisches Intermezzo von 5 dreistimmigen Frauenchören mit Clavierbegleitung; op. 64, Bremen [1873].

30 Vgl. zu den Bayerischen Frauentagen: Verein für Fraueninteressen (Hg.): 100 Jahre Verein für Fraueninteressen, München 1894, S. 20–22.

31 Martha Haushofer: Ika Freudenberg. In: Centralblatt des Bundes Deutscher Frauenvereine XIII., Jg. Heft 6, 1929, S. 163.

samt durfte die Vereinstätigkeit der bürgerlichen Frauen nicht zu politisch erscheinen, da Frauen in Bayern noch bis 1908 die Beteiligung an politischen Vereinen und Versammlungen verboten war; dies erklärt auch, warum die bürgerliche Frauenbewegung sich stark karitativ und sozialfürsorglich einsetzte.

Aus persönlichen Gründen, aber auch aufgrund einer anderen politischen Überzeugung verließ Anita Augspurg 1899 den Verein für Fraueninteressen und schloss sich dem sogenannten „radikalen Flügel“ der bürgerlichen Frauenbewegung an; von der Gründung des Deutschen Vereins für Frauenstimmrecht im Jahr 1902 bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs galt ihr Engagement und ihr Kampf nun dem Frauenwahlrecht.

Ein Netzwerk für schreibende Frauen – der Münchner Schriftstellerinnen-Verein

Im Oktober 1913 gründeten die beiden Münchner Schriftstellerinnen Emma Haushofer-Merk und Carry Brachvogel mit Unterstützung des Vereins für Fraueninteressen den ersten bayerischen Schriftstellerinnen-Verein, der auf den Ideen der bürgerlichen Frauenbewegung basierte und sich zum Ziel setzte, die künstlerischen und wirtschaftlichen Interessen von Schriftstellerinnen und Journalistinnen zu vertreten und den Beruf der Schriftstellerin zu etablieren.³²

Unter den 68 Münchner Schriftstellerinnen und Journalistinnen, die sich in die Mitgliederlisten eintrugen, finden sich auch Ricarda Huch, Annette Kolb und Isolde Kurz. In der ersten Sitzung einigte man sich auf eine Satzung mit acht Punkten. Im Mittelpunkt stand Satzung fünf: Der Verein verbot seinen Mitgliedern literarische Werke unter Wert zu verkaufen, oder ohne Bezahlung zu schreiben und forderte gleiche Entlohnung wie die Männer. Alle Mitglieder mussten sich verpflichten, dass sie „im geschäftlichen Verkehr Interessen und Ansehen des Standes in jeder Weise wahren, insbesondere Arbeiten nicht zu Schleuderpreisen oder umsonst abgeben, damit mit dem bei vielen Redaktionen herrschenden Vorurteil gebrochen werden kann, dass Frauenarbeit billiger entlohnt werden dürfe als Männerarbeit“.³³ Als Lokal für die Zusammen-

künfte bestimmte man das vegetarische Restaurant Ethos in der Ottostraße 1. Hier sollten immer am ersten Dienstag jedes Monats die Mitgliedertreffen des Schriftstellerinnen-Vereins stattfinden. Seit dem Jahr 1925 tagte der Verein dann in der Barer Straße 21, im Gartengebäude des Künstlerinnenvereins.

Die gesamte Vereinsgeschichte und die überlieferten Korrespondenzen zeigen, dass die Umsetzung der Satzung fünf immer eines der Hauptziele geblieben ist. Carry Brachvogel, Emma Haushofer-Merk und all ihre Mitstreiterinnen haben also schon damals propagiert und antizipiert, was heute noch immer aktuell ist. Als Repräsentantinnen der bürgerlichen Frauenbewegung unterschätzten sie nicht die Bedeutung politischer und ökonomischer Voraussetzungen für eine wirkliche Gleichberechtigung der Geschlechter.

Noch heute veranstaltet der Münchner Stadtbund am 21.3. jedes Jahr den *Equal Pay Day* im Rathaus und auf dem Marienplatz, bei dem die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern in vielen Branchen kritisiert wird. Der *Equal Pay Day* wurde erst 2008 in Deutschland eingeführt und findet seither nun jährlich statt.

Der Erste Weltkrieg und die bürgerliche Frauenbewegung in München – Patriotismus versus Pazifismus



Abbildung: Privatarchiv Richardsen

³² Siehe zum Münchner Schriftstellerinnenverein: Ingvild Richardsen: „Modernsein“. Emma Haushofer-Merk und Carry Brachvogel. Die bürgerliche Frauenbewegung und der erste bayerische Schriftstellerinnen-Verein in der Maxvorstadt (1913–1933). In: Klaus Bäuml/Waldemar Fromm (Hg.): Erkundungen der Maxvorstadt. Topographie und Erinnerung, München 2017, S. 67–104.

³³ Satzungen des Münchner Schriftstellerinnen-Vereins (Stadtarchiv München/Vereine 2168).

Am 1. August 1914 gab König Ludwig III. vor der Feldherrnhalle am Odeonsplatz die Mobilmachung für den beginnenden Krieg bekannt. Auch die bürgerliche Frauenbewegung wurde vom Kriegsrausch erfasst und propagierte die Rettung des „Vaterlandes“ als heiliges Ziel.³⁴ Am 1. Oktober 1914 veröffentlichte Emma Haushofer-Merk im Vereinsanzeiger des Stadtbundes einen Aufruf an die Frauen: „Ihr bayrischen Frauen! Ihr lieben Münchnerinnen! Lasst uns fest zusammenstehn! Wenn es heute keinen Parteizwiespalt, keinen Hader der Konfessionen, keinen Unterschied der Stände mehr gibt, wenn alle Männer sich einem Willen unterordnen und sich unter einem Oberbefehl fügen, so wollen auch wir dem großen Kommandowort der Zeit gehorchend, nur ein Losungswort kennen: Unser Vaterland! [...]“.³⁵ Noch 1914 erschien der Band „Aus unserer großen Zeit. Frauenworte. Zum Besten vom Roten Kreuz“. In ihm fanden sich Texte und Gedichte bekannter Münchner Schriftstellerinnen, die sich alle pro Krieg aussprachen, darunter auch Brachvogel, Haushofer-Merk, Huch, Janitschek, Bernstein.³⁶ Der Ausbruch des Krieges führte dazu, dass im Verein für Fraueninteressen laufende Vereinsarbeiten unterbrochen und die bestehenden Kommissionen aufgelöst wurden. Der Verein, dessen Mitgliederzahlen während des Ersten Weltkrieges sprunghaft stiegen, wirkte nun in der städtischen Kriegsfürsorge mit.³⁷

Nach über einem Jahr Krieg fand am 1. und 2. Oktober 1915 im Festsaal des Münchner Künstlerhauses am Lenbachplatz die „Kriegstagung süddeutscher Frauen“ statt, durchgeführt vom Verein für Fraueninteressen. Hier trafen sich Vertreterinnen der Frauenverbände aus Baden-Württemberg, Hessen und Bayern zum Erfahrungsaustausch. In Vorträgen wurden sozialpolitische Probleme erörtert, die durch den Krieg entstanden waren. Die Frauen nutzten diese Tagung aber auch dazu, die Unentbehrlichkeit ihrer Leistungen zu demonstrieren.³⁸

Nicht unerwähnt sei, dass es innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung aber auch eine andere Haltung

34 Siehe dazu: Richardsen (wie Anm. 1), S. 246–251.

35 Emma Haushofer-Merk: An die Frauen Münchens. In: Vereins-Anzeiger des Stadtbundes Münchner Frauen-Vereine. 1 Jg. Nr. 8, Oktober 1914, S. 1.

36 Aus unserer großen Zeit. Frauenworte. Zum Besten vom Roten Kreuz. J. F. Lehmann's Verlag, München 1914.

37 Verein für Fraueninteressen e.V. (Hg.): 100 Jahre Verein für Fraueninteressen, S. 40; vgl. auch Verein für Fraueninteressen e.V. (Hg.): 20. Jahresbericht 1914/1915.

38 Verein für Fraueninteressen München e. V. (Hg.): 21. und 22. Jahresbericht und Bericht über die Kriegstagung süddeutscher Frauen als Anhang, München 1916, S. 1–73. Der Bericht findet sich auf S. 44–54.



Abbildung: Privataarchiv Richardsen

zum Krieg gab. So tagte in Den Haag vom 28. April bis zum 1. Mai 1915 der „Internationale Frauenkongress“, an dem über 1100 Delegierte aus zwölf Ländern teilnahmen, sogar aus Ländern, die Krieg gegeneinander führten. Aus Deutschland waren hier Frauen des „radikalen Flügels“ der bürgerlichen Frauenbewegung vertreten, unter ihnen allen voran Anita Augspurg, die von München aus gegen den Ersten Weltkrieg agierte und von ihren früheren Mitstreiterinnen im Verein für Fraueninteressen deswegen auch als Vaterlands-Verräterin angesehen wurde. Dieser Kongress protestierte gegen den Krieg als einen „Wahnsinn“ der „nur durch eine „Massenpsychose“, möglich gewesen sei“. Er forderte die Regierungen zu Friedensverhandlungen auf, erarbeitete Friedensgrundsätze und verlangte eine politische Gleichberechtigung der Frauen.³⁹

39 Vereins-Anzeiger des Stadtbundes Münchener Frauen-Vereine. 2. Jg., Nr. 2, 27. Januar 1915, Stadtarchiv München/Vereine 2168; Jane Addams u.a. (2003): Women at The Hague: the International Congress of Women and its result, Illinois 2003.



Abbildung: Privatchiv Richardsen

Ganz anders als zu Kriegsbeginn urteilte die Schriftstellerin Emma Haushofer-Merk dann 1917 über den Krieg für das „Vaterland“. Am 18. Oktober schrieb sie an ihre Freundin Christine Mayer-Doss: „Zuweilen des Nachts, denke ich mir eine Ansprache an die Frauen der ganzen Welt aus: Sie sollten sich doch empören gegen diese Gewalt, die ihnen ihre Söhne nimmt, sie sollten einmal erklären: wir wollen nicht mehr! Wir geben die Kinder, die wir mit Schmerzen geboren, mit tausend Mühen aufgezogen haben nicht mehr her, dass man sie uns in ein Massengrab wirft oder zum Krüppel schießt. Eigentlich hat die Männerkultur sich ja blamiert, der Männerstaat hat ein Fiasko gemacht, weil der gräßliche Krieg möglich war. Natürlich bei Tag sagt man sich, dass auch der Schrei aus Millionen Frauenherzen nichts helfen würde, dass man ja nicht herankäme an die draußen im Feindesland, dass die Censur die Empörung der Frauen unterdrücken würde, selbst wenn in jedem Lande ein Echo sich fände.“⁴⁰

40 Emma Haushofer-Merk: Brief vom 18. Oktober 1917 an Christine Mayer-Doss (Monacensia/Stadtbibliothek).

Die Erfahrung des Ersten Weltkrieges war insgesamt sehr einschneidend für die bürgerliche Frauenbewegung. Dadurch, dass auch sie vom Kriegerausch erfasst wurde, wurden ursprüngliche Ziele und Fraueninteressen zurückgestellt. Dies zeigt insbesondere auch die Geschichte des Stadtbundes: Der Stadtbund, der im Januar 1914 als ein Organ der Frauenbewegung gegründet worden war, verlor bereits wenige Monate nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges seinen Charakter. Gegen Ende des Krieges gehörten ihm auch Frauenverbände an, die eben nicht in der emanzipatorischen und demokratischen Tradition der Frauenbewegung des 19. Jahrhunderts standen, wie: „Frauenortsgruppe München des Vereins für Deutschland im Ausland“; „Flottenbund Deutscher Frauen“ und „Bund deutscher Offiziersfrauen“. Und obwohl sich der Stadtbund nach Ende des Krieges wieder den Fraueninteressen zuwandte, blieb die Bewegung zerrissen. Die überzeugte Demokratin Luise Kiesselbach, die seit 1913 die Vorsitzende des Vereins für Fraueninteressen war, kostete es sehr viel Mühe, den Stadtbund und den „Hauptverband Bayerischer Frauenverbände“ auf Kurs zu halten. Es hat den Anschein, dass nur wenige Jahre, nachdem sich die Frauen überhaupt das Recht auf die politische Öffentlichkeit erstritten hatten, in den Organisationen der Frauenbewegung wieder jede politische Äußerung auf die Goldwaage gelegt werden musste. Oft unterblieben sie ganz, um den Zusammenhalt nicht zu gefährden.

Die Nachkriegsjahre waren – insbesondere durch Inflation und Wirtschaftskrise in den 1920er Jahren – für weite Teile der Bevölkerung geprägt von schlimmen Notlagen. Der Mittelstand verarmte, Jugendliche verwaorlosten und alte Menschen gerieten vielfach in schwerste Existenzkrisen. Wie die überlieferten Akten des Münchner Schriftstellerinnenvereins zeigen, traf dies auch viele ihrer Mitglieder. Wegen der schlechten Auftragslage wandten sich viele von ihnen seit dem Beginn des Ersten Weltkrieges vermehrt der Unterhaltungsliteratur zu.

Politisch ging es allerdings vorwärts: Die Geburtsstunde des Frauenwahlrechts, für das Anita Augspurg die vorausgegangenen Jahre an vorderster Stelle immer wieder so gekämpft hatte, war der 12. November 1918. Seitens des Rats der Volksbeauftragten erging an diesem Tag folgender Aufruf an das deutsche Volk: „Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen“. Bereits am 30. November 1918 trat das Reichswahlgesetz mit dem allgemeinen aktiven und passiven Wahlrecht auch für Frauen



Luise Kiesselbach
Foto: SZ-Photo

in Kraft. Am 19. Januar 1919 fanden allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlen zur Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung statt, und zum ersten Mal durften Frauen nun reichsweit wählen und gewählt werden. 300 Frauen kandidierten. 37 Frauen – insgesamt gibt es 423 Abgeordnete – wurden schließlich gewählt.

Das gewaltsame Ende der Frauenbewegung im NS: – „dem Volk Kinder schenken“

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 bedeutete das Ende der modernen bürgerlichen Frauenbewegung in Deutschland. Um der Gleichschaltung zu entgehen, löste sich 1933 der „Bund deutscher Frauen“ auf (BDF). Der Münchner Verein für Fraueninteressen e. V. blieb zwar bestehen, wurde aber in seiner Arbeit in den nächsten Jahren immer weiter beschnitten. Möglicherweise entging er der Auflösung, weil 1935 Dr. Gisela Mauermayer-Schmidt zur Vorsitzenden gewählt wurde, die auch Mitglied der NSDAP war. Damit genügte der Verein zumindest äußerlich den Anforderungen der Partei an die Vereine. Über die Zeit von 1933 bis 1945 gibt es im Verein für Fraueninteressen kaum Informationen. Die Jahresberichte von 1933 bis 1936 enthalten vor allem Statistiken über die sozialen Einrichtungen und die Chronik der Jahre von 1933 bis 1937 präsentiert sich als eine Chronik der Auflösung.⁴¹

41 Vgl. Verein für Fraueninteressen (Hg.): 100 Jahre Verein für Fraueninteressen, München 1994, S. 63 f.

All das, was die bürgerliche Frauenbewegung propagiert hatte, war seit 1933 kein Thema mehr. In der nationalsozialistischen Ideologie war kein Platz für die selbstbestimmte und politisch engagierte Frau, so wie sie von der modernen Frauenbewegung entworfen worden war. Die Frau wurde nun auf ihre „natürliche“ Rolle als Mutter, „Kampf- und Lebensgefährtin des Mannes“ zurückgeworfen. In einer Rede, die Hitler am 13. Mai 1935 vor dem Frauenkongress in der Luitpoldhalle Nürnberg hielt, findet sich auf wenigen Seiten eine komprimierte Darstellung seiner Vorstellung über die Rollenverteilung von Mann und Frau im Nationalsozialismus. Einige Sätze daraus vermitteln unmissverständlich, was seit 1933 für die deutsche Frau angesagt war:

„Zunächst stehen wir der Frau gegenüber als der ewigen Mutter unseres Volkes und zum zweiten stehen wir ihr gegenüber als die ewige Lebens-, Arbeits- und auch Kampfgefährtin des Mannes. Aus diesen beiden Gesichtspunkten heraus ergibt sich die besondere Einstellung, die der Nationalsozialismus der Frau gegenüber einnimmt. Sie ist sehr verschieden von der Einstellung unserer jüdisch-marxistisch internationalen Welt. [...] Die Frau hat auch



Die „Reichsfrauenführerin“ Gertrud Scholtz-Klink redet auf dem Frauenkongress des Reichsparteitages in der Nürnberger Luitpoldhalle.
Foto: SZ-Photo

ein Schlachtfeld. Mit jedem Kind, das sie der Nation zur Welt bringt, kämpft sie diesen Kampf durch. Das ist ihr Kampf für die Nation. Und der Mann hat seinen Kampf, der Mann tritt für das Volk ein, genauso wie die Frau für die Familie eintritt. Der Mann tritt für die Gesamtheit der Volksgenossen ein, genau wie die Frau eintritt für die Kinder, denen sie selbst das Leben schenkt.“⁴²

Viele Frauen, die seit Jahrzehnten in der modernen Frauenbewegung engagiert waren, wurden von den Nationalsozialisten als „Jüdin“ gebrandmarkt, selbst wenn sie nicht jüdischer Herkunft waren. Die Gegner der modernen Frauenbewegung setzten diese mit dem Sozialismus gleich, begriffen sie als eine Art „internationale jüdische Verschwörung“ und als „nationaler Fremdkörper“. Die führenden Vertreterinnen der Frauenbewegung, so propagierten sie, seien „entartet“. Die Verbindung mit antisemitischen Hetzparolen hatte zu diesem Zeitpunkt in Deutschland schon eine Tradition. Antisemitische Zeitungen wie die „Staatsbürgerzeitung“ hatten schon vor der Jahrhundertwende die Frauenbewegung als „jüdische“ Bewegung dargestellt. Nach 1900 hatten sich hier die „Deutsch-Sozialen Blätter“ hervorgetan. Anita Augspurg und viele ihrer Mitstreiterinnen galten den Antisemiten als Jüdinnen. Das wurde von den Antifeministen und Nationalsozialisten übernommen. Die Nationalsozialisten konnten fast nahtlos anknüpfen an eine Tradition, in der die Begriffe jüdisch, feministisch, international als diffamierende Begriffe bereits etabliert und verknüpft waren.⁴³

Als Hitler 1933 an die Macht kam, verließ Anita Augspurg sofort mit ihrer Lebenspartnerin Lida Gustava Heymann München und ging ins Exil nach Zürich: „Es wäre Wahnsinn gewesen, uns den Hitler-Schergen auszuliefern, diesen sadistischen Psychopathen [...]“. „⁴⁴ Nie wieder kehrten sie nach München zurück. In ihren Lebenserinnerungen bekannten sich beide 1941 zum Prinzip der Gewaltlosigkeit und dem Glauben an die Kraft der Frauen, die Welt zu verändern: „Gewalt aber kann niemals durch Gewalt überwunden werden, sondern nur [...] durch Vernunft und Geist. Diese einzig richtige Erkenntnis hat sich nicht rechtzeitig durchsetzen können (...) eine in ihrer Mehrheit dem Wahnsinn verfallene Menschheit ist weder

durch Verstand noch Vernunft zu meistern; sie muss letzten Endes an ihrer eigenen Torheit zerschellen“⁴⁵. 1943 starben sie verarmt in Zürich.



Eines der letzten Bilder Carry Brachvogels kurz vor ihrer Deportation
Foto: Privataarchiv Richardsen



Eva Gräfin von Baudissin
Foto: Privataarchiv Richardsen

Die Existenzgrundlage vieler Frauen, die in der Münchner Emanzipationsbewegung engagiert hatten, wurde nach 1933 zerstört. Carry Brachvogels Leben endete in einer Tragödie und mit ihr der von ihr und Emma Haushofer-Merk 1913 gegründete Münchner Schriftstellerinnen-Verein.⁴⁶ Wie viele andere auch, erhielt sie 1933 aufgrund ihrer jüdischen Herkunft Berufs- und Publikationsverbot. Der Schriftstellerinnen-Verein wurde gezwungen ihr den Vorsitz zu entziehen. Am 20. November 1933 bestätigte das Amtsgericht München die gänzliche Auflösung durch die zweite Vorsitzende, die deutschlandweit bekannte Schriftstellerin Eva Gräfin von Baudissin (1869–1943).⁴⁷ Im Dezember übergab sie die Akten des aufgelösten Vereins dem Stadtarchiv München. Drei Monate später wurde sie von dem österreichischen Rassenethiker Otto Hauser (1876 – 1944) als „Jüdin“ angegriffen, obwohl sie nicht jüdischer Herkunft war.⁴⁸

⁴² Rede Hitlers vor dem Frauenkongress in der Luitpoldhalle Nürnberg am 13.5.1935. NM 44, Bd. 1, S. 74.

⁴³ Hencke (wie Anm. 15), S. 94 ff.

⁴⁴ Lida Gustava Heymann. In Zusammenarbeit mit D. jur. Anita Augspurg. Erlebtes. Erschautes. Deutsche Frauen kämpfen für Freiheit, Recht und Frieden 1850–1940, hg. v. Margit Twellmann, Frankfurt am Main 1992, S. 306.

⁴⁵ Ebd., S. 326.

⁴⁶ Siehe dazu Richardsen (wie Anm. 1), S. 259–267.

⁴⁷ Siehe zu Baudissin: Ingvild Richardsen: Eva Gräfin von Baudissin. Literaturportal Bayern, vgl. <https://www.literaturportal-bayern.de/autorinnen-autoren?task=lpbauthor.default&pnd=116083301> [Stand: 14.07.18].

⁴⁸ Von den damaligen Abläufen zeugt ein Zeitungsbericht, der sich im Februar 1934 im Völkischen Beobachter Nr. 52 vom 21. Februar 1934 unter „Mitteilungen aus dem Münchener Kunstleben“ findet.

Ab 1933 teilte Carry Brachvogel ihr Schicksal mit ihrem Bruder Prof. Dr. Siegmund Hellmann, damals ein bekannter Historiker, der zu ihr und ihrer Tochter nach München gezogen war. Am 17. Juli 1942 erhielten die 78-jährige Autorin und ihr 70-jähriger Bruder ein Schreiben der Gestapo München mit der Anweisung, sich ab dem 20. Juli in ihrer Wohnung in der Herzogstraße 55 für einen „Abwanderungstransport“ bereitzuhalten. Am 21. Juli wurden beide von Gestapo-Beamten abgeholt, in einen Omnibus verfrachtet und ins KZ Theresienstadt verschleppt.⁴⁹ Die Fahrt ging über das Arbeits- und Sammelager in Milbertshofen. Von dort schickte Carry Brachvogel ein letztes Lebenszeichen an ihre Tochter Feodora:

„Liebe, geliebte Feo, ich schreibe nach einem guten Abendessen und dto Kaffee! Morgen früh geht es weiter, von Th. [Theresienstadt] höre ich nur Gutes. (Dein Kuchen zum Kaffee war herrlich!) Bekannte sah ich bisher nicht. – Vermiete nun nur so rasch und gut wie möglich, – Hoffentlich ist bei euch alles in Ordnung?? Mache keine weiteren Versuche, – sie sind zwecklos! Sei mutig, lies keine Zeitung. Wir grüßen euch vielmals! Deine alte zuversichtliche Mama.“⁵⁰

Vier Monate nach ihrer Ankunft wurde Carry Brachvogel am 20. November 1942 in Theresienstadt ermordet, ihr Bruder Siegmund am 7. Dezember 1942.⁵¹

Die Ideale der bürgerlichen Frauenbewegung zählten auch nach 1945 in Deutschland wenig. Tatsächlich hatte seit 1933 ein Rückfall in die Verhältnisse vor 1900 stattgefunden (und man muss feststellen, dass sich die Gesellschaft und auch die Literatur- und Kulturgeschichte bis heute nicht davon erholt hat.) Die treusorgende Mutter und Hausfrau – das ist die Realität der fünfziger und sechziger Jahre. Noch bis zum Jahr 1972 schreibt das bürgerliche Gesetzbuch vor, dass die Ehefrau, will sie arbeiten, dazu die Erlaubnis von ihrem Ehemann einholen muss. Erst 1977 wird dieses Gesetz geändert. Bis zum 1. Juli 1958 darf der Ehemann den Anstellungsvertrag seiner Frau fristlos kündigen und bis 1958 hat er sogar das alleinige Bestimmungsrecht über seine Frau und Kinder inne. Und selbst wenn er seiner Ehefrau erlaubt zu arbeiten, so

darf er doch auch ihren Lohn verwalten. Ohne Zustimmung des Mannes dürfen Frauen bis 1962 auch kein eigenes Bankkonto eröffnen, ja erst nach 1969 wird eine verheiratete Frau überhaupt als geschäftsfähig angesehen.

Tatsächlich ist erst seit ein, zwei Generationen für die Frau all das wieder Wirklichkeit, wofür die bürgerliche Frauenbewegung und ihre Protagonistinnen bis vor dem Ersten Weltkrieg gekämpft haben: Selbstbestimmung, Bildung, Beruf und finanzielle Unabhängigkeit. Und so stellt sich auch die Frage, ob nicht auch erst seither die Rezeption und die Erinnerung an die Frauenrechtlerinnen und Schriftstellerinnen der modernen Frauenbewegung möglich ist, deren langjähriges Vergessensein eng mit der Herrschaft der Nationalsozialisten zusammenhängt.⁵²

Die Schriftstellerinnen, die im Mittelpunkt der vorgestellten Ausstellung stehen, Carry Brachvogel, Emma Haushofer-Merk, Marie Haushofer, Helene Böhlau, Emmy von Egidy und ihre Mitstreiterinnen, waren herausragende Frauen Bayerns. Modern und emanzipiert in ihrer Lebensweise und als Münchner Schriftstellerinnen und Frauenrechtlerinnen im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts weit über Bayerns Grenzen hinaus bekannt. Mit ihrem Lebensstil, ihren Ideen und politischem Engagement sind sie und ihre Ansichten hochaktuell. Auf die Selbstbestimmung der Frau, auf die Bedeutung von Arbeit, Bildung und Beruf für die Frau und ihre finanzielle Unabhängigkeit, darauf haben sie schon damals gesetzt. Diese Themen verarbeiteten sie nicht nur in ihren künstlerischen Werken, sondern wollten sie auch im realen Leben verankert wissen. Zu ihren zentralen Ideen gehörte auch die gegenseitige Unterstützung der Frauen, ihr Zusammenschluss und der Aufbau von Netzwerken und der Gedanke, eine Erneuerung der Gesellschaft gemeinsam mit den Männern ins Werk zu setzen. ■

49 Erklärung Feodora Brachvogel vom 21.2. 1946/Notariat München IV (Monacensia/Stadtbibliothek); Zeugenaussage Feodora Brachvogel vom 28. Januar 1956 (Monacensia/Stadtbibliothek).

50 Privataarchiv Richardsen/Brachvogel.

51 Ghetto Theresienstadt/128. Todesfallanzeige/Sterbematrikel 12627; Ghetto Theresienstadt/249. Todesfallanzeige/Sterbematrikel 140000.

52 Ingvild Richardsen: Vergessen. Warum? In: Auf den Spuren der vergessenen Dichterinnen von Frauenchiemsee, München 2017, S. 345–352.

„Tastendes Tappen“

Zur Entwicklung einer demokratischen politischen Bildung in der Weimarer Republik

von Matthias Busch



Schulunterricht bei Professor Unrat, Szene aus dem Film ‚Der blaue Engel‘, 1930
Foto: SZ Photo

100. Jahrestag demokratischer Bildung?

2018 jährt sich zum hundertsten Mal die Novemberrevolution von 1918 und mit ihr der Beginn einer schulischen politischen Bildung unter Bedingungen eines demokratisch verfassten Staates. Mit Artikel 148 der Weimarer Reichsverfassung erhielt das Fach „Staatsbürgerkunde“ erstmals Verfassungsrang.

Lehrerinnen und Lehrer, die selbst im Kaiserreich sozialisiert worden waren, betraten mit der Forderung, staatsbürgerliche Bildung an den Schulen umzusetzen, nicht selten „Neuland“.¹ Zwar fanden auch im Kaiserreich

1 August Möller: Staatsbürgerkunde – Staatsbürgerliche Erziehung – Reichsverfassung, in: Frankfurter Schulzeitung (1922), Jg. 39, S. 93–96 und S. 101–104, hier S. 103.

intensive Diskussionen über Methoden und Inhalte eines staatsbürgerlichen Unterrichts statt. So hatte beispielsweise die „Vereinigung für staatsbürgerliche Erziehung des deutschen Volkes“ seit ihrer Gründung 1909 vielfältige Anstrengungen unternommen, mit Preisausschreiben, Konferenzen und empirischen Studien zur Praxis politischer Bildung in anderen europäischen Ländern die Entwicklung und didaktische Konzeptionierung der Staatsbürgerkunde in Deutschland zu fördern.² Insgesamt jedoch konnte die Schulpraxis ab 1918 nur auf wenige Erfahrungen und Konzepte zurückgreifen, um die Her-

nicht und auch Bildungspolitik und Schulaufsicht blieben in ihren Vorgaben und Zielsetzungen nicht zuletzt aufgrund der parteipolitischen wie weltanschaulichen Polarisierung vielfach unbestimmt, nachdem eine demokratische Mehrheit für bildungspolitische Gestaltungen ab 1921 auf Reichsebene verlorengegangen war und damit wesentliche Reformvorhaben wie das im „Weimarer Schulkompromiss“ geplante Reichsschulgesetz dauerhaft blockiert blieben. Neben einzelnen Bestrebungen der Kultusministerien, der Reichszentrale für Heimatdienst mit ihren rund 18 Landesabteilungen⁴ und dem Zentralinsti-



Mädchenklasse 1918/19
Foto: Gerd Pfeiffer/Süddeutsche Zeitung Photo

ausforderungen einer demokratischen Bildung anzugehen.³ Eine universitäre Politikdidaktik existierte noch

tut für Erziehung und Unterricht, die Schriftenreihen herausgaben und Lehrerfortbildungen zur staatsbürgerlichen Bildung organisierten, kam unter diesen Bedingungen den Schulpraktikern eine Schlüsselstellung bei der kon-

2 Vgl. Hans-Joachim von Olberg: Die Gründung der „Vereinigung für staatsbürgerliche Bildung und Erziehung“ vor dem 1. Weltkrieg, in: POLIS (2015), H. 4, S. 13–16.

3 Vgl. Margaret Lavinia Anderson: Lehrjahre der Demokratie. Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich, Stuttgart 2009.

4 Vgl. Gudrun Hentges: Frontdienst – Heimatdienst – politische Bildung: Ein Jahrhundert Reichszentrale für Heimatdienst, in: Einsichten und Perspektiven (2018), H. 1, S. 4–15.



In pädagogischen Fach- und Lehrerzeitschriften wie „Die Volksschule“ entwickelte sich in den 1920er Jahren ein intensiver Diskurs über Inhalte, Methoden und Ziele einer möglichen staatsbürgerlichen Bildung.
Quelle: Unbekannt

zeptionellen Entwicklung der Staatsbürgerkunde zu. Insbesondere in den pädagogischen Fach- und Lehrerzeitungen erfolgte ein intensiver Diskurs, der Einblicke in die didaktische Entwicklung und Selbstprofessionalisierung der Lehrenden gibt. Zwischen 1919 und 1933 finden sich in den mehr als 320 existierenden pädagogischen Fachzeitschriften rund 3.600 Artikel von über 1.700 Autorinnen und Autoren, die Ziele, Inhalte und Methoden der staatsbürgerlichen Bildung verhandelten und die neue Aufgabe nach der Revolution – wie es der Volksschullehrer Johannes Maria Giesen formuliert – „hochgemut ergriffen“:

„Wollen wir uns selber nun als Demokraten bewähren, so ist es unsere Pflicht, dass wir nicht müßig zusehen und abwarten, wie die Regierung sich die Staatsbürgerkunde für die Schule [...] denkt und was sie anordnen wird, [...] wir müssen im Gegenteil mit Hand ans Werk legen. Die

Aussprache über diesen Punkt kann nicht lebhaft genug werden, damit auf Grund dessen die richtigen Wege eingeschlagen werden.“⁵

Von den Zeitgenossen wird der Diskurs als „tastendes Tappen“⁶ und schrittweiser Lernprozess beschrieben, aus dem sich nach und nach eine „spezielle Didaktik der Staatsbürgerkunde“⁷ entwickelte. Diskutiert wird über allgemeine Ziele, Inhalte und Methoden staatsbürgerlicher Bildung wie Planspiele, Zeitungskunde oder sozialwissenschaftliche Exkursionen ebenso wie über „neue Medien“ wie das Radio, die Rolle der Lehrkräfte und Gefahren einer Politisierung der Jugendlichen in Unterricht und Gesellschaft.⁸

Anhand von zwei zentralen Kontroversen – zur Schülerelbstregierung und zur Thematisierung politischer Streitfragen im Unterricht – möchte der folgende Beitrag die Genese einer demokratischen Politikdidaktik im Zeitschriftendiskurs der Weimarer Republik exemplarisch nachzeichnen und aufzeigen, warum es sich lohnt, die Geschichte der politischen Bildung neu zu entdecken.

Demokratisierung von Schule und Unterricht durch Schülerelbstregierung

Die Demokratisierung von Schule und Unterricht bildet im Diskurs der Weimarer Pädagogen neben dem Fachunterricht das zentrale Element „einer praktischen Einführung in die staatsbürgerlichen Rechte und Formen“.⁹ Ähnlich der heutigen Demokratiepädagogik wird davon ausgegangen, nicht „durch Belehrung, sondern durch das Sich-Bewegen in solchen Verhältnissen, also durch Tun“¹⁰ staatsbürgerliche Bildung zu ermöglichen. Die erprobten Praxisformen reichen von der Einführung von Klassenämtern wie den Tafel- und Ordnungsdiensten über Klassen- und Schülervertreter bis hin zu Schülervereinen,

- 5 Johannes Maria Giesen: Wie können wir den Volksschülern soziale und staatsbürgerliche Kenntnisse vermitteln und gleichzeitig ihr Interesse an solchen Dingen wecken?, in: *Erziehung und Unterricht* (1922), Jg. 29, S. 89–91 und S. 97 f., hier S. 89.
- 6 Ulrich Haacke: Mehr Lebensnähe im staatsbürgerlichen Unterricht!, in: *Vergangenheit und Gegenwart* (1928), Jg. 18, S. 300–306, hier: S. 300.
- 7 Hans Abmeier: Staatsbürgerliche Erziehung und neue Lehrerbildung, in: *Lehrer und Volk* (1927/28), Jg. 1, S. 175–181, hier: S. 178.
- 8 Vgl. Matthias Busch: *Staatsbürgerkunde in der Weimarer Republik. Genese einer demokratischen Fachdidaktik*, Bad Heilbrunn 2016.
- 9 Theodor Fuhrmann: Eine demokratische Schuleinrichtung, in: *Schlesische Schulzeitung* (1924), Jg. 53, S. 80 f., hier: S. 80.
- 10 W. Bock: Wie ich mir den neuen Geschichtsunterricht und die in der Verfassung geforderte Staatsbürgerkunde denke, in: *Blätter für die Fortbildung des Lehrers und der Lehrerin* (1922), Jg. 15, S. 686–692 und S. 724–733, hier: S. 725.



Eine Schulklasse lernt telefonieren, um 1930.
Foto: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

Schülerzeitungen, Schülergerichten und „betriebswirtschaftlicher Schülerselbstverwaltung“. Speziell die Schülerselbstregierung wird als das „besonders charakteristische Merkmal der pädagogischen Reform“¹¹ gewertet und ihre Etablierung an den Schulen zählt in vielen Ländern zu den ersten bildungspolitischen Maßnahmen nach der Revolution. Bereits Anfang Dezember 1918 ordnet beispielsweise der bayerische Staatsminister für Unterricht und Kultus, Johannes Hoffmann, die Einrichtung von Schülerausschüssen und -versammlungen in allen höheren Lehranstalten an. In seinem Aufruf wendet er sich an die Lehrer- und Schülerschaft:

„Der Gedanke der Demokratie, der Selbstverwaltung und Mitregierung hat das ganze Volk erfasst. Er hat die Jugend gepackt und begeistert. [...] Geist und Methode der militärischen Gewaltherrschaft haben bisher den Gedanken der Schülerselbstverwaltung niedergeschlagen. Das soll anders werden. Er soll endlich eine Heimat finden in unsern Schulen. Es wird ein harter Kampf werden zwischen dem Neuen und Alten. Mancher Konflikt wird

entstehen, mancher Versuch misslingen, manche Enttäuschung kommen. Aber das Neue wird siegen.“¹²

Während sich ein Teil der Lehrerschaft, aber auch der Eltern und Schüler angesichts des ambitionierten Vorgehens und deutlich markierten Bruchs mit der Pädagogik des Kaiserreichs brüskiert sieht und die Bestrebung zu unterlaufen sucht, beginnt in den Lehrerzeitschriften eine intensive Diskussion über Umsetzung und Formen der Schülerselbstregierung. Viele Autoren wie der Augsburger Lehrer Joseph Mayer berichten in Beiträgen über ihre Erfahrungen mit der Bildung von Schülerräten.¹³ Bereits 1920 veröffentlicht der Münchner Lehrer und spätere Ministerialrat Hugo Freitag in einem Sonderheft der Bayerischen Zeitschrift für das Realschulwesen Ergebnisse einer Umfrage zur Praxis der Schülerausschüsse an bayerischen Realschulen – mit zunächst ernüchterndem Ergebnis: Ein Jahr nach der Gründung der Schülerausschüsse „erscheinen dieselben, wie die Rundfrage ergab,

12 Johannes Hoffmann: An die Lehrer und Schüler. Bekanntmachung zur Einrichtung von Schülerausschüssen und Schülerversammlungen, in: Freitag (1919), S. 7–10, hier: S. 9.

13 Vgl. Joseph Mayer: Bildung von Schülerräten, in: Zeit und Schule (1919), Jg. 16, S. 82.

11 H. Stock: Die Wirklichkeit der Schule und der Gedanke einer Schülerselbstverwaltung, in: Schule und Evangelium (1932/33), Jg. 7, S. 72–75, hier: S. 72.

den meisten unserer Schüler als eine überflüssige und überlebte Einrichtung, der die Schüler kein Interesse mehr entgegenbringen“.¹⁴

Ein Hauptgrund für die Rückschläge wird von den Lehrkräften in der „Inhaltsleere“¹⁵ der Schulgemeinden gesehen. Es fehle nach einhelliger Einschätzung an relevanten Aufgaben, Bedeutsamkeit und Rechten, so dass die Schülerselbstregierung als „überflüssiges Maskenspiel“¹⁶ abgelehnt werde. Auch verfügten die Schulen in Deutschland, so beispielsweise der Amberger Stadtschulrat Franz Weigl, anders als Schulen in den USA oder der Schweiz über keine Traditionen der demokratischen Mitgestaltung¹⁷. Missverständnisse und Enttäuschungen über ihre Einrichtung und Funktion seien die Folge.

Tatsächlich werden in der Weimarer Republik mit der Schülerselbstregierung unterschiedliche, sich in Teilen widersprechende Ziele verfolgt. Einerseits wird die Selbstregierung in Tradition des Kaiserreichs als „Disziplinarsystem“¹⁸ und „Mittel sittlicher Erziehung“ wahrgenommen, bei dem die Schülerbeteiligung in erster Linie „zur freiwilligen Unterordnung“,¹⁹ Opferwille und



Eine Lehrerin umringt von ihrer Klasse.
Foto: Ullstein

-
- 14 Hugo Freitag: Ein Jahr Schülerschüsse an den realistischen Schulen Bayerns. Bericht von Professor Hugo Freitag (München), in: Sonderheft der Bayerischen Zeitschrift für das Realschulwesen (1920), H.1, S. 7–44, hier: S. 42.
 - 15 Walter Schönbrunn: Pädagogische Gegenwartsfragen. Klassengemeinde, Schulgemeinde, staatsbürgerliche Gemeinschaft, in: Schule und Wissenschaft (1928/29), Jg. 3, S. 143–154, hier: S. 146.
 - 16 Paul Oestereich: Schülerselbstverwaltung?!, in: Die neue Erziehung (1929), Jg. 11, S. 417–422, hier: S. 421.
 - 17 Vgl. Franz Weigl: Staatsbürgerliche Schulerziehung, in: Katholische Lehrerzeitung (1925), S. 813 f.
 - 18 Th. Zolger: Selbstregierung und unsere Schule, in: Schulreform (1928), Jg. 7, S. 345–354, hier: S. 345.
 - 19 Georg Kerschensteiner: Selbstregierung der Schüler, in: Die Quelle (1925), Jg. 75, S. 19–25, hier: S. 22.

Förderung zwischenmenschlicher Tugenden führen soll. Andererseits wird die Schülerpartizipation als „Vorschule für das demokratische Staatsleben“²⁰ und „Vorschule zur Politik“²¹ interpretiert. Nach US-amerikanischem Vorbild soll die Schülerselbstregierung der gesellschaftlichen „Demokratisierung“ und der praktischen Vorbereitung auf das republikanische Staatsleben dienen:

„So ist die Schülerselbstverwaltung – und das ist das Wichtigste an ihr – eine Vorbereitung für das Leben im Staat. Genau wie die „alte“ Schule im Grunde ein Abbild der Kaserne, der in ihr herrschende Ton eine Nachahmung des Subordinationsverhältnisses der Armee war, so sollen durch die Selbstverwaltung jetzt unsere Jungen und Mädel zu freien republikanischen Staatsbürgern erzogen werden [...]“²².

Hierzu sollen die Einrichtungen der Schülerselbstregierung den republikanischen Institutionen nachempfunden und damit sinnstiftende Erkenntnisse über ihre Wirkung und Funktionsweise ermöglicht werden. Die anschaulichen „Parallelen“ zwischen Schulgemeinde und Reichsverwaltung und vorhandene Analogien könnten im Unterricht reflektiert und „inhaltslose Begriffe“²³ mit eigenem Erleben verknüpft werden. Staatsbürgerliche Fähigkeiten würden trainiert und „Politik als Lebensform“²⁴ erfahren. Die „freie Meinungsäußerung“²⁵, das „*fair play*“ und „die Sauberkeit, das heißt die Identität von Gesinnung und Handlung“²⁶, würden trainiert und ein „republikanischer Staatsbürger“ gefördert, der sich aktiv für das Gemeinwesen engagiert und die demokratische „Ordnung des chancengleichen Wettspiels“²⁷ versteht und akzeptiert.

-
- 20 P. Klinckwort: Zur politischen Erziehung, in: Hamburger Lehrerzeitung (1930), Jg. 9, S. 765–770, hier: S. 768.
 - 21 William Stern: Selbstregierung als Mittel zur inneren Umgestaltung der Schülerschaft, in: Preußische Fortbildungsschul-Zeitung (1919), Jg. 10, S. 217 f., hier: S. 217.
 - 22 Paul Hildebrandt: Das Wesen der Schülerselbstverwaltung, in: Monatsschrift für höhere Schulen (1931), Jg. 30, S. 249–274 hier: S. 253.
 - 23 Zolger (wie Anm. 18), S. 354.
 - 24 Johannes Krauledat: Was bringt die Zeitung? (Eine Viertelstunde Staatsbürgerkunde), in: Lehrerzeitung für Ost- und Westpreußen (1931), Jg. 62, S. 153 f.
 - 25 Hermann Knust: Die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika im staatsbürgerlichen Unterricht, in: Vergangenheit und Gegenwart (1931), Jg. 21, S. 671–678, hier: S. 672.
 - 26 Friedrich Dessauer: Wie erziehen wir republikanische Menschen?, in: Der Wegweiser (1928), S. 68 f., hier: S. 69.
 - 27 Friedrich Dessauer: Erziehung zum republikanischen Menschen, in: Deutsche Schule an der Saar (1928/29), Jg. 8, S. 293–296, hier: S. 293.



Eine Mädchenklasse als athletisches Gesamtkunstwerk
Foto: Gerd Pfeiffer/Süddeutsche Zeitung Photo

Kritiker des Ansatzes wie der Erziehungswissenschaftler Erich Weniger sehen dagegen ein grundlegendes Missverständnis darin begründet, „Schule als Abbild des Staates“ zu betrachten, statt sie als staatliche Einrichtung erfahrbar zu machen:

„Gerade solche Übertragung aus den anderen Lebensgebieten des Staates gefährdet den Sinn der Erziehungsarbeit. Nicht der Staat, wie er in den anderen Seiten seiner Existenz ist, sondern wie er sich seine Schule schafft, man kann sagen, wie er als Schule ist, ist erster Gegenstand der Bildung. [...] Ganz allgemein gesagt: die Jugend muss den Staat in der Form der Schule, und wo sonst der Staat mit erzieherischem Anspruch ihr entgegentritt, erleben, die Haltung der Lehrer, die Behandlung der Schüler, der Ton des Umgangs, alles ist ihm ein Bild des Staates, und etwas sehr Wesentliches dabei ist die Form der Gerechtigkeit und der Achtung vor der Freiheit und vor dem Eigenleben von Lehrer und Schüler [...]“.²⁸

Die unterschiedlichen Deutungen der Schülerselbstregierung, Widerstände gegen ambitionierte bildungspolitische Vorgaben und erste Rückschläge in der schulischen Praxis führen bis Mitte der 1920er Jahre zu einem Dornröschenschlaf der Schülergremien an vielen Schulen. Erst in den letzten Jahren der Weimarer Republik erfährt die Schüler-

selbstregierung eine neue, teils äußerst dynamische Weiterentwicklung. Diese speist sich aus dem Anspruch von Schülern und einzelnen Lehrenden, Schülerpartizipation nicht allein pädagogisch, sondern als wirkungsmächtige Interessenvertretung der Schülerschaft auch politisch zu denken, und wird mit der Forderung nach mehr Mitspracherechten verbunden. Lehrende lernen auf diese Weise, dass Schülerpartizipation nicht nur ein harmonisches, disziplinierendes Lernsetting darstellt, sondern auch konflikthafte Austragung von Interessengegensätzen sein kann:

„Soll die Schulgemeinde Leben bekommen, dann muss sie um große, wichtige Fragen sich drehen, dann muss sie Rechte bekommen. [...] Überall wo heute die Schulgemeinde energisch auflebt, plant man und drängt man auf einen Zusammenschluß der Schülerausschüsse vieler, schließlich aller Schulen in einem Zentralschülerausschuss. Dieser soll dann mit den Provinzialschulkollegien in Verbindung treten und an wichtigen Fragen, wie Schulordnung, Schulaufbau usw., mitarbeiten. Es ist klar, dass [...] sie dann bald einen realen Machtfaktor darstellen wird“.²⁹

Politische Streitfragen im Unterricht

Die Frage, ob und wie tagespolitische Ereignisse im Unterricht thematisiert werden können, ohne Schülerinnen und Schüler parteipolitisch zu beeinflussen, zählt zu den heftigsten didaktischen Streitpunkten in der Wei-

28 Erich Weniger: Zur Frage der staatsbürgerlichen Erziehung, in: Die Erziehung (1929), Jg. 4, S. 148–171, hier: S. 170 f.

29 Schönbrunn (wie Anm. 15), S. 146 und S. 152.

marer Republik. 1920 erkennt der Bamberger Gymnasialprofessor Max Stocker grundlegende „Zweifel“ in der Lehrerschaft, „ob aktuelle Streitfragen besprochen werden dürfen“.³⁰ Einigkeit herrscht zwar darin, dass Lehrende „jede mittelbare und unmittelbare Beeinflussung ihrer Schüler nach irgendeiner parteipolitischen Richtung hin streng vermeiden“ müssten.³¹ Doch fehlt es lange Zeit an geeigneten Konzepten, wie man den Unterricht vor einer parteipolitischen Funktionalisierung von außen bzw. vor einer ungewollten Beeinflussung durch die Lehrkräfte schützen könnte. In der Zeitschrift des Bayerischen Philologenverbands markiert Lehrer Wenzl die didaktische Herausforderung als „doppeltes Dilemma“:

„1. Die Schüler sollen am Staatsleben interessiert werden, ohne ‚politisiert‘ zu werden; das praktische Staatsleben aber ist Politik; [...] eine strenge Scheidung zwischen der Theorie der Staatsbürgerrechte und -pflichten und der staatlichen Probleme ist in bewegten Zeiten und bei lebendigem Unterricht schwer. 2. Die Lehrer sollen über eine allzu formale, trockene Behandlung hinausgehen, ohne ihre eigene politische Weltanschauung so zu vertreten, dass sie mit Schulbehörde, Kollegenschaft und Elternschaft in Konflikt kommen. Das kann nicht jeder, und das ist [...] umso schwerer auch deshalb, weil in den letzten Jahren die Schüler außerhalb der Schule [...] im Übermaß politisiert, um nicht zu sagen fanatisiert wurden“.³²

Angesichts des ungelösten Problems setzt sich zunächst die Einschätzung durch, auf tagespolitische Themen im Unterricht vollständig zu verzichten. In einer Zeit schärfster politischer Polarisierung und gesellschaftlicher Verunsicherung nach der Revolution fürchten Pädagogen eine Politisierung ihres Unterrichts und ihrer Schüler. Forderungen, das „Schulzimmer frei von Politik“ zu halten,³³ wie sie u.a. der Münchner Lehrer Haimer in der Bayerischen Lehrerzeitung 1919 veröffentlicht, werden zum prägenden Paradigma.

Ab Mitte der 1920er Jahre wird der Anspruch, keine tagespolitischen Themen im Unterricht zu behandeln, dann allerdings mehr und mehr in Frage gestellt. Verbote

und unterrichtliche Tabus erscheinen einer zunehmenden Anzahl der Pädagogen wirkungslos, um die Jugend vor einer Politisierung zu bewahren. Die herrschende Tabuisierung wird als „Vogelstraußpädagogik“³⁴ kritisiert. Stattdessen fordern sie, die außerschulische „Umwelterziehung“³⁵ der Jugend als Tatsache anzuerkennen und den äußeren „Fehlentwicklungen“ durch eigene Bildungsarbeit zu begegnen. Unterricht wird als Korrektiv gegen politische Verhetzung in Presse und Partei gedacht. Zum zentralen Unterrichtsgegenstand und -medium avancieren wegen ihrer gesellschaftlichen Bedeutung politische Tageszeitungen. Als „Sammelwerk allen Geschehens in der staatlichen, wirtschaftlichen und geistigen Umwelt“ sei die Presse „ein mächtige[r] Erziehungsfaktor“³⁶. Schule müsse deshalb durch absolute Objektivität zur kritischen Lektüre anleiten und damit der „parteipolitischen Einseitigkeit der Zeitung“³⁷ und sittlichen Schädigung vorbeugen.

Das Grundproblem, eine parteipolitische Beeinflussung im Unterricht zu verhindern, kann jedoch auch der neue Ansatz nicht lösen. Einerseits scheitern viele Pädagogen dabei, tagespolitische Ereignisse „objektiv“ zu erklären. Andererseits genügt die politische Berichterstattung in der Zeitung meist nicht den Ansprüchen der Lehrenden an eine unparteiische Darstellung, so dass sie für die Zeitungskunde auf unpolitische Themen ausweichen. Diese Schwierigkeiten führen Ende der 1920er Jahre schließlich zu einem neuen Konzept in der staatsbürgerlichen Bildung. Die politischen „Umwelteinflüsse“, vor denen Schülerinnen und Schüler zunächst bewahrt werden sollten, werden nun positiver bewertet und als Anlass wie Ausgangspunkt schulischer Bildungsprozesse wahrgenommen. Da der „erzieherische Einfluss der heutigen Schule, besonders in staatsbürgerlicher Hinsicht, auf ein Minimum gesunken“ sei³⁸, sei es Auftrag der staatlichen Schule, die Schüler in ihrer außerschulischen Politisierung zu begleiten und die politische Urteilsfähigkeit zu fördern. Die Einschätzung setzt sich durch, dass politische Bildung

.....

30 Max Stocker: Politische Tagesfragen im Gymnasialunterricht, in: Bayerische Blätter für das Gymnasial-Schulwesen (1920), S. 2–6, hier: S. 2.

31 Fernhaltung der Politik von der Schule, in: Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen (1919), Jg. 61, S. 668 f., hier: S. 668.

32 Wenzl: Staatsbürgerliche Erziehung und politische Gegensätze, in: Neues Land (1925), Jg. 6, S. 9 f., hier: S. 9.

33 K. Haimer: Das Schulzimmer frei von Politik!, in: Bayerische Lehrerzeitung (1919), Jg. 53, S. 53.

.....

34 Franz Möller: Die Zeitung als Anschauungsmittel in der Berufsschule, in: Die Deutsche Berufsschule (1925/26), Jg. 34, S. 129–138.

35 Kutzner: Von der Bildung des politischen Urteils, in: Pädagogische Werte (1928), Jg. 35, S. 453–458, hier: S. 455 f.

36 B. Franke: Schule und Zeitung, in: Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung (1927), Jg. 56, S. 575 f.

37 Zur Pädagogik der Tagespresse, in: Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung (1924), Jg. 53, S. 741–743, hier: S. 741.

38 Jakob Kreutzer: Lehnt die heutige Jugend staatsbürgerliche Erziehung ab? Einige Gedanken aus einem Vortrag: „Staatsfremdheit und Schulerziehung“, gehalten im D.R.L.B., Ortsgruppe Frankfurt am Main 1930, in: Der Wegweiser (1931), Jg. 8, S. 92–94, hier: S. 92.



Medienerziehung im Jahr
1929
Foto: Scherl/Süddeutsche
Zeitung Photo

„nicht mit theoretischen Weisheiten, sondern lediglich durch [...] praktische Einführung“³⁹ zu erzielen sei. Die Jugend müsse „in den Grundformen politischen Lebens durch eigenes Handeln geschult werden“.⁴⁰ Um der politischen Verhetzung entgegenzuwirken, zählen zu den zentralen Zielen eine „Erziehung zur Urteilsbildung über die Ereignisse der Gegenwart“⁴¹, eine „Klärung und Vertiefung der eigenen Meinung“ und das Toleranz fördernde „Kennenlernen anderer Meinungen und ihrer Begründungen“.⁴²

Anders als zuvor wird allerdings der Versuch eines objektiven politischen Unterrichts in Frage gestellt. So liege „in der Erziehung zur politischen Objektivität die Gefahr der Unterdrückung staatsbürgerlicher Aktivität“.⁴³ Auch sehen es Autoren als „selbstverständlich“ an, dass der Lehrer „bei der Urteilsfindung subjektiv ist, so sehr er sich auch bemühen mag, objektiv zu sein“.⁴⁴ Statt eines vergebli-

chen Bemühens um eine objektive politische Darstellung entwickeln die Autoren deshalb ein als „Kontradiktorik“ bezeichnetes Vorgehen. Grundidee der „kontradiktorischen Methode“ ist es, politische Fragen so „von verschiedenen Seiten“ zu erörtern, „dass die Schüler mit allen beachtlichen Antworten und Lösungen, nicht etwa nur mit dem eigenen Werturteil des Lehrers bekanntgemacht werden“.⁴⁵

„Nicht Dogmatisierung, sondern Problematisierung des Politischen muss Aufgabe der Erziehung sein. Diese Problematisierung findet ihre wirksamste Stütze durch eingehende Kontradiktorik des Unterrichts, die die freie Aussprache als Grundlage und die möglichste Zurückhaltung des Lehrers als oberstes Gesetz in sich trägt. Durch gegenwartsnahe Auseinandersetzung mit den volks- und menscheitspolitischen Lebensfragen [...] muss die Schule gerade im Politischen zur Lebenshilfe für die Jugend werden“.⁴⁶

Politische Bildung werde „dann erreicht“, so der Berliner Studienrat Paul Hartig, „wenn ich den Schüler vor gegensätzliche oder einander widersprechende Aussagen, Behauptungen, Forderungen und Urteile stelle“.⁴⁷

39 Volksschulkind und Zeitung, in: Rheinische Lehrerzeitung (1932), Jg. 38, S. 503–505, hier: S. 505.

40 Heinrich Deiters: Zur politischen Erziehung der Jugend (Nach einem Vortrag von Oberschulrat Dr. Deiters), Kassel, in: Die Schule (1930), Jg. 6, S. 17 f., hier: S. 18.

41 Erich Scheil: Gegenwartsunterricht in der Geschichte, in: Pommersche Blätter (1929), Jg. 53, S. 255–257, hier: S. 255.

42 Richtlinien des Hamburger Schulbeirats zur politischen Erziehung in der Schule, in: Die Deutsche Berufsschule (1931/32), Jg. 40, S. 474 f.

43 Agnes Waldhausen: Staatsbürgerliche Schulung durch Zeitungslesen, in: Mädchenbildung auf christlicher Grundlage (1931), Jg. 27, S. 436–443, hier: S. 440.

44 Stein: Politisierte Jugend, in: Neue Preußische Lehrerzeitung (1932), Jg. 10, S. 181 f., hier: S. 181.

45 Krauledat (wie Anm. 24), S. 154.

46 Paul Oestereich/Kölling/Hoepner/Lenz/Helling: Politische Erziehung der Jugend, in: Die neue Erziehung (1930), Jg. 12, S. 648–650, hier: S. 649 f.

47 Paul Hartig: Zur Methode der Behandlung der Gegenwart im Geschichtsunterricht. In: Vergangenheit und Gegenwart (1931), Jg. 21, S. 534–539, hier S. 536.



„Der Zeitspiegel – Halbmonatsschrift für politische Bildung“ veröffentlichte ab Januar 1932 kontradiktorisch angelegte Presseschauen zu aktuellen politischen Ereignissen und zeitungskundliche Beiträge für den Einsatz im Unterricht.

Quelle : Unbekannt

„[Indem] die moderne Gemeinschaftskunde nicht nur fertige Tatsachen und Geschehnisse, sondern zum Teil noch umstrittene Methoden, ungelöste Fragen und ungeprüfte Meinungen den Schülern vorträgt [...] werden [sie] gezwungen, sich selbst eine Meinung zu bilden, sie in der Klasse oder zu Hause zu diskutieren, sich neue Aufschlüsse zu holen, zu einer eigenen Stellungnahme vorzudringen und so die besten Früchte des Arbeitsunterrichts zu pflücken: Selbständigkeit und Selbstverantwortlichkeit“.⁴⁸

Durch eine entsprechende Materialauswahl von Quellen unterschiedlicher politischer Positionen könnten Lehrende aktuelle Tagesfragen parteipolitisch neutral thematisieren und – ohne eine Sichtweise vorzugeben – gesellschaftliche Kontroversen im Unterricht darstellen.

48 Hugo Lötschert: Erdkunde und staatsbürgerliche Erziehung, in: Monatsschrift für höhere Schulen (1930), Jg. 29, S. 587–598, hier S. 598.

Das kontradiktorische Verfahren gilt auch aus demokratietheoretischen Erwägungen heraus als adäquater und genuiner Lernweg in der Staatsbürgerkunde. Der Unterrichtsprozess wird strukturhomolog zur politischen Auseinandersetzung in der Gesellschaft konzipiert:

„Ein fruchtbringender staatsbürgerlich-politischer Unterricht legt dem Schüler Quellen vor, leitet ihn zur kritischen Lektüre der Zeitung an, führt ihn in das Für und Wider parlamentarischer Diskussionen hinein und regt ihn zum Besuche der politischen Versammlungen und der Sitzungen öffentlicher Körperschaften an. So erschließt er dem Schüler einen großen Teil der politischen Wirklichkeit [...]. Die politische und staatsbürgerliche Willensschulung in der Schule muss aus dem demokratischen Grundcharakter des Staates und seinem Ringen mit den gesellschaftlichen Gegebenheiten erwachsen“.⁴⁹

Mit der Kontradiktorik erlangt die politische Bildung ein entscheidendes Kriterium zur Professionalisierung, das es Lehrpersonen ermöglicht, ihren Unterricht vor politischer Instrumentalisierung zu schützen und gesellschaftliche Einflüsse „in pädagogisch legitime Einflüsse“ zu transformieren⁵⁰.

Interessanterweise war es der Bamberger Gymnasialprofessor Max Stocker, der ein solches Vorgehen bereits 1920 konzeptionell skizziert, mit seinem Vorschlag jedoch kein Gehör im Diskurs erfahren hatte:

„[Die] Schüler sollen nicht mit Kenntnissen und Wissen vollgestopft, noch weniger für eine bestimmte Meinung gewonnen werden, sie brauchen auch nicht über die einzelnen Fragen zu endgültiger Klarheit kommen, sie sollen nur lernen und sich darin üben, Probleme zu sehen und nach verschiedenen Seiten zu betrachten, Gründe und Gegenstände abzuwägen, selbständig zu denken, zu prüfen, zu urteilen. [...] Nur diese wissenschaftliche Art der Behandlung fördert im Schüler Denk- und Urteilsfähigkeit, schärft seinen eigenen Blick für die betreffenden Fragen, hält uns frei vor Parteikampf und Parteimagitation. Dabei bleibt es dem Lehrer unbenommen, seine eigene Ansicht offen zum Ausdruck zu bringen. Nur muss er darauf verzichten, seine

49 Hermann Gerhards: Statt staatsbürgerliche Unterweisung – Erziehung des politischen Menschen, in: Rheinische Lehrerzeitung (1931), Jg. 37, S. 454–456, hier: S. 455.

50 Vgl. Dietrich Benner: Allgemeine Pädagogik. Eine systematisch-problemgeschichtliche Einführung in die Grundstruktur pädagogischen Denkens und Handelns, Weinheim/Basel 2014, S. 108 ff.

Überzeugung den Schülern aufdrängen zu wollen; er muss darauf hinweisen, dass es auf diesen Gebieten verschiedene Meinungen geben kann, er muss die Gründe aufdecken oder finden lassen, die von der anderen Seite angeführt werden. – Eine solche Betrachtungsweise ist wohl auch der einzige Weg, in politisch stürmischen Zeiten die Tagesereignisse zu besprechen, ohne dabei die eigene Überzeugung preiszugeben oder mit den jeweiligen Gewalthabern in Konflikt zu geraten.“⁵¹

Ende der 1920er Jahre findet das kontradiktorische Prinzip jedoch weit mehr Beachtung. Seine Durchsetzung und Etablierung schlägt sich in vielfältigen unterrichtlichen Erprobungen, Fortbildungsangeboten für Lehrende und der Institutionalisierung seiner Praxisformen nieder, beispielsweise in der „Aktuellen Stunde“⁵² oder der Zeitschrift „Zeitspiegel“, in der vergleichende Presseschauen zu aktuellen politischen Ereignissen für den Einsatz in der Schule herausgegeben werden. Dass das Verständnis einer politischen Bildung, die Lernende in ihrer politischen Sozialisation begleitet und Urteils- und Handlungsfähigkeit fördert, in der Endphase der Weimarer Republik eine mehrheitsfähige Auffassung darstellt, deuten zudem bildungspolitische Beschlüsse an. So verabschiedet beispielsweise der Hamburger Schulbeirat 1932 „Richtlinien zur politischen Erziehung in der Schule“, in denen es u.a. heißt:

„Sinn der politischen Bildung in der Klasse muss sein, sich durch Klärung und Vertiefung der eigenen Meinung zu festigen und durch Kennenlernen anderer Meinungen und ihrer Begründung seelisch und geistig zu erweitern. [...] Aufgabe und Pflicht des Lehrers ist es, seine Schüler so zu führen, dass sie in dieser Weise politisch gebildet werden. Er soll ihnen nicht seine Meinung aufdrängen oder suggerieren wollen. [...] Da politisches Leben ein Wirken ist, so geschieht die beste Vorbildung dazu auch in einem Handeln innerhalb politischer Lebensformen“.⁵³

Fazit

Im Zeitschriftendiskurs der Weimarer Republik entwickelt sich schrittweise eine der Demokratie adäquate politische Bildung mit einer Vielfalt an Praxisformen in Unterricht und Schulkultur. Die Schülerelbstregierung nimmt dabei

51 Stocker (wie Anm.30), S. 3–5.

52 Vgl. Wiltrude Huber: Die „Aktuelle Stunde“, in: Bayerische Lehrerzeitung (1922), Jg. 56, S. 107 f.

53 Richtlinien des Hamburger Schulbeirats zur politischen Erziehung in der Schule (wie Anm. 42), S. 474 f.



Geographieunterricht unter freiem Himmel in Berlin, 1921
Foto: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

Konzepte und Erfahrungen vorweg, wie sie auch heute noch die Demokratiepädagogik prägen. Mit der Erfindung der Kontradiktorik etabliert sich ein regulatives Prinzip, das Unterricht strukturhomolog zur politischen Auseinandersetzung in der Gesellschaft konzipiert und das ein Abgrenzungskriterium gegen die Funktionalisierung und Politisierung der Staatsbürgerkunde bietet, wie es in der Geschichte der politischen Bildung meist erst mit dem Kontroversitätsgebot des Beutelsbacher Konsens 1976 verbunden wird.

Nach 1945 geraten die vielfältigen Ansätze, die in der Weimarer Republik diskutiert und erprobt worden sind, in Vergessenheit. Viele Akteure, die den Diskurs in den 1920er Jahren prägten, sind nach Terrorherrschaft und Krieg nicht mehr im Schuldienst aktiv. Teils werden die demokratischen Traditionen der Staatsbürgerkunde bewusst negiert oder abgewertet. Der 100. Jahrestag der Novemberrevolution kann Anlass bieten, sich neu und differenziert mit den Erfahrungen politischer Bildung in der ersten deutschen Demokratie zu beschäftigen, die hier nur angedeutet werden konnten.

Jenseits eines rein antiquarischen Geschichtsinteresses bietet die Auseinandersetzung mit der Geschichte der eigenen Fachkultur die Chance, eigene Praktiken, Vorstellungen und Konzepte zu hinterfragen und vergessene Alternativen, neue Perspektiven und Lösungsansätze für Herausforderungen in der aktuellen politischen Bildung zu finden.⁵⁴ Viele Probleme, die die politische Bildung auch heute – wieder – beschäftigen, können im Vexierspiegel des Vergangenen entdeckt werden und Einsichten in grundlegende Fragen der Profession schärfen. ▀

54 Vgl. Matthias Busch/Tilman Grammes: Wenn das Fach sein Gedächtnis (wieder-)entdeckt. Warum eine Auseinandersetzung mit der Geschichte der politischen Bildung lohnt, in: POLIS (2018), H. 2.

Weimars dunkles Erbe

Der „Bandenkampf“ in Ausbildung, Kultur und Einsatzpraxis der deutschen Polizei von der ersten Demokratie bis in die Bundesrepublik¹

von Sven Deppisch



„Alma Mater Criminis“. Zu diesem Gemälde inspirierte den Künstler Guido Zingerl das Buch „Täter auf der Schulbank“ des Historikers Sven Deppisch.
Foto: Privataarchiv Sven Deppisch

„Die Polizeibataillone und Polizeiregimenter waren ursprünglich zur Verwendung in den besetzten Gebieten vorgesehen, später aber auch im rückwärtigen Heeresgebiet zur Sicherung der rückwärtigen Verbindungen gegen Partisanen und Banden und zur Verstärkung der militärischen Fronttruppen eingesetzt. Es muss zum Lob dieser Polizeibataillone und Regimenter besonders hervorgehoben werden, dass sie nicht selten an den Brennpunkten der Kämpfe verwandt wurden und sich [...] überall hervorragend bewährt haben. Die hohen Blutopfer der Offiziere und Beamten des aktiven und Reservistenstandes [...] ist [sic!] ein Gradmesser für ihren tapferen Einsatz.“²

Diese Worte finden sich in dem Buch „Kleine Polizei-Geschichte“. Das Machwerk erschien im Jahre 1954 und stammt aus der Feder von Paul Riege. In ihm bemühte sich der frühere Generalleutnant der Ordnungspolizei, deren Rolle im Zweiten Weltkrieg herunterzuspielen. Mehr noch stilisierte er die uniformierte Staatsgewalt zu einer heldenhaften Truppe, die tapfer gegen gefährliche Partisanen und „Banden“ gekämpft habe. Besonders in Osteuropa gingen Polizeieinheiten vor allem seit 1942 tatsächlich gegen irreguläre Kombattanten vor, die Anschläge gegen die deutsche Besatzungsmacht verübten. Was Riege jedoch nicht erwähnte: Gerade unter dem Deckmantel der „Bandenbekämpfung“ begingen deutsche „Gesetzeshüter“ in den besetzten Gebieten zahlreiche Kriegsverbrechen und Massenmorde an der Zivilbevölkerung. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 eskalierte die Gewalt vollends, an der die grün uniformierten Beamten einen entscheidenden Anteil hatten. Besonders energisch und brutal operierten sie gegen Juden in Osteuropa. Es wird geschätzt, dass die deutsche Ordnungspolizei auf unterschiedliche Weise daran beteiligt war, weit über zwei Drittel aller europäischen Juden zu ermorden.³ Die Angehörigen von Polizeibataillonen erschossen allein

wahrscheinlich bis zu einer Millionen Menschen.⁴ Ohne die Polizei wäre der Holocaust nicht möglich gewesen.

Männer wie Paul Riege waren dafür verantwortlich, dass diese Tatsache viele Jahrzehnte lang nicht ausgesprochen wurde. Ehemaligen Polizeioffizieren des NS-Staats war es in der Nachkriegszeit gelungen, die Legende von der „sauberen“ Polizei in Umlauf zu bringen.⁵ Ihnen zufolge habe sich ausgerechnet diese nicht an den Untaten des nationalsozialistischen Polizeistaats beteiligt. Versuchten sie nur, die Öffentlichkeit über den wahren Hintergrund des „auswärtigen Einsatzes“ zu täuschen, wenn die polizeilichen „Weltanschauungskrieger“ behaupteten, sie hätten lediglich gegen Partisanen gekämpft? Diente ihnen der „Bandenkampf“ tatsächlich nur als Vorwand für den Judenmord? Nutzten sie ein solches Vokabular ausschließlich dazu, die Verbrechen zu verschleiern? Oder steckte mehr dahinter?

Das Narrativ des „Bandenkampfs“ prägte die deutsche Polizei nachhaltig und entfaltete in den verschiedenen Epochen eine fatale Wirkung. Es fußte auf einer Angst, die in Deutschland eine jahrhundertealte und unheilvolle Tradition besaß. Doch erst die Weimarer Republik stellte die Weichen dafür, dass sie sich auch innerhalb der Ordnungsmacht etablieren und dort eine so bedeutende Rolle erhalten sollte. Im Folgenden soll hauptsächlich für Bayern gezeigt werden, welche Rolle der mehr oder minder fiktive Kampf gegen „Banden“ innerhalb der deutschen

1 Der folgende Beitrag behandelt einzelne Aspekte der Studie: Sven Depisch: Täter auf der Schulbank. Die Offiziersausbildung der Ordnungspolizei und der Holocaust, Veröffentlichungen des Bayerischen Polizeimuseums, Bd. 2, Baden-Baden 2017.

2 Paul Riege: Kleine Polizei-Geschichte, Kleine Polizei-Bücherei, Bd. 15/16, Lübeck 1954, S. 49.

3 Vgl. Wolfgang Curilla: Der Judenmord in Polen und die deutsche Ordnungspolizei 1939–1945, Paderborn 2011, S. 852.

4 Vgl. Stefan Klemp: „Nicht ermittelt“. Polizeibataillone und die Nachkriegsjustiz. Ein Handbuch, Villa ten Hompel. Schriften, Bd. 5, 2. überarbeitete Auflage, Essen 2011, S. 79.

5 Vgl. dazu Martin Hölzl: Grüner Rock und weiße Weste: Adolf von Bomhard und die Legende von der sauberen Ordnungspolizei, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 50/1 (2002), S. 22–43.



Während des Mitteldeutschen Aufstandes im März 1921 werden verhaftete Kommunisten abgeführt.
Foto: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

Staatsgewalt spielte. Im Zentrum stehen dabei die Polizei-offiziere und ihre Ausbildung. Gerade sie fungierten bei den Massenverbrechen während des Zweiten Weltkriegs häufig als treibende Kraft und animierten ihre Untergebenen zugleich durch ihr „Vorbild“.

„Säuberungsaktionen“ der Weimarer Polizei gegen das linke „Bandenunwesen“

Zu Beginn der Weimarer Republik herrschten chaotische Zustände. Da die Armee nach Ende des Ersten Weltkriegs und besonders infolge des Versailler Vertrags als die bis dahin zentrale Hüterin der Inneren Sicherheit ausschied, beerbte die Polizei sie nun in dieser Rolle. Gerade in ihrer turbulenten Frühphase sah sich die erste deutsche Demokratie durch politische Unruhen und Aufstände herausgefordert.⁶ Groß angelegte Streiks von Arbeitern und gewaltsame Demonstrationen vorwiegend linker Akteure erforderten ein entschlossenes Einschreiten der noch jungen Ordnungsmacht. Zahlreiche ihrer Einsätze fanden vor allem im Ruhrgebiet, in Norddeutschland und in Sachsen

statt.⁷ Eine besondere Rolle nahm dabei der Mitteldeutsche Aufstand vom März 1921 ein: Zu einem bewaffneten Konflikt eskalierte ein Generalstreik der Arbeiterschaft in der Provinz Sachsen, den die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) initiiert hatte. Den konnten einige Hundertschaften der preußischen Schutzpolizei mit großer Waffengewalt beenden.⁸ Eine weitere Bewährungsprobe für die Exekutive war der Hamburger Aufstand im Oktober 1923, bei dem die KPD in der hanseatischen Metropole revoltierte, indem sie z. B. einige Polizeireviere gewaltsam stürmte und besetzt hielt. Mit ihrem aussichtslosen Umsturzversuch scheiterten die Kommunisten letztlich am Widerstand der Staatsgewalt. Allerdings kamen dabei über 100 Menschen ums Leben. Allein die Hamburger Polizei hatte 17 Tote und 69 Verletzte zu

.....

7 Vgl. Siegfried Zaika: Polizeigeschichte. Die Exekutive im Lichte der historischen Konfliktforschung. Untersuchungen über die Theorie und Praxis der preußischen Schutzpolizei in der Weimarer Republik zur Verhinderung und Bekämpfung innerer Unruhen, Polizei Praxis, Bd. 1, Lübeck 1979, S. 66–134.

8 Vgl. dazu Christian Knatz: „Ein Heer im grünen Rock“? Der Mitteldeutsche Aufstand 1921, die preußische Schutzpolizei und die Frage der inneren Sicherheit in der Weimarer Republik, Quellen und Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, Bd. 19, Berlin 2000.

6 Vgl. Gunther Mai: Die Weimarer Republik, München 2009, S. 24 ff.

beklagen.⁹ Diese frühen Einsätze gegen vorwiegend linke Gruppierungen prägten tiefgreifend das Bewusstsein der deutschen Polizei. Der Hitler-Putsch führte ihr zwar vor Augen, dass die Gefahr ebenso von rechts drohte. Denn beim Schusswechsel an der Münchner Feldherrnhalle am 9. November 1923 kamen neben 16 Putschisten auch vier Landespolizisten ums Leben. Trotzdem sanktionierte die Staatsmacht weiterhin jene Aktivitäten wesentlich härter, die von der politischen Linken ausgingen.¹⁰

Die Politik begrüßte es daher, dass solche Inhalte in der polizeilichen Ausbildung dominierten, die sich auf den geschlossenen Einsatz bezogen. Die Beamten sollten die Republik notfalls mit rabiater Waffengewalt verteidigen, wobei gerade Polizeioffiziere zu lernen hatten, ihre Untergebenen dabei siegreich einzusetzen. Dass damit ein stark militärischer Drill an den Schulen der Ordnungsmacht einherging, war den polizeilichen Führungskräften nur recht, da sie meist aus der alten Armee stammten.¹¹ Allerdings musste die Weimarer Staatsgewalt erst ein allgemeingültiges Konzept zum polizeilichen Einsatz bei Konfliktlagen entwickeln, weil dieses Sachgebiet bis dato nicht existiert hatte. Die großen Aufstände und Streiks der Jahre von 1919 bis 1924 führten also dazu, dass sich die Ordnungsmacht eingehend damit befasste, wie sie auf solche Situationen reagieren sollte. Vor allem Vertreter des preußischen Offizierskorps schufen darum eine einheitliche Polizeiverwendungslehre, die auch als Polizeitaktik bekannt und maßgeblich von derartigen Szenarien geprägt war. Sie manifestierte sich in zahlreichen Verordnungen, Lehrbüchern und sonstigen Schriften. Aus ihnen erfuhren die Offiziere, wie sie die ihnen unterstellten Wachtmeister und Einheiten zu führen hatten, um bei Kundgebungen, Krawallen und Kampfeinsätzen in Innenstädten oder im freien Gelände möglichst effizient gegen die Aggressoren vorzugehen.¹²

Gedanklich kämpfte die Polizei dabei hauptsächlich gegen Kommunisten. Dadurch kultivierte sie ein Feind-

bild, das sich häufig in der zeitgenössischen Fachliteratur fand, die sich ab Mitte der zwanziger Jahre intensiv mit polizeitaktischen Belangen auseinandersetzte – ironischerweise also in einer relativ ruhigen Zeit, in der es keine innerdeutschen Unruhen gab. Sie befasste sich umso stärker mit den Aufständen der Weimarer Frühphase, je weiter die Zeit seither vorangeschritten war.¹³ In ihren Werken ließen einige Autoren polizeiliche Gegner aufmarschieren, die oft sogar in Gestalt von kommunistischen „Banden“ erschienen. Sie tauchten schon in einer Denkschrift auf, in der das preußische Innenministerium untersuchte, wie sich seine Staatsgewalt beim Mitteldeutschen Aufstand verhalten hatte. Die Schrift „Die Märzunruhen 1921 und die preußische Schutzpolizei“ stellte fest, dass nahezu alle Kommunen des Aufruhrgebietes „unter kommunistischem Terror“ gestanden hätten.¹⁴ Als äußerst brutal beschrieb sie die linksextremen Gegner, gegen die sich die Polizeiverbände schließlich durchgesetzt hätten. Eine zentrale Aufgabe der Schutzpolizei sei dabei der „Kampf gegen die großen Banden, die sich abseits der Hauptstraßen plündernd, brandschatzend und mordend auf dem flachen Lande“ herumgetrieben hätten, und deren „Vernichtung“ gewesen.¹⁵ Letztlich sei es aber den vielen kleinen Polizeieinheiten gelungen, die „[r]estlose Befriedung des gesamten Aufruhrgebiets“ zu erwirken, wobei die Staatsmacht „größere Säuberungsaktionen“ durchgeführt und das „Bandenunwesen“ erfolgreich bekämpft habe.¹⁶

Eines solchen Jargons bedienten sich polizeiliche „Literaten“ auch, wenn sie die Hamburger Oktoberunruhen von 1923 auswerteten. In seinem Buch „Der Kampfeinsatz der Schutzpolizei bei inneren Unruhen“ plädierte Polizeioberleutnant Wilhelm Hartenstein dafür, entschieden gegen die linken Gegner vorzugehen, da sie enorm gefährlich seien. „Für die Schutzpolizei kommt somit alles darauf an, so schnell wie möglich mit den einzelnen Partisanenabteilungen fertig zu werden“, wie der Offizier klarstellte.¹⁷ Er sprach auch vom „Banditenwesen“, das sich unter dem Deckmantel des kommunistischen Aufruhrs

9 Vgl. Lothar Danner: Ordnungspolizei Hamburg. Betrachtungen zu ihrer Geschichte 1918 bis 1933, Hamburg 1958, S. 63–106.

10 Vgl. Walter Nickmann: Der Hitler-Ludendorff-Putsch, in: Joachim Schröder: Die Münchner Polizei und der Nationalsozialismus. Ausstellungskatalog, hg. v. Polizeipräsident München/Kulturreferat der Landeshauptstadt München, Veröffentlichungen des Bayerischen Polizeimuseums, Bd. 1, Essen 2013, S. 39–45, hier S. 42.

11 Vgl. Peter Leßmann: Mit „Manneszucht“ gegen „irregeleitete Volksgenossen“. Bildung und Ausbildung der preußischen Schutzpolizei in der Weimarer Republik, in: Herbert Reinke (Hg.): „...nur für die Sicherheit da...“? Zur Geschichte der Polizei im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1993, S. 71–93, hier S. 83 ff.

12 Vgl. Zaika (wie Anm. 7), S. 33, 48 und 66.

13 Vgl. Knatz (wie Anm. 8), S. 377.

14 Die Märzunruhen 1921 und die preußische Schutzpolizei. Mit einem Beiheft: Von der Schutzmannschaft zur Schutzpolizei. Amtliche Denkschrift des Ministeriums des Innern, Berlin 1921, S. 16.

15 Ebd., S. 10.

16 Ebd., S. 15.

17 Wilhelm Hartenstein: Der Kampfeinsatz der Schutzpolizei bei inneren Unruhen, Charlottenburg 1926, S. 18.



Zwischen dem 22. und dem 24. Oktober 1923 kommt es in Hamburg zu blutigen Straßenkämpfen zwischen Kommunisten und der durch die Reichswehr verstärkten uniformierten Polizei, die den Aufstand niederschlägt.

Foto: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

formiere,¹⁸ und ließ sich über „bewaffnete Banden“¹⁹ oder „die bolschewistische Gefahr“²⁰ aus.

Doch die Furcht vor hinterrücks angreifenden „Banden“ besaß in Deutschland eine lange Tradition. Um solche zu bekämpfen, hatten sich schon im Dreißigjährigen Krieg lokale Initiativen auf deutschem Boden formiert. In der Folgezeit übernahmen staatliche Stellen diese Aufgabe und verfeinerten zunehmend ihre Methoden. Als dann im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 die „Franktireurs“ gegen die deutschen Truppen bewaffneten Widerstand leisteten und einen „Volkskrieg“ führten, ging das deutsche Militär gegen die irregulären Verbände unerbittlich vor. Das Narrativ der heimtückisch aus dem Hinterhalt operierenden „Freischärler“ blieb den Deutschen

noch lange erhalten und sollte weiterhin ihre Kriegsführung gegen Partisanen beeinflussen. Im 19. Jahrhundert entstanden Taktiken zur „Bandenbekämpfung“, welche die Armee unermüdlich theoretisch und praktisch einstudierte. Die Streitkräfte und eigens dafür eingerichtete Polizeiorgane konnten diese in militärischen Operationen in den deutschen Kolonien und während des Ersten Weltkriegs testen, was oft zu einem brutalen Umgang mit Widerständlern, aber auch Zivilisten führte. In der Nachkriegszeit lebten diese Konzepte in den Freikorps fort, die sie etwa im Kampf gegen die Münchner Räterepublik anwendeten. Aber auch die Armee ließ nicht von diesen Vorgehensweisen ab, als sie in den oberschlesischen Aufständen von 1919 bis 1921 gegen polnische Partisanen vorging.²¹ Noch jahrzehntelang prägten diese Ereignisse

18 Ebd., S. 19.

19 Ebd., S. 35.

20 Ebd., S. 34.

21 Vgl. dazu Philip W. Blood: *Hitler's Bandit Hunters. The SS and the Nazi Occupation of Europe*, Washington D. C. 2006, S. XII, 3–28 und 31.



Gräber von Partisanen, sog. „Franktireurs“, an der Kirche in Tamines, Belgien, während des Ersten Weltkrieges, vermutlich Opfer des Massakers vom 22. August 1915, bei dem ca. 400 Männer von deutschen Soldaten erschossen wurden.

Foto: Scherl/ Süddeutsche Zeitung Photo

nicht nur Mentalitäten und Feindbilder der deutschen Polizei, sondern auch ihr Vokabular. Das zeigte sich gerade in der Ausbildung ihrer Führungskräfte.

Auch Bayern fürchtete sich davor, dass es zu Unruhen kommen könnte, gegen die dann die Staatsgewalt einschreiten müsste. Mit solchen Szenarien befasste sie sich daher besonders in ihrer Aus- und Weiterbildung. An der Offiziersschule der Bayerischen Landespolizei in München dominierten eindeutig die militärischen Aspekte. Die Polizeitaktik nahm dabei eine besondere Position ein. Neben theoretischen Grundbegriffen behandelte der Unterricht etwa, wie der Einheitsführer mit seinem Verband einen Gegner anzugreifen oder abzuwehren hatte. Im Zentrum stand also der geschlossene Einsatz, der immer mehr einem militärischen Gefecht ähnelte und sich mehr oder weniger gegen innerdeutsche Unruhe-

stifter richtete.²² Die Stabsoffiziere der Bayerischen Landespolizei mussten bereits im September 1921 auf dem Papier gegen „kommun[istische] Kampforganisationen“ kämpfen, die in Sachsen und Thüringen eine „Rätediktatur“ eingerichtet hätten.²³ Noch größeren Wert legte die Ordnungsmacht des Freistaats darauf, den geschlossenen Einsatz praktisch zu üben. Solche Manöver spielten den Fall durch, dass die Exekutive möglichst effektiv gegen Aufstände im Landesinnern vorgehen müsse. Alle Polizei-

.....

22 Vgl. Bayerisches Hauptstaatsarchiv (BayHStA) München – Kriegsarchiv, Landespolizei München 1501, Taktik (endgültiger Lehrplan), [1933], S. 3–6.

23 BayHStA München – Kriegsarchiv, Landespolizeiamt 119, von SeiBer (Chef des Landespolizeiамts) an u. a. Chef München: Theoretische Ausbildung der Pol.-Stabsoffiziere, 26.09.1921.

führer hatten an militärischen Übungen und Planspielen teilzunehmen. Dabei simulierten sie etwa den „Angriff auf Aufrührer“, den „Kampfinsatz in der Großstadt“ oder die „Säuberung und Befriedung einer größeren Ortschaft nach Niederschlagung eines großen Aufstandes“.²⁴ Die Staatsgewalt führte auch einen „Kampf gegen kommunistischen Aufruhr“ und „bewaffnete rote Banden“, die plündernd und brandschatzend nach München zögen, wovon ein Planspiel vom Juli 1932 handelte.²⁵ In der Übergangsphase von der Weimarer Republik zum NS-Staat bildete die Landespolizei ihre Offiziere ähnlich fort.²⁶

Als infolge der Weltwirtschaftskrise die Gewalt von Links- und Rechtsextremen auf deutschen Straßen eskalierte, versuchte die Ordnungsmacht vergeblich, die erlernten polizeitaktischen Konzepte in die Tat umzusetzen. Stattdessen reagierte sie im geschlossenen Einsatz oftmals mit überzogener Härte auf die Krawallmacher, ging aber auch gegen Unbeteiligte vor und radikalisierte sich auf diese Weise selbst. In Berlin etwa ereigneten sich ab Ende der zwanziger Jahre einige Vorfälle, bei denen Polizisten gerade bei kommunistischen Kundgebungen vorschnell das Feuer eröffneten.²⁷ Insofern war es fatal, dass die Ordnungsmacht zu sehr auf den paramilitärischen Kampf gegen „Banden“ fokussiert war. Trotzdem verabschiedete sie sich noch lang nicht von diesen Gegnern.

Die Ausbildung von Himmlers Polizei für den „Totalen Krieg“

Nach der „Machtergreifung“ übernahmen die Nationalsozialisten die Weimarer Polizei und große Teile ihrer Kultur. Das gelang ihnen nicht zuletzt deshalb, weil beide mit dem Kommunismus ein gemeinsames Feindbild teilten. Daher verwundert es kaum, dass auch die Staatsgewalt des „Dritten Reichs“ gedanklich gegen bolschewistische „Banden“ kämpfte. In der polizeilichen Einsatzlehre

und -praxis stellten diese weiterhin ein zentrales Thema dar, obwohl es im NS-Staat keine politischen Unruhen und Straßenschlachten mehr gab. Gerade die Führungskräfte der „grünen“ Exekutive sollten trotzdem so gut wie nur möglich auf den geschlossenen Einsatz gegen den abstrakten „Feind im Innern“ vorbereitet sein.



Die Polizei-Offizierschule Berlin-Köpenick
Foto: Privatarhiv Sven Deppisch



Die Polizei-Offizier- und Schutzpolizeischule Fürstfeldbruck
Foto: Privatarhiv Sven Deppisch

Besonders darauf hatten sie die beiden Offiziersschulen in Berlin-Köpenick und Fürstfeldbruck bei München auszubilden, welche die wichtigsten Lehranstalten der uniformierten Staatsmacht waren. Die Berliner Schule wurde Anfang 1936 eingerichtet und sollte der Ordnungspolizei ursprünglich als ihre einzige „Kaderschmiede“ dienen.²⁸ Nachdem Adolf Hitler den Reichsführer-SS Heinrich Himmler am 17. Juni 1936 auch zum „Chef der Deutschen Polizei“ ernannt hatte,²⁹ beschloss dieser aber, eine weitere Bildungsstätte für die Ausbildung von Polizeifüh-

24 BayHStA München – Kriegsarchiv, Landespolizei München 15, Landespolizei München – Abschnittskommando III an Kommando der Schutzpolizei München: Theoretische Ausbildung d.Pol.Offze. im Ausbildungsjahr 1932/33, 04.11.1932, S. 3 f.

25 BayHStA München – Kriegsarchiv, Landespolizei München 483, I. V. [unleserlich] (Landespolizei München – Abschnittskommando II) an u. a. Chef: Abschnittsübung am 11.7.1932 – Lage für die Abschnittsübung am 11.7.1932 (Anhang), 08.07.1932, S. 1.

26 Vgl. u. a. BayHStA München – Kriegsarchiv, Landespolizei München 1511, Doebla (Inspektion der uniformierten Staatspolizei im Staatsministerium des Innern) an die Kommandeure der Landespolizeien: Theoretische Ausbildung der Pol.Offiziere im Winterhalbjahr 1933/34, 06.10.1933.

27 Vgl. Peter Leßmann: Die preußische Schutzpolizei in der Weimarer Republik. Streifendienst und Straßenkampf, Düsseldorf 1989, S. 249 f., 266–274 und 286–295.

28 Vgl. Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BAB), R 19/284, Chronik der Polizei-Offiziersschule Berlin-Köpenick, [1936–1943], Bl. 2.

29 Vgl. Heiner Lichtenstein: Himmlers grüne Helfer. Die Schutz- und Ordnungspolizei im „Dritten Reich“, Köln 1990, S. 21.

ern einzurichten. Seine Wahl fiel dabei auf die seit 1924 bestehende polizeiliche Lehranstalt in Fürstenfeldbruck, die er am 11. Mai 1937 offiziell zur „Polizeioffizier- und Schutzpolizeischule“ aufwertete.³⁰ Während sie bis Anfang der vierziger Jahre immer etwas im Schatten ihrer „Schwester“ in der Reichshauptstadt stand, avancierte sie im Laufe des Zweiten Weltkriegs zur bedeutendsten Schule der uniformierten Ordnungsmacht.

Neben einer Vielzahl an rechtlichen, polizeidienstlichen und politisch-weltanschaulichen Fächern ragten in den Offiziersanwärterlehrgängen vor allem die militärischen Disziplinen heraus. Unter ihnen besaß die Polizeiverwendung erneut einen besonderen Stellenwert. In ihr spielte die „Bandenbekämpfung“ eine herausragende Rolle, was sich auch in einer Fülle an Lehrmaterialien niederschlug. Das wohl wichtigste polizeitaktische Fachbuch des „Dritten Reichs“ war das 1938 erschienene Werk „Der Unterführer in der Polizeiverwendung“ von Hauptmann Alfons Illinger, der diese Disziplin an der Polizeischule Fürstenfeldbruck unterrichtete.³¹ Darin skizzierte er Szenarien, in denen beispielsweise eine Polizeieinheit ein Gehöft, ein



Training für den Winterkrieg
Foto: Bayerisches Polizeimuseum

Waldstück oder einen Landstrich um Fürstenfeldbruck durchsuchen musste, um gegen Verbrecher vorzugehen.³² Dabei operierte sie gegen einen „Schlupfwinkel früherer Angehöriger von Rotfrontkämpferverbänden“³³ oder eine „Einbrecherbande“, wobei gerade letztere als schwerbe-

waffnete und plündernde Gruppe dargestellt wurde.³⁴ In diesem Fall besagte der Text, dass die Polizisten „die Bande unschädlich zu machen“ hätten, wozu sie auch Handgranaten mitführen sollten, um einen „Angriff auf Widerstandsnester“ durchführen zu können.³⁵

In anderen Schriften wendeten sich Polizisten an ihre Kollegen, um sie über einen längst vertrauten Feind aufzuklären. In seinem Machwerk „Polizei greift ein!“ aus dem Jahre 1941 ließ Helmuth Koschorke keinen Zweifel daran, was er von polnischen „Banden“ hielt. Die polizeilichen Feinde charakterisierte er als „vertierte Bestien, die mit dem Rasiermesser deutschen Soldaten die Kehle durchschneiden“ oder als „Flintenweiber, die wie Hyänen über die Schwerverwundeten herfallen, sie mit Petroleum übergießen und dann anzünden“.³⁶ In ihrem 1942 erschienenen Buch „Freigemachtes Grenzland“ machten Günther Rumler und Otto Holzmann die irregulären Kombattanten sogar für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs verantwortlich. Ihnen zufolge hätten „polnische Banden“ am 1. September 1939 den Sender in Gleiwitz überfallen, „um den gegen Deutschland schon so lange geplanten und vorbereiteten Krieg zu entfesseln“.³⁷ Den militärischen Einsatz der deutschen Polizei in der Sowjetunion glorifizierte Hans Richter in seinem 1943 veröffentlichten Bildbericht „Ordnungspolizei auf den Rollbahnen des Ostens“. Ihre Feinde seien hauptsächlich „bolschewistische“ Partisanen, wobei die Schrift den „Bandenkampf“ als „neue Kampfform“ charakterisierte, „die für den Osten eigentümlich geworden ist“.³⁸

Ein solches Feindbild pflegte Himmlers grün uniformierte Staatsgewalt auch an den Lehranstalten. Die Polizeischule Berlin-Köpenick unterwies ihre Schüler schon Mitte der dreißiger Jahre darin, sich auf den Kampf gegen „Banden“ vorzubereiten. Das belegt die Musterlösung zu einer polizeitaktischen Klausur vom Mai 1936. In der schriftlichen Prüfung hatten sich angehende Majore der Schutzpolizei in einem fiktiven „Luftschutz-Polizeikampf“ um möglichst alle Schäden zu kümmern, nachdem es auf

34 Ebd., S. 102.

35 Ebd., S. 106 f.

36 Helmuth Koschorke: *Polizei greift ein! Kriegsberichte aus Ost, West und Nord*, Berlin 1941, S. 24.

37 Günther Rumler/Otto Holzmann: *Freigemachtes Grenzland. Erlebnisberichte*, Berlin 1942, S. 19.

38 United States Holocaust Memorial Museum, LM0223, NCY-1798.4, Hans Richter: *Ordnungspolizei auf den Rollbahnen des Ostens. Bildbericht von den Einsätzen der Ordnungspolizei im Sommer 1941 im Osten*, ergänzt durch kurze Erlebnisberichte, Berlin 1943, S. 7.

30 Vgl. Runderlass (RdErl.) d. Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern (RFSSuChdDtPol. im RMDI.) v. 11.05.1937, in: Reichsministerialblatt der inneren Verwaltung (RMBliV), 19.05.1937, Nr. 20, Sp. 762.

31 Vgl. Alfons Illinger: *Der Unterführer in der Polizeiverwendung*, Lübeck [1938], S. 4.

32 Vgl. ebd., S. 88–111.

33 Ebd., S. 89.



Übung am Sandkasten
Foto: Bayerisches Polizeimuseum



Übung in der Polizeiverwendung in Grafenwöhr (1930)
Foto: Bayerisches Polizeimuseum

Potsdam einen Bombenangriff gegeben habe.³⁹ Daraufhin müssten sie im Umland gegen Plünderer einschreiten und eine große „Bande“ vernichten, die sich alle zusammen mit den Luftstreitkräften gegen das deutsche Volk verschworen hätten, was eine „Erscheinungsform des Totalen Krieges“ darstelle.⁴⁰ Damit kein dauerhafter Unruheherd entstehen könne, sollte vonseiten der Polizei gegen die feindlichen Akteure „sofort ohne jede Rücksicht mit der Schusswaffe vorgegangen“ werden.⁴¹

Gerade während des Krieges hinterließ die „Partisanenbekämpfung“ im Unterricht zunehmend ihre Spuren und dominierte ihn regelrecht. Die künftigen Polizeiführer befassten sich in Fürstenfeldbruck z. B. mit „Wesen und Kampfweise der Banden“, der „Führung in der Bandenbekämpfung“ sowie der „Vernichtung der Banden durch Einkesselung“ und dem „Einsatz von Jagdkommandos“. ⁴² Auch die Prüfungen in der Polizeitaktik behandelten vorwiegend den Kampf gegen diesen scheinbar unsichtbaren Gegner. Solche Klausuren skizzierten meist konstruierte Fälle, in denen militärische Einsätze von Polizeieinheiten beschrieben wurden, welche die Schüler zu beurteilen hatten. Die Lehrkräfte entwarfen meist Kampfhandlungen, in denen solche Verbände gegen feindliche „Banden“ im Großraum München und vor allem in Fürstenfeldbruck

zu Felde zogen.⁴³ Häufig zu finden war das Szenario eines „militärisch besiegten Staates, in dem noch Banden sich in den Wäldern aufhalten, die nachts die Dörfer überfallen und die Bevölkerung ausplündern“. ⁴⁴ Es veranschaulicht, wie sehr die Polizei Partisanen und angeblich unehrenhaft kämpfende Feinde hinter der eigenen Front fürchtete. Noch deutlicher zeigt dies beispielsweise eine Prüfung aus dem Jahre 1942: Stärkere Partisaneneinheiten hätten ihr zufolge Nachschubkolonnen angegriffen und Straßen vermint, was den Nachschub zur Front erheblich gestört habe. Auch in diesem erdachten Fall kam einem Polizeibataillon die Aufgabe zu, die irregulären Kombattanten zu vernichten.⁴⁵

Um das Gelernte auch praktisch einzustudieren, führten die Offiziersanwärter diverse Gefechtsübungen durch. Im Rahmen solcher fiktiven Szenarien simulierten die künftigen Polizeiführer, in Einheiten der Ordnungspolizei gegen feindliche Kräfte zu kämpfen. Die meisten Lehrgänge mussten mehrfach solche Manöver absolvieren. Bei einem solchen Übungsgefecht mimte ein Brucker Kursus z. B. im Mai 1943 in der Gegend von Schöngesing und Holzhausen einen Teil des SS-Polizeiregiments 26. Er hatte gegen die Anwärter eines anderen Lehrgangs anzutreten, der zur gleichen Zeit an der Polizeischule

39 BAB, R 20/67, Zu Anl. 6. Besprechung der Prüfungsarbeit für Major-Anwärter, [1936], S. 1.

40 Ebd., S. 2.

41 Ebd., S. 5. Hervorhebung im Original.

42 BayHStA München, Polizeischule Fürstenfeldbruck (FFB) 135, Ludewig (Polizeischule FFB): Lehrstoffverteilungsplan für Taktik, 19.06.1944.

43 So z. B. in BayHStA München, Polizeischule FFB 124, Polizeischule FFB: 3. Prüfungsaufgabe (Pol.Taktik), 25.07.1941; BayHStA München, Polizeischule FFB 127, Polizeischule FFB: Hörsaalarbeit (Pol.Taktik), 07.05.1942.

44 BayHStA München, Polizeischule FFB 124, Taktik Lehrabtlg. A, [1941].

45 Vgl. BayHStA München, Polizeischule FFB 127, Polizeischule FFB: 3. Prüfungsaufgabe (Pol.Taktik), 13.06.1942.



Marsch mit Gasmasken durchs Gebirge in Sudelfeld (1939)
Foto: Bayerisches Polizeimuseum

Fürstentfeldbruck gastierte. Dieser musste dabei den Feind darstellen, den der andere Kurs spielerisch zu vernichten hatte.⁴⁶ Brucker Polizisten trainierten ebenso, Ortschaften zu erobern und wie sie diese gegenüber Widersachern halten konnten. Außerdem übten sie den Stadtkampf.⁴⁷ Den paramilitärischen Einsatz gegen ihre Feinde ahmten angehende Führungskräfte aus Fürstentfeldbruck auch im Alpenland nach. Ein Lehrgang unternahm beispielsweise einen Ausflug nach Innsbruck, um dort den „Bandenkampf im Gebirge“ zu trainieren.⁴⁸ Bei Spitzingsee probte ein weiterer Kurs, eine Alm zu befreien, die „von Partisanen besetzt war“.⁴⁹ Obwohl all diese theoretischen Aufgaben konstruiert waren, orientierten sie sich mitunter sehr stark an den Operationen der Ordnungspolizei während des Krieges. Sie sollten den Staatsdienern einschärfen, dass sie in den besetzten Gebieten von allen Seiten bedroht seien und daher ständig auf der Hut sein müssten.

46 Vgl. BayHStA München, Polizeischule FFB 11, Hagemann (Polizeischule FFB): Kommandobefehl Nr. 14 für die Gefechtsübung am 31.5.1943, 27.05.1943.

47 Vgl. BayHStA München, Polizeischule FFB 127, 1. Polizeitaktik. Großer Aufsehtsdienst, [1942] sowie BayHStA München, Polizeischule FFB 126, Lutz (Polizeischule FFB): Lehrstoffverteilungsplan für Taktik, Kriegsgeschichte u. Lebenskunde im 25. Offizier-Anwärter-Lehrgang, [1942].

48 BayHStA München, Polizeischule FFB 132, Entwurf: Hagemann (Polizeischule FFB) an RFSSuChdDtPol: 33. Offizieranwärterlehrgang, 01.10.1943, S. 1.

49 BayHStA München, Polizeischule FFB 145, Hagemann (Polizeischule FFB) an RFSSuChdDtPol: Belehrungsreise des 15. Res.Offizieranwärterlehrganges, 06.08.1942, S. 1.



Diskriminierung einer Frau durch Polizisten im „auswärtigen Einsatz“
Foto: Bayerisches Polizeimuseum

Der Einsatz deutscher „Polizeisoldaten“ zwischen „Bandenkampf“ und Judenmord

Auch in den Polizeieinheiten selbst übten die Beamten den paramilitärischen Kampf.⁵⁰ So trainierten sie die verschiedenen Einsatzmuster bis zur Routine. Derartig vorbereitet zogen sie in ihren Verbänden in den „auswärtigen Einsatz“, um diese Methoden in den besetzten Gebieten gegen echte Partisanen, aber vor allem auch gegen Zivilisten anzuwenden, welche die „Polizeisoldaten“ kurzerhand zu „Banditen“ und ihren Helfern erklärten. Sie unternahmen ab Sommer 1942 groß angelegte Operationen, um systematisch gegen Widerstandskämpfer und zugleich gegen Juden vorzugehen. Insbesondere 1943 bekämpfte Hitlers Besatzungsapparat echte und vermeintliche „Banden“ noch radikaler. Mehrere Polizeieinheiten vernichteten z. B. beim Unternehmen „Hornung“ südlich der

50 Vgl. u. a. BayHStA München, Mlnn 73335, I. V. Daluge (RFSSuChdDtPol) an u. a. Polizeischule FFB: Richtlinien für die Gefechtsausbildung der geschlossenen Einheiten der Ordnungspolizei für den Osten, 16.01.1942.

weißrussischen Stadt Sluzk vom 8. bis 26. Februar 1943 insgesamt 12.897 Menschen, unter denen sich ungefähr 3.300 Juden befanden.⁵¹ Mit vielen solchen Operationen leisteten deutsche „Gesetzhüter“ ihren schrecklichen Beitrag am Besatzungsterror und am Holocaust.

Die Invasoren gingen nicht zuletzt deshalb äußerst gewaltsam gegen Juden vor, weil die NS-Führung in ihnen die Strippenzieher hinter den bolschewistischen „Banden“ zu erkennen glaubte oder dies ihrer Exekutive zumindest suggerierte. Die Nationalsozialisten vollbrachten es offenbar, der „Bandenbekämpfung“ eine antisemitische Stoßrichtung zu verleihen. Das bereits in der Weimarer Republik bestehende polizeiliche Feindbild reicherten sie mit judenfeindlichen Komponenten an. Dadurch begegnete den Staatsdienstern ein neuer, aber insgesamt doch allzu bekannter Gegner. Den traditionsreichen Kampf gegen kommunistische „Banden“ erweiterte das NS-Regime zu einem alles entscheidenden „Rassenkrieg“ gegen von Juden gelenkte „bolschewistische“ Partisanen in den besetzten Gebieten.

Zumindest Teile der Ordnungspolizei, aber auch weitere Besatzungsinstitutionen waren mehr oder minder stark davon überzeugt, dass das fiktive Bündnis zwischen Juden und Partisanen wirklich existierte. Schon in der Frühphase des Zweiten Weltkriegs gingen Polizisten davon aus, dass Juden für solche Akte des Widerstands verantwortlich seien, die angeblich aus dem Hinterhalt erfolgten.⁵² Um das Geschehen in den eroberten Territorien zu deuten, bedienten sie sich auch im weiteren Verlauf des Krieges dieser antisemitischen Interpretation. Das belegt etwa der Brief eines Angehörigen des Bremer Reserve-Polizeibataillons 105. Am 18. November 1941 schrieb er seiner Frau, dass seine Einheit tags zuvor acht junge Partisanen erschossen habe.⁵³ „Sie wollten also deutsche Soldaten töten, im Auftrag ihrer Kommissare und Juden“, wie er ihre angeblichen Absichten und Hintermänner charakterisierte.⁵⁴ Unter den Besatzern kursierte darüber hinaus die Ansicht, dass Juden und Partisanen nicht nur miteinander kooperierten, sondern sogar identisch seien. Als Ende September 1941 ein Lehrgang zur Partisanenbekämpfung in

Mogilew stattfand, war z. B. der Kommandeur des 2. SS-Kavallerieregiments, Gustav Lombard, als einer der Teilnehmer davon überzeugt, „der Jude ist der Partisan!“⁵⁵ Es konnte sogar vorkommen, dass beide Gegner begrifflich miteinander verschmolzen. Für den 12. November 1941 vermerkte etwa das Oberkommando der Wehrmacht in seinem Kriegstagebuch, dass im rückwärtigen Gebiet der Heeresgruppe Mitte „erfolgreiche Aktionen gegen stärkere Partisanengruppen“ gelungen seien, wobei „eine bewaffnete Judenbande im Kampf vernichtet“ worden sei.⁵⁶

Selbst Himmler verknüpfte beide Feindgruppen miteinander, um den Vollstreckern der Vernichtungspolitik klarzumachen, wie sie mit Juden verfahren sollten. Einem ranghohen SS- und Polizeifunktionär zufolge habe dieser am 8. Juli 1941 gegenüber Führungskräften aus SS und Ordnungspolizei in Bialystok erklärt, dass „grundsätzlich jeder Jude als Partisan anzusehen“ sei.⁵⁷ Bereits zu Beginn des „Unternehmens Barbarossa“ baute er damit gedanklich eine Brücke vom „Bandenkampf“ zum Holocaust. Denn die mobilen Tötungseinheiten aus Himmlers Machtapparat brachten als „Banden“ charakterisierte Juden um, bevor sich überhaupt nennenswerte Partisanengruppen formieren konnten. Gleichzeitig war das NS-Regime darauf bedacht, seine Gegner begrifflich so zu kennzeichnen, dass an ihrem angeblich verbrecherischen und illegitimen Charakter kein Zweifel bestehen sollte. Als sich die echten irregulären Kombattanten in Osteuropa dann ab Sommer 1942 verstärkt gegen die Besatzer zur Wehr setzten, befahl Himmler sogar, „dass in Zukunft das von den Bolschewisten eingeführte und verherrlichte Wort ‚Partisan‘ nicht mehr zu gebrauchen ist. Es ist der Ausdruck ‚Banden‘ anzuwenden.“⁵⁸

Das „Banden-Motiv“ ermöglichte es den Tätern zugleich, über den Judenmord zu sprechen, ohne ihn explizit zu erwähnen. Beschönigende Vokabeln kaschierten während des Zweiten Weltkriegs vor allem antisemitische Gewaltakte. Das war etwa der Fall, wenn die Opfer angeblich in „Befriedungsmaßnahmen“ und „Säu-

51 Vgl. dazu Christian Gerlach: *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944*, Hamburg 1999, S. 884–918.

52 Vgl. Klaus-Michael Mallmann: *Vom Fußvolk der „Endlösung“. Ordnungspolizei, Ostkrieg und Judenmord*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 26 (1997), S. 355–391, hier S. 379 f.

53 Vgl. BayHStA München, Office of Military Government for Germany (U.S.) (OMGUS) 170, Gieschen an Ehefrau: Feldpostbrief, 18.11.1941, S. 561–566, hier S. 564 f.

54 Ebd., S. 565.

55 Zit. n. Einleitung, in: *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945* (VEJ), Bd. 7: *Sowjetunion mit annektierten Gebieten I. Besetzte sowjetische Gebiete unter deutscher Militärverwaltung, Baltikum und Transnistrien*, München 2011, S. 34.

56 Percy E. Schramm (Hg.): *Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht. Wehrmachtführungsstab. 1. August 1940–31. Dezember 1941*, Bd. 1. Zweiter Halbband, Augsburg 2005, S. 754.

57 Zit. n. Peter Longerich: *Heinrich Himmler. Biographie*, München 2010, S. 543.

58 Institut für Zeitgeschichte, Archiv, 11/Dc 050.001, Kdo.d.W.-SS/la: 304. Gebrauch des Wortes „Partisan“, in: *Verordnungsblatt der Waffen-SS* (V.Bl.d.W.-SS), hg. v. SS-Führungshauptamt, 01.09.1942, Nr. 17, S. 71.

berungsaktionen“ oder als „Partisanen“ und „Banditen“ erschossen wurden.⁵⁹ Um ihre Verbrechen zu verüben, mussten die Besatzer aber weder Antisemiten noch davon überzeugt sein, dass Juden und Partisanen miteinander interagierten oder gar identisch waren. Aber offenbar fiel es ihnen deutlich leichter, ihre jüdischen Opfer zu töten, wenn sie diese zu Partisanen erklärten.⁶⁰

Wesentlich wichtiger als solche psychologischen Tricks und die Botschaften der NS-Ideologie war ein anderer Faktor: Operationen gegen Partisanen und Massaker an Juden führten die Ordnungspolizisten meist nach dem gleichen Muster durch. Sie gingen schematisch vor, wenn sie Ortschaften umzingelten, deren Bewohner zusammentrieben und zu entlegenen Plätzen abführten, um sie dort zu erschießen.⁶¹ Für Hitlers „grüne Soldaten“ war es zweitrangig, ob sie gegen Juden oder gegen Partisanen einschritten, da sich die polizeiliche Vorgehensweise kaum unterschied. Anscheinend trug der standardisierte Ablauf auch dazu bei, dass es den Staatsdienern leichter fiel, ihre Mordaktionen so erschreckend routiniert durchzuführen. Es zeigte offenbar Wirkung, dass sie ähnliche taktische Manöver schon in den Schulen und Einheiten der Staatsgewalt immer wieder theoretisch und praktisch einstudiert hatten. Im „auswärtigen Einsatz“ mussten sie die erlernten Denk- und Verhaltensmuster nur noch abrufen – unabhängig davon, gegen welche Gegner sie konkret vorgingen. Zwar übten die Polizeischüler in den Lehranstalten nicht alle Schritte, die sie später bei den „Judenaktionen“ durchführten. Dazu zählten vor allem die Erschießungen von unbewaffneten Menschen. Doch offensichtlich bereitete es den Offizieren keine Probleme, ihren Männern das neben all den polizeitaktischen Einzelmaßnahmen auch noch zu befehlen.

Die „Altlasten“ von Himmlers Staatsgewalt in der bundesrepublikanischen Polizei

Nach dem Zusammenbruch des „Tausendjährigen Reichs“ gab es für die deutsche Polizei keine „Stunde Null“. Ein Großteil der westdeutschen Gesellschaft pflegte

weiterhin einen traditionsreichen Antikommunismus, der im Kalten Krieg eine neue Stoßrichtung erhielt. Sein Fortbestand kam den „Polizeisoldaten“ von einst äußerst gelegen. Auch ihm war es zu verdanken, dass sie sich in das neue demokratische Deutschland meist problemlos integrieren konnten. In die Ordnungsmacht der Nachkriegszeit retteten sich so aber auch viele der alten Einsatzmuster, Denkweisen und Feindbilder, die in der Polizei schon lange vor Kriegsende existiert hatten. Einige ehemalige Staatsdiener des „Dritten Reichs“ waren außerdem darauf bedacht, ihre Version der jüngsten Vergangenheit in die Öffentlichkeit zu tragen.

Das offenbarte sich z. B. dann, wenn frühere „Polizeisoldaten“ ins Fadenkreuz der Justiz gerieten. Um möglichst straffrei aus den Verfahren hervorzugehen, ließen sie sich in den Vernehmungen oder Prozessen dann häufig über die „Bandenbekämpfung“ aus. Dabei verwendeten sie nicht nur das Vokabular der NS-Tarnsprache, um den wahren Hintergrund ihres „auswärtigen Einsatzes“ zu verschleiern. Mehr noch versuchten sie die Gräueltaten gegen Juden zu legitimieren, indem sie diese zu widerständigen wie gefährlichen „Banditen“ und „Partisanen“ stilisierten.⁶² Wie der eingangs zitierte Paul Riege belegt, berichteten ehemalige Polizeioffiziere auch in ihren Publikationen vom „auswärtigen Einsatz“, ohne die Massenverbrechen der Staatsgewalt zu erwähnen. Um stattdessen die polizeilichen Gegner als äußerst gefährlich und brutal erscheinen zu lassen, beklagte sich etwa der frühere Major der Schutzpolizei Hans Kärgel über „die hinterlistige, grausame, aber auch verbissene Kampfweise der Partisanen [...], bei denen es kein Pardon gibt.“⁶³ Die westdeutsche Gesellschaft hinterfragte die Narrative der „Bandenkämpfer“ nicht weiter. Vielmehr fand sich ihre eigenwillige Interpretation der jüngsten Vergangenheit sogar in den ersten Studien zur uniformierten Exekutive des NS-Staats. In dem 1957 vom Bundesarchiv veröffentlichten Standardwerk „Zur Geschichte der Ordnungspolizei 1936–1945“ ließ sich Georg Tessin eingehend über „die Bekämpfung von polnischen Banden“ aus. „Der *Kampf gegen die Partisanen* wurde mit Fortschreiten des Krieges mehr und mehr zu einer wichtigen, immer schwerer zu bewältigenden

59 Konrad Kwiet: Erziehung zum Mord – Zwei Beispiele zur Kontinuität der deutschen „Endlösung der Judenfrage“, in: Michael Grüttner/Rüdiger Hachtmann/Heinz-Gerhard Haupt (Hg.): Geschichte und Emanzipation. Festschrift für Reinhard Rüpp, Frankfurt am Main/New York 1999, S. 435–457, hier S. 438.

60 Vgl. Christopher R. Browning: Judenmord. NS-Politik, Zwangsarbeit und das Verhalten der Täter, Frankfurt am Main 2001, S. 249.

61 Vgl. Peter Nitschke: Polizei im NS-System, in: Hans-Jürgen Lange (Hg.): Staat, Demokratie und Innere Sicherheit in Deutschland, Studien zur Inneren Sicherheit, Bd. 1, Opladen 2000, S. 51–63, hier S. 60.

62 So etwa im Verfahren gegen das Reserve-Polizeibataillon 101. Vgl. dazu Jan Kiepe: Das Reservepolizeibataillon 101 vor Gericht. NS-Täter in Selbst- und Fremddarstellungen, Veröffentlichungen des Hamburger Arbeitskreises für Regionalgeschichte (HAR), Bd. 25, Hamburg 2007, S. 114–121.

63 Hans Kärgel: Einsatz des Reserve-Polizei-Bataillons 61, in: Bernhard Heinrich Lankenau: Polizei im Einsatz während des Krieges 1939/1945 in Nordrhein-Westfalen, Bremen 1957, S. 211–214, hier S. 212.

und Kräfte verzehrenden Aufgabe der Polizeitruppenverbände“, wie er feststellte.⁶⁴ Die Gräueltaten der polizeilichen Kämpfer erwähnte der Historiker jedoch mit keiner Silbe.

Im militärhistorischen Schrifttum der ersten Nachkriegsjahrzehnte fand sich ebenfalls das Motiv des „Bandenkampfes“, mit dem der „auswärtige Einsatz“ verharmlost wurde. Herbert Golz sinnierte etwa in der Zeitschrift „Wehrkunde“ im Jahre 1955 über die osteuropäischen Partisanen und ihre Kampfweise, aber auch über das taktische Vorgehen insbesondere von Kräften der Ordnungspolizei.⁶⁵ Ihm zufolge kannten die irregulären Kombattanten „aus Selbsterhaltung nur einen Richtsatz, nämlich den Gegner auf jeden Fall wirklich auszulöschen“. So erklärte er, dass die „Banden“ angeblich verroht seien und sich erbarmungslos verhalten hätten. „Es wurden unglaubliche Akte der Massenvernichtung und triebbedingte Unmenschlichkeiten an den Opfern begangen. Derartiger Handlungen ist ein anständiger Mensch normalerweise nicht fähig.“ Die deutschen Truppen seien auf das „Bandenunwesen“ überhaupt nicht vorbereitet gewesen, weshalb es sich bei ihren ersten Reaktionen bloß um „Notwehrmaßnahmen“ gehandelt habe.⁶⁶ Zwar räumte Golz ein, dass auch vonseiten der Besatzer „die Vorschriften des Völkerrechtes nicht befolgt wurden“.⁶⁷ Er erwähnte jedoch nicht, dass diese die „Bandenbekämpfung“ auch dazu genutzt hatten, um massenweise Zivilisten und vor allem Juden umzubringen.

Der Fortbestand der alten Feindbilder war mit dafür verantwortlich, dass auch die traditionellen Einsatzmuster das Kriegsende überdauerten. Nach 1945 gelangten zahlreiche Beamte wieder in den Polizeidienst, die zuvor noch in der „Bandenbekämpfung“ tätig gewesen waren. Die dabei gewonnenen Erfahrungen brachten sie nun in die Ausbildung der demokratischen Ordnungshüter ein, die weiterhin sehr militärisch ausgerichtet war. In den ersten Nachkriegsjahrzehnten galt daher wie bisher dem geschlossenen Einsatz eine besondere Aufmerksamkeit. Dabei besann sich die Staatsmacht wieder auf die Weimarer Polizei zurück und wollte ihrem Modell folgen.

64 Georg Tessin: Die Stäbe und Truppeneinheiten der Ordnungspolizei, in: Hans-Joachim Neufeldt/Jürgen Huck/ders.: Zur Geschichte der Ordnungspolizei 1936–1945, Schriften des Bundesarchivs, Bd. 3, Koblenz 1957, S. 3–110, hier S. 17. Hervorhebung im Original.

65 Vgl. Herbert Golz: Erfahrungen aus dem Kampf gegen Banden, in: Wehrkunde 4/4 (1955), S. 134–140.

66 Ebd., S. 137. Hervorhebung im Original.

67 Ebd., S. 140.



Innenminister Wilhelm Hoegner besucht eine Kaserne der bayerischen Bereitschaftspolizei, 1. Januar 1951.

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Süddeutsche Zeitung Photo

Insbesondere deren militärisches Vorgehen gegen den kommunistischen Gegner diente ihr als Muster für die Polizeiausbildung in der noch jungen Bundesrepublik. Bis in die späten sechziger Jahre hinein stellten sich die Anwärtler weiterhin darauf ein, gegen linke Kräfte und bewaffnete „Banden“ zu kämpfen.⁶⁸

68 Vgl. Klaus Weinbauer: Schutzpolizei in der Bundesrepublik. Zwischen Bürgerkrieg und Innerer Sicherheit: Die turbulenten sechziger Jahre, Paderborn 2003, S. 165 f., 168 f. und 173.



Polizisten verhaften einen Jugendlichen während der ‚Schwabinger Krawalle‘.
Foto: Fritz Neuwirth/Süddeutsche Zeitung Photo

Für die Ausbildung der demokratischen Polizei entstanden in der Nachkriegszeit zwar neue Lehrbücher, mit denen sie sich auf den geschlossenen Einsatz vorbereitete. Doch nutzte sie dafür auch noch die zentrale Fachliteratur des „Dritten Reichs“. Zu ihr zählte das Buch „Der Unterführer in der Polizeiverwendung“ von Alfons Illinger, das selbst noch 1962 überarbeitet in der mittlerweile 11. Auflage erschien. Obwohl sie im Vergleich zur Originalfassung des Jahres 1938 entschärft war, fanden sich in ihr viele der ursprünglichen Aufgaben lediglich in etwas abgeänderter und angepasster Form wieder. So unterrichtete sie den Leser über die ideale Vorgehensweise zum „Einsatz gegen eine Verbrecherbande auf dem Lande“⁶⁹ oder zur „Bekämpfung einer Terror- und Plündererbande“⁷⁰ sowie über „Säuberungsmaßnahmen“.⁷¹

Wie hartnäckig sich die alten Denk- und Verhaltensweisen in den ersten Nachkriegsjahren hielten, zeigen die im Februar 1954 von der bayerischen Bereitschaftspolizei erarbeiteten „Ausbildungshinweise für das Verhalten im Wald“.⁷² Diese Schrift wirkt beinahe so, als wäre sie schon mindestens zehn Jahre früher entstanden, wenn sie etwa daran erinnerte, dass diese Landschaft „das Element der Partisanen“ sei.⁷³ Die Ordnungsmacht des Freistaats bezeichnete ihren polizeilichen Gegner darin zwar als „Störer“. Doch habe dieser „möglicherweise Qualitäten, wie sie der Bandenkampf zeitigte“.⁷⁴ Während eine Einzelperson dabei recht hinterlistig sein könne, agiere eine Gruppe eventuell ziemlich brutal, weshalb die Polizeieinheit sehr vorsichtig sein müsse.⁷⁵ In bestimmten Situationen könne sogar „der Einsatz der Polizeitruppe, ähnlich dem der *Jagdkommandos* in der Bandenbekämpfung, nur auf eingehendes Kartenstudium und die Aussagen vertrauenswürdiger Personen gestützt sein“.⁷⁶ „Wenn auch die Kriegserfahrungen der Polizeitruppe für den Kampfeinsatz im Walde, besonders bei der Bandenbekämpfung, wertvolle Ausbildungs- und Führungshinweise liefern können“, so erinnerte der Autor

69 Alfons Illinger: *Der Unterführer in der Polizeiverwendung*. Ein polizeitaktisches Lehr- und Übungsbuch für Einzel- und Truppenpolizei. Neubearbeitet von Wilhelm Schell, 11. erweiterte Auflage, Lübeck 1962, S. 131.

70 Ebd., S. 181.

71 Ebd., S. 221.

72 Vgl. BayHStA München, Polizeischule FFB 414, Landesamt für die Bayerische Bereitschaftspolizei: *Ausbildungshinweise für das Verhalten im Wald*, Februar 1954.

73 Ebd., S. 1.

74 Ebd., S. 3. Hervorhebung im Original.

75 Vgl. ebd., S. 3.

76 Ebd., S. 14. Hervorhebung im Original.

zugleich daran, „dass das *polizeiliche Verhalten im eigenen Land* hinsichtlich des *Waffengebrauchs auch beim Waldkampf* an die allgemein gültigen *gesetzlichen Bestimmungen gebunden* ist. [...] Es verträgt sich dagegen nicht mit den polizeilichen Grundsätzen, im Waldkampf einfach die Regeln des Feuereinsatzes anzuwenden, die in der Bandenbekämpfung im Krieg notwendig waren.“⁷⁷

Der Truppendienst der Bereitschaftspolizei entsprach der früheren Polizeitaktik und sollte wie bisher den Anwärtern beibringen, wie sie im geschlossenen Verband zu agieren hatten. So lernten sie etwa, Versammlungen und Demonstrationen zu sichern sowie Räume und Gebäude, aber auch Wälder zu durchsuchen. Daneben bereiteten sie sich darauf vor, Großfahndungen durchzuführen, wichtige Personen und Objekte zu schützen oder bei Streiks, Transporten sowie „Meutereien und Ausbrüchen in Strafanstalten und Arbeitshäusern“ eingesetzt zu werden.⁷⁸ Zu diesem Fach gehörte nach wie vor noch der „Ansatz von Stoßtrups“, der „Bandenkampf (Jagdkommando, Kampf um Verbrechenerster und Barrikaden in und außerhalb von Ortschaften)“ sowie die „Befriedung nach [einem] Kampfeinsatz“.⁷⁹

In den Lehrgängen für den gehobenen Polizeidienst spielte die Polizeiverwendung ebenfalls eine zentrale Rolle. In den ersten Nachkriegsjahren listete der Stoffplan wie selbstverständlich den „Einsatz gegen bewaffnete Banden“ auf, den die Kommissaranwärter in einer Planübung praktisch zu erproben hatten.⁸⁰ An dieser Tradition änderte sich in den folgenden Jahren herzlich wenig.⁸¹ 1960 distanzierte sich die bayerische Polizei jedoch allmählich von ihr und trainierte die Schüler stattdessen im „Einsatz gegen bewaffnete Verbrecher“.⁸² Ab 1963 übten sie nur noch die „Festnahme gefährlicher Verbrecher nach Durchsuchung von Wäldern und Gebäudekomplexen“.⁸³

77 Ebd., S. 10 f. Hervorhebung im Original.

78 BayHStA München, Polizeischule FFB 312, Ausbildungsplan für die Bayerische Bereitschaftspolizei – Teil II: Ausbildung im 2. und 3. Ausbildungsjahr – Anlage 3: Polizeitruppendienst, 28.07.1960, S. 2.

79 Ebd., S. 3.

80 BayHStA München, Polizeischule FFB 305, Lehrplan des Lehrgangs für den gehobenen Dienst – Stoffverteilungsplan, 01.12.1949, S. 24.

81 Vgl. z. B. BayHStA München, Polizeischule FFB 305, Bayerische Polizeischule: Lehrplan für einen 5-monatigen Lehrgang für den gehobenen Polizeivollzugsdienst – Polizeiverwendung, 01.02.1955, S. 9.

82 BayHStA München, Polizeischule FFB 305, Bayerische Polizeischule: Lehrplan für einen 5-monatigen Lehrgang für den gehobenen Polizeivollzugsdienst – Polizeiverwendung, 01.01.1960, S. 11.

83 BayHStA München, Polizeischule FFB 305, Bayerische Polizeischule: Lehrplan für einen Lehrgang für den gehobenen Polizeivollzugsdienst (Laufbahnrichtungen: uniformierter Dienst und Kriminaldienst) – Polizeiverwendung, 01.04.1963, S. 12.



Polizeitaktische Übung in den sechziger Jahren
Foto: Anton Pröbstl

Anfang der siebziger Jahre verschwanden selbst diese nicht näher gekennzeichneten Kriminellen aus den Stoffplänen. Stattdessen widmeten sie sich nunmehr nur noch dem geschlossenen Einsatz bei Demonstrationen, Streiks und Razzien, beim Objektschutz oder im Katastrophenfall.⁸⁴

Auch die Polizei der Bundesrepublik begnügte sich nicht damit, solche Themen nur theoretisch zu behandeln. Wie schon in der Weimarer Republik und im NS-Staat übte sie polizeitaktische Manöver praktisch ein. Im Gebiet zwischen den oberbayerischen Orten Burghausen, Töging und Trostberg trainierte z. B. die bayerische Polizei am 18. Februar 1964 den geschlossenen Einsatz. Das Szenario hätte auch während des Krieges so geübt werden können: Nachdem die Staatsgewalt einige Aufstände in Südbayern niedergedrückt habe, bestehe die Gefahr, dass mehrere „Bandentrups“ die beiden Wasserkraftwerke in Jettenbach und Töging in die Luft sprengen könnten.⁸⁵ Auch weil diese extremistischen Gruppierungen, die sich in den umliegenden Wäldern versteckten, zudem die Zivilbevölkerung überfallen und bei ihr geplündert hätten, müssten die Polizeieinheiten sie nun unschädlich machen.⁸⁶ Bis in die siebziger und frühen achtziger Jahre hinein befasste sich die deutsche Staatsgewalt mit Gedankenspielen und Szenarien, wie sie schon vor Kriegsende in der Polizeitaktik bestanden hatten.⁸⁷ So veranstaltete z. B. der Bundesgrenzschutz (BGS) alleine oder gemeinsam mit

84 Vgl. BayHStA München, Polizeischule FFB 327, Bayerische Polizeischule: Lehrgang für den gehobenen Polizeivollzugsdienst (Laufbahnrichtungen: uniformierter Dienst und Kriminaldienst). Stoffverteilungsplan, 01.06.1970, S. 17 f.

85 BayHStA München, Polizeischule FFB 474, Bayerische Bereitschaftspolizei – 14. Polizeihundertschaft: I. Lage für die Sandkastenübung der 14. Polizeihundertschaft am 18.2.1964, 16.02.1964, S. 1.

86 Vgl. ebd., S. 1 f.

87 Vgl. Knatz (wie Anm. 8), S. 378.



Ein Hubschrauber hat als Teil des Manövers „Vogelsberg“ Angehörige des Bundesgrenzschutzes abgesetzt, die gegen gegnerische Störtruppe vorgehen sollen.
Foto: dpa/Süddeutsche Zeitung Photo

Einheiten der Bereitschaftspolizei verschiedene Planspiele, die häufig vom „Banden-Motiv“ und ähnlichen Konstruktionen geleitet waren.⁸⁸ An der Mosel trainierten beide Institutionen Mitte Oktober 1958 den „Kampf gegen eingeschleuste und ‚landeseigene‘ politische Banden“. Ein Jahr später probten sie in Schleswig-Holstein auch „Kämpfe im Waldgebiet“.⁸⁹ In einem gemeinsamen Manöver übten sie in Baden-Württemberg sogar noch Ende Oktober 1980 den „Kampf gegen terroristische Aktivitäten“, wozu etwa „Bandenüberfälle, illegale Reisebewegungen“ und „Schießübungen in Wäldern“ zählten.⁹⁰

Doch bereits seit den frühen siebziger Jahren gab es in der bundesrepublikanischen Polizei zahlreiche Reformen, die allmählich zu einem Umdenken führten und sie von einer paramilitärischen zu einer zivileren Institution transformierten. Das hing auch mit einem innenpolitischen Wandel zusammen, durch den die neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition dem westdeutschen Antikommunismus großteils den Boden entzog. Nachdem die Staatsgewalt zuvor damit gescheitert war, gegen die Studentenbewegung an einer veralteten Polizeitaktik festzuhalten, sah sie sich genötigt, ihre Einsatzkonzepte zu erneuern. Der linksextremistische Terrorismus und neue Protestkulturen

stellten diesen Prozess zwar auf eine harte Probe. Letztlich ließ sich aber die Reformwelle nicht aufhalten.⁹¹

Der Wandel zur liberalen „Bürgerpolizei“ verbannte auch den „Bandenkampf“ aus ihren Schriften und Schulen. Wenn Ordnungshüter heute gegen „Bandenriminalität“ vorgehen, denkt niemand mehr an den Kampf gegen Partisanen oder gar an Juden. Doch bis dahin war es ein langer Weg. Über viele Jahrzehnte hinweg pflegte die deutsche Staatsmacht gedanklich und sprachlich ein Feindbild, das besonders im geschlossenen Einsatz eine verheerende Wirkung entfaltete.

In den verschiedenen Epochen trainierten Polizisten sowohl auf dem Papier als auch im Übungsgelände, bei Straßenschlachten und vor allem im paramilitärischen Kampfeinsatz nicht zimperlich mit ihrem meist als kommunistisch eingestuften Gegner umzugehen. Schon für die Weimarer Polizei war klar: Der „Feind im Innern“ steht links, formiert sich zu feige und heimtückisch kämpfenden „Banden“, ist bewaffnet und gefährlich. Offenbar gelang es den Nationalsozialisten dann, dieses Motiv auf die „bolschewistischen“ Partisanen zu übertragen und zu suggerieren, dass sie mit Juden unter einer Decke steckten. Das scheint es den Beamten während des Zweiten Weltkriegs ermöglicht zu haben, ihre jüdischen Opfer unter dem Etikett des „Bandenkampfs“ umzubringen und die Verbrechen sich selbst gegenüber zu rechtfertigen. An den bis zur Routine eingeübten und gewohnten polizeilichen Verhaltensmustern konnten sie sich im „auswärtigen Einsatz“ orientieren. Denn die „Bandenbekämpfung“ folgte stets dem gleichen Schema, so dass es für die Polizisten geradezu unerheblich war, welche Gegner sie bekämpften. Nach Kriegsende stellten weder die Polizei noch die Gesellschaft dieses Narrativ infrage. Ehemalige „Polizeisoldaten“ trainierten die neue Generation von Gesetzeshütern weiterhin nach den alten Methoden. Erst der allgemeine Mentalitätswandel seit Anfang der siebziger Jahre setzte dem „Bandenkampf“ in den Köpfen ein Ende – hoffentlich endgültig. ■

88 Vgl. Falco Werkentin: Die Restauration der deutschen Polizei. Innere Rüstung von 1945 bis zur Notstandsgesetzgebung, Frankfurt am Main/New York 1984, S. 211–219.

89 Ebd., S. 216.

90 Ebd., S. 219.

91 Vgl. ebd., S. 187–201.

14. Oktober 2018: Bayern wählt den 18. Landtag!

Projekte und Materialien der Landeszentrale zur Landtagswahl
und den Bezirkstagswahlen in Bayern

Das Jahr 2018 steht aus landespolitischer Sicht in Bayern im Zeichen der Landtagswahl. 180 Abgeordnete aus sieben Wahlkreisen werden in den 18. Landtag gewählt. Am selben Tag finden auch die Wahlen der Bezirkstage statt. Die Landeszentrale bietet dazu verschiedene Informationsmaterialien und Projekte für unterschiedliche Zielgruppen an.

Zielgruppe:
Alle, insbesondere Erstwählerinnen
und Erstwähler

Der Wahl-O-Mat zur Landtagswahl

In Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Bayerischen Jugendring stellt die LZ zur Landtagswahl den **Wahl-O-Mat** zur Verfügung. Um sich im programmatischen „Dschungel“ von über 30 Parteien besser orientieren zu können und den eigenen Standpunkt zu schärfen, klicken sich Nutzerinnen und Nutzer durch 30 einfache Thesen und gewinnen so einen Einblick in die wichtigen Fragen des bayerischen Wahlkampfes. Die Wahl-O-Mat-Forschung hat gezeigt, dass das Online-Tool insbesondere bei Erstwählern das Interesse an Wahlen sowie an landespolitischen Fragestellungen steigert. Die inhaltliche Qualität und Überparteilichkeit des „WOM“ wird durch die Beteiligung unabhängiger Experten sowie eine enge Abstimmung mit den Parteien stetig verbessert.



Abbildung: bpb

Ab 20. September 2018 online auf www.blz.bayern.de

Zielgruppe:
Schulen

Juniorwahl



Abbildung: Kumulus e.V.

Juniorwahl

In Zusammenarbeit mit dem Landtag und dem gemeinnützigen und überparteilichen Verein Kumulus e.V. wird an 500 weiterführenden Schulen in Bayern, die **Juniorwahl** parallel zur Landtagswahl durchgeführt. Die Juniorwahl ist ein handlungsorientiertes Konzept zur politischen Bildung und fördert das Erleben und Erlernen von Demokratie, in dem der Wahlprozess in einer realistischen Simulation nachgestellt wird. So machen auch noch nicht wahlberechtigte Schülerinnen und Schüler erste eigene Erfahrungen mit demokratischen Abstimmungen – vom Erhalt einer Wahlbenachrichtigung über die Abgabe der Stimmen im schuleigenen Wahllokal bis zur Auszählung und Bekanntgabe des Wahlergebnisses durch den Wahlvorstand. Umfangreiche Begleitmaterialien unterstützen die Lehrkräfte bei der Einbettung des Projekts in den Unterricht. Die Schirmherrschaft für das Projekt haben die Präsidentin des Bayerischen Landtags, Barbara Stamm, und der Bayerische Staatsminister für Unterricht und Kultus, Bernd Sibler, übernommen.



Bei der Wahl
Foto: Kumulus e.V.

Zielgruppe:
Teilnehmer des Freiwilligen
Sozialen Jahres (FSJ)

Workshop mit Teilnehmern des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ)

Block A: Gelebte Demokratie

„Demokratie braucht Dich!“ lautete das Motto des ersten Workshopteils zum Thema Wahlen, das die LZ mit jungen Erwachsenen, die ein Freiwilliges Soziales Jahr ableisten, durchführte. Dabei ging es zunächst darum, den Teilnehmern aufzuzeigen, welche Möglichkeiten jeder Einzelne hat, in der Demokratie zu partizipieren. In diesem Kontext wurden Möglichkeiten und Grenzen von mehr direkter Demokratie (u.a. Volksabstimmungen auf Bundesebene) kritisch diskutiert. Auch die Institutionenkunde kam dabei zu ihrem Recht: Das politische System in Bayern und insbesondere der Wahlmodus zur Landtagswahl wurden genauer in den Blick genommen.

Block B: Wahl-News

15 Wahlprogramme und trotzdem keine Ahnung? Wer im Parteiendschungel den Überblick behalten will, muss sich informieren – daher beschäftigte sich dieser Teil des Workshops mit den grundsätzlichen Positionen der im Herbst zur Wahl stehenden Parteien, ebenso wie mit deren Haltung zu ausgewählten Sachfragen. Abschließend wurden angesichts einer sinkenden Wahlbeteiligung im Freistaat Maßnahmen diskutiert, wie insbesondere junge Wählerinnen und Wähler stärker motiviert werden können, ihr Wahlrecht wahrzunehmen. Die dabei entstandenen Ideen fließen bei der Planung künftiger Projekte der LZ direkt mit ein.

Zielgruppe: Mittelschulen



Alle Abbildungen:
DSA youngstar

beauftragte die LZ die Deutsche Schulmarketing-Agentur DSA youngstar aus Hamburg damit, Podiumsdiskussionen an Mittelschulen in allen Regierungsbezirken in Bay-

„It's Your Choice“-Tour (12.-20.03.2018)

Am 12. März 2018 startete in Kitzingen die erste Veranstaltung der „It's Your Choice“-Tour durch Bayern. Um die Jugendwahlbeteiligung zu steigern und das Interesse bei Schülern an landespolitischen Fragestellungen zu fördern,

ern durchzuführen. Mit Vertretern der bereits im Landtag oder im Bundestag vertretenen Parteien wurde mit den künftigen Erstwählerinnen und Erstwählern im Alter zwischen 14 und 16 Jahren ein Dialog auf Augenhöhe geführt.

An sieben bayerischen Mittelschulen (Kitzingen, Ebermannstadt, Roding, Nürnberg, Kempten, Garching, Schongau) diskutierten insgesamt ca. 1.000 Jugendliche in ganz Bayern über Digitalisierung, Asylpolitik, Handy-nutzung an Schulen sowie die Kontroverse um die Legalisierung von Cannabis. Aufgrund des positiven Feedbacks und einer hohen Nachfrage ist geplant, noch in diesem Jahr ähnliche Veranstaltungen anlässlich der Europawahl durchzuführen.



Abstimmung im Plenum

Zielgruppe:
Schulklassen

Wahl-Set für Wahlen an Bayerischen Schulen

Speziell für bayerische Schulen wird im Jahr der Landtagswahl von der LZ ein **Klassensprecher-Wahl-Set** bereitgestellt. In der Regel stellt die Klassensprecherwahl für Schülerinnen und Schüler die erste Begegnung mit formalisierten demokratischen Entscheidungsprozessen dar. Sie lernen anhand des Wahlprozesses (Aufstellung der Kandidaten, Bildung eines Wahlausschusses, Stimmgabe, Stimmauszählung, Mehrheitsprinzip, Entscheidung über Gültigkeit bzw. Ungültigkeit von Stimmzetteln) und nicht zuletzt durch die Wahl ihrer Vertreter, wie Wahlen in einer Demokratie funktionieren. Dieses Potenzial des Demokratie-Lernens wird im Schulalltag oft noch zu wenig genutzt. Daher soll mit dem Wahl-Set insbesondere den Klassenleitern, die in der Regel die Klassensprecherwahl in den ersten Schulwochen organisieren, Materialien zur Verfügung gestellt werden, die eine formale Aufwertung des Wahlprozesses darstellen und die Einhaltung der Wahlrechtsgrundsätze ermöglichen. Dazu zählen Wahlurnen, Wahlkabinen, Stimmzettelblöcke und Steckbriefe für die zur Wahl stehenden Klassensprecherkandidaten sowie Poster mit den wichtigsten Informationen zur Wahl und zu den Aufgaben des Klassensprechers.

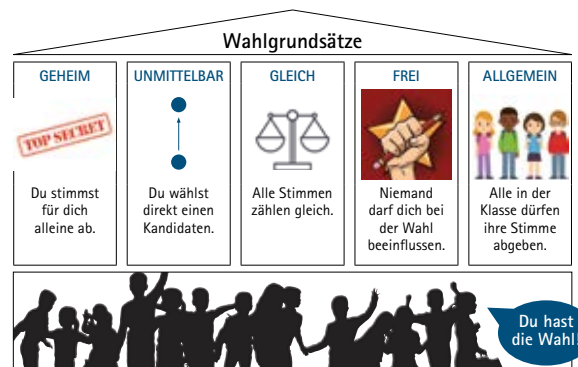


DIE KLASSENSPRECHERWAHL

Vgl. auch BayEUG Art. 62 und BaySchO § 9 und § 10.



- WER?** Eure Klasse wählt für das ganze Schuljahr einen Klassensprecher/ eine Klassensprecherin¹⁾ und einen Stellvertreter. Sie übernehmen Verantwortung für die ganze Klasse. Bei der Durchführung der Wahl hilft euch die Klassenleitung. Wer Klassensprecher werden möchte, kann sich vor dem Wahltermin der Klasse vorstellen.
- WARUM?** Der Klassensprecher ist euer Ansprechpartner und vermittelt zwischen Schülern und Lehrern. Darüber hinaus vertritt er oder sie eure Klasse nach außen, z.B. in der Klassensprecherversammlung oder bei der Wahl der Schülersprecher. So trifft ein Klassensprecher Entscheidungen auch über die Klasse hinaus.
- WANN?** Die Wahl findet innerhalb von vier Wochen nach Unterrichtsbeginn statt. Zur Vorbereitung und Auszählung unmittelbar nach der Wahl bildet ihr einen Wahlausschuss.
- WIE?** Eure Schule darf ein eigenes Wahlverfahren bestimmen. Meistens wird in zwei Wahlgängen gewählt. Wie bei allen demokratischen Wahlen in Deutschland gelten bei der Klassensprecherwahl folgende Grundsätze:



¹⁾ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beiderlei Geschlechter.

Quellen: *Hagen-Winter/Steinbock, *Holt/Steinbock, *Holt/Steinbock, *Holt/Steinbock, *Holt/Steinbock, *Holt/Steinbock, *Holt/Steinbock, *Holt/Steinbock, *Holt/Steinbock, *Holt/Steinbock



STIMMZETTEL

für die Wahl

☐ des Klassensprechers / der Klassensprecherin

☐ des Stellvertreters / der Stellvertreterin

Klasse _____

Du hast 1 Stimme

Namen laut Wahlvorschlag:

1	
2	
3	
4	
5	
6	
7	
8	

Damit die Wahl gültig ist, muss deine Wahlabsicht deutlich (z.B. durch ein Kreuz) gekennzeichnet sein.

Zielgruppe:
Alle

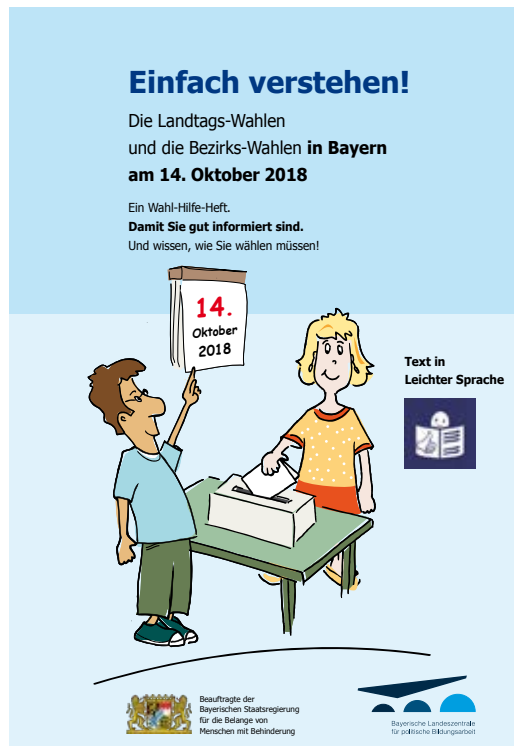
Informationsbroschüren zu den Wahlen

Wer steht zur Wahl? Wer darf wählen? Wie gebe ich richtig meine Stimmen ab? Zu diesen und vielen anderen Themen rund um die Landtags- und Bezirkstagswahlen informiert die kompakte **Wahlinformationsbroschüre zur Landtagswahl und den Bezirkswahlen**.

Darüber hinaus im Angebot: eine Wahlinformationsbroschüre in **Leichter Sprache**, um auch Menschen mit Lernschwierigkeiten oder geringen Deutschkenntnissen die Teilhabe am politischen Diskurs zu ermöglichen. ▲

Weitere Informationen s.

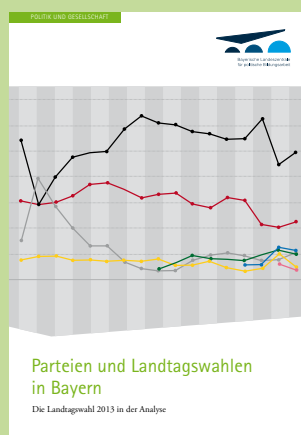
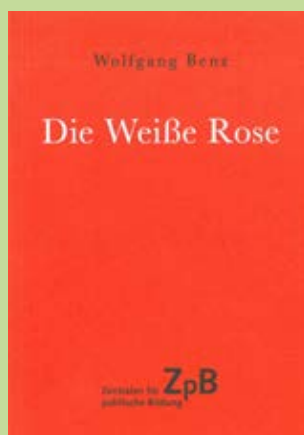
<http://www.blz.bayern.de/thema-im-fokus/wahlen/meldungen.html>



Landtagswahl und Bezirkswahlen in Bayern am 14. Oktober 2018



Neu im Buchangebot der Landeszentrale



Wolfgang Benz:
Die Weiße Rose,
Ditzingen 2017. 100 S.

Die Mitglieder der Weißen Rose, allen voran Hans und Sophie Scholl, Alexander Schmorell, Willi Graf und Christoph Probst, sind Ikonen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus. Ihre Haltung und ihr Mut inspirieren Generationen. Wolfgang Benz erzählt auf 100 Seiten gut lesbar die Geschichte der Widerstandsgruppe, stellt ihre Akteure und Netzwerke vor und erklärt wesentliche Inhalte der Flugblätter.

Wolfram Schrag:
Medienlandschaft
Deutschland,
2. erweiterte Auflage,
hg. v. der Bayerischen
Landeszentrale für politi-
sche Bildungsarbeit,
München 2018. 310 S.

Seit der ersten Auflage dieses Standardwerks im Jahr 2006 hat sich die Medienlandschaft in Deutschland total verändert. Die Digitalisierung beherrscht Inhalte und Technik, ändert Lesegewohnheiten und hat zur Globalisierung der Kommunikation wesentlich beigetragen.

Harald Bergbauer
(Koord.):
Parteien und Landtags-
wahlen in Bayern. Die
Landtagswahl 2013 in
der Analyse,
hg. v. d. Bayerischen
Landeszentrale für politi-
sche Bildungsarbeit,
München 2018. 292 S.

Die in diesem Band versammelten Analysen stellen präzise, punktuell ergänzte Momentaufnahmen der bayerischen Parteienlandschaft aus den Jahren 2013 bis 2015 dar, die in weiten Teilen auch heute noch Gültigkeit haben. Auch als E-Pub auf der Webseite der LZ verfügbar.

Horst Sacker (†)/
Martin Sacker:
Das Bundesverfassungs-
gericht,
8. aktualisierte Auflage,
hg. v. der Bayerischen
Landeszentrale für politi-
sche Bildungsarbeit,
München 2018. 340 S.

In dieser Neuauflage des LZ-Standardwerks werden Status und Funktionsweise des obersten deutschen Gerichts gut verständlich erklärt. Anhand ausgewählter Grundsatzurteile, unter anderem zum Asylrecht, zur sog. „Kruzifix-Entscheidung“, zum Kopftuchverbot u.a. wird die politische Dimension der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts erläutert.

100 Jahre politische Bildung

– eine Tagung der Landeszentrale, Augsburg, 15.–17. Mai 2018

Tagungsnotiz: Monika Franz



Abbildung: LZ

1918: Gründung der Reichszentrale für Heimatdienst

„Politische Aufklärung ist staatsbürgerliche Volkserziehung. Ihr letzter Zweck kann es nicht sein, totes Wissen zu verbreiten, sondern denkende, wollende und handelnde Staatsbürger mit ausgeprägtem Staatsbewusstsein heranzubilden.“¹

Diese Positionsbestimmung politischer Bildung würde wohl manch einer ohne Zögern in der Jetztzeit verorten – vor allem das Ideal der mündigen Bürgerin/des mündigen Bürgers. Das Zitat stammt jedoch aus einer Festschrift aus dem Jahr 1928 zum zehnjährigen Bestehen der „Reichszentrale für Heimatdienst“. Deren Leiter, Dr. Richard

Strahl, schrieb dort voller Optimismus, die demokratische Staatsform werde von der Bevölkerung gut angenommen. Er zog damit eine positive Bilanz der eigenen Arbeit – denn es war die zentrale Aufgabe der noch im Kaiserreich gegründeten Reichszentrale, den Übergang von der Monarchie zur Weimarer Republik zu begleiten, die neue Staatsform im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern und die Arbeit der Reichsregierungen propagandistisch-aufklärerisch zu unterstützen.

Doch schon fünf Jahre später erfolgte der Paukenschlag: Unmittelbar, nachdem die Nationalsozialisten Ende Januar 1933 auf formal legalem Weg die Macht an sich gerissen hatten, wurde die Reichszentrale für Heimatdienst am 15. März 1933 mit einem Federstrich, per Erlass durch den Reichspräsidenten Hindenburg, aufgelöst.

¹ Richard Strahl: Arbeit und Organisation des Heimatdienstes, in: Zehn Jahre Reichsheimatdienst, hg. von der Reichszentrale für Heimatdienst, Berlin 1928, S. 7–20, hier S. 7.



Zur Eröffnung des Kongresses diskutierten Jürgen Kaube, Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Dr. Harald Parigger, Direktor der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Dr. Martina Weyrauch, Direktorin der Brandenburgischen Landeszentrale, und Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung über Emotionen in der politischen Bildung.
Foto: Ruth Plössel/Stadt Augsburg

Einer der Totengräber der Republik, Joseph Goebbels, wurde Minister des neu geschaffenen Propagandaministeriums. Für demokratische Bildungsarbeit hatte er nur Verachtung übrig. Die neue nationalsozialistische Behörde warb nicht mehr, sondern pflanzte brachial die nationalsozialistische Ideologie in die Gesellschaft ein; schrille Propaganda verdrängte moderate Tonlagen. Nicht der nationalsozialistischen Ideologie entsprechenden Menschen wurden zu Feinden erklärt und bekämpft.

Richard Strahl übrigens akzeptierte die Vorgehensweise der neuen Machthaber nicht nur, sondern vollführte einen Kotau vor dem neuen System: Für die Fortexistenz der Reichszentrale bestehe nun keine „staatspolitische Notwendigkeit mehr“, schrieb er zu deren Auflösung. Als letzte Tätigkeit veröffentlichte die Reichszentrale die Flaggen und Staatsfarben des neuen Regimes.²

Kontinuitäten und Wandel: Von der Reichszentrale zu den heutigen Zentralen für politische Bildung

In den 1950er Jahren stand die Reichszentrale für Heimatdienst Pate bei der Gründung der Bundeszentrale für Heimatdienst 1952, der späteren Bundeszentrale für politische Bildung, und auch der Landeszentralen in den

Bundesländern in den 1950er Jahren. Der hundertste Gründungstag der Reichszentrale 1918 war Anlass für eine bundesweite Tagung in Augsburg, auf der sich Expertinnen und Experten aus der politischen Bildung, aus den mit ihr korrelierten Wissenschaften, aus Schule und Gesellschaft mit der Geschichte der politischen Bildung in Deutschland auseinandersetzten, aber auch eine generelle Standortbestimmung des Metiers vornahmen.

Bei allen deutlichen Unterschieden der politischen Bildungsarbeit damals und heute bestehen doch einige inhaltlich-thematische sowie didaktische Kontinuitäten. Auch in der Reichszentrale wurde z.B. über den Umgang mit extremistischen Gefährdungen von rechts und links intensiv nachgedacht; der schon in der institutionellen Bezeichnung enthaltene Begriff „Heimat“ spielt auch heute in unterschiedlichen Diskurszusammenhängen eine wichtige Rolle. Gegenwärtige politische Bildung steht freilich auf einem breiten Fundament – der sicheren Grundlage eines demokratischen Staates, der der sich über mehrere Generationen fast 70 Jahre bewährt hat; einer didaktisch-pädagogischen Ethik, die durch den Beutelsbacher Konsens (Überwältigungsverbot, Kontroversitätsprinzip, Schülerorientierung) umrissen ist; dem klaren Bekenntnis zur Würde des Menschen, das nicht ideologischen Konzepten von Volk und Nation unterliegt.

Doch sind – darauf wurde nicht nur auf den Podien zum Umgang mit Extremismus und Antisemitismus hingewiesen – in den öffentlichen Diskurs Themen und Töne eingezogen, die beunruhigende Erinnerungen wecken,

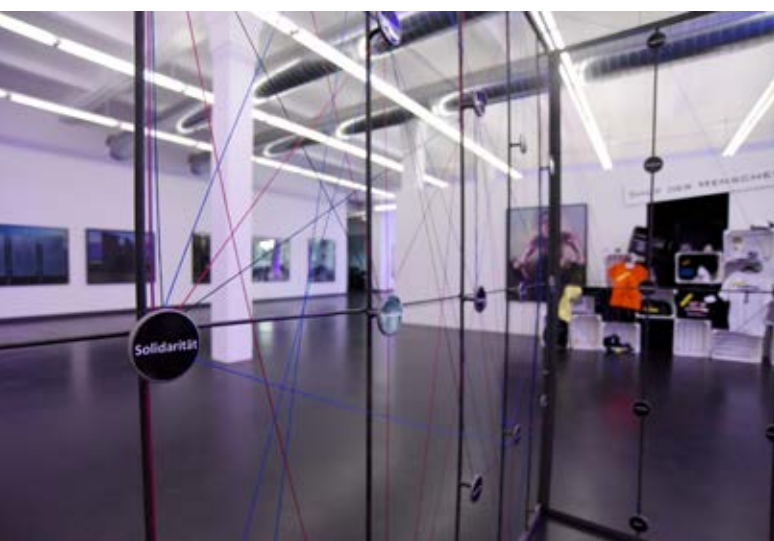
.....
² Vgl. Klaus Wippermann: Politische Propaganda und staatsbürgerliche Bildung. Die Reichszentrale für Heimatdienst in der Weimarer Republik, Bonn 1976, S. 415 f.; Gudrun Hentges: Staat und politische Bildung. Von der „Zentrale für Heimatdienst“ zur „Bundeszentrale für politische Bildung“, Wiesbaden 2013, hier S. 16.



Angelina Robl setzte die Diskussionen graphisch ins Bild.
Foto: LZ



Foto: LZ



Interaktive Werte-Installation
Foto: Ruth Plössel/Stadt Augsburg

wie etwa die Rede von völkischer Überlegenheit oder nationalistische Parolen. Das „Gespenst der Weimarer Verhältnisse“, wie es der Historiker Andreas Wirsching ausgedrückt hat, geht in den Köpfen herum.³

Politische Bildung im Zeitalter des Digitalen

Mit zunehmender Besorgnis wird in der Bildungsszene beobachtet, wie sich populistische Meinungsmacher gezielt obstruktiver Kommunikationstechniken und -strategien bedienen, um den demokratischen Rechtsstaat anzugreifen, der mit Hilfe kruder Verschwörungstheorien und verdrehter Fakten denunziert wird.

3 Zit. n. Andreas Wirsching: Appell an die Vernunft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 24. April 2017.



Planspiele als Methode schulischer Bildungsvermittlung .
Foto: LZ

Meinungsbildungsprozesse finden im 21. Jahrhundert zu einem wesentlichen Teil digital statt. Die klassische Funktion professioneller Leitmedien ist nicht verloren gegangen; diese befinden sich aber im Wettbewerb mit einem unüberschaubaren Universum unterschiedlichster Spezialforen und Netzwerkgeflechte, in denen sich Parallelwelten entwickeln. In sog. „Filterblasen“ und „Echokammern“ werden selbstreferentielle Räume geschaffen, in denen man nur mit Gleichgesinnten kommuniziert, wo feststehende Haltungen gegenseitig verstärkt werden und in der differenzierte Argumentation nicht mehr stattfindet. Um den Gegnern der Demokratie nicht die Lufthoheit in der digitalen Kommunikation zu überlassen, muss die politische Bildung geeignete kritische Formate entwickeln, um ein digitales demokratisches Ethos und im besten Falle auch digitale Zivilcourage zu entwickeln. 🌱

Genauere Informationen zur Tagung s. auch:
<http://www.blz.bayern.de/meldung/tagung-100-jahre-politische-bildung.html>

Das bayerische Parteiensystem im Vergleich

Merkmale, Trends und Perspektiven

Von Jörg Siegmund und Ursula Münch

In Bayern ticken die Uhren anders – mit dieser Feststellung versuchen viele Beobachter innerhalb wie außerhalb des Freistaats, Eigenwilligkeiten im Verhalten und in den Einstellungen seiner Bewohner zu erklären. Die politische Sphäre und namentlich das Wahlverhalten sind davon selbstverständlich nicht ausgenommen,¹ was zu einigen Besonderheiten im hiesigen Parteiensystem führt. Der vorliegende Beitrag analysiert vor diesem Hintergrund die einschlägigen Merkmale des bayerischen Parteiensystems. Es handelt sich um die stark gekürzte Fassung eines Aufsatzes, der in einem Sammelband der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit erscheint.²

Der Analyse liegt eine systematische und keine durchgehend chronologische Perspektive zugrunde.³ Sie beruht auf den bis zum 31. Dezember 2017 verfügbaren Daten zu Wahlen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems. Angesichts des bundesweiten Aufstiegs der Alternative für Deutschland innerhalb kurzer Zeit und ihrer Wahlerfolge seit 2013/14 ist bei allen länderübergreifenden Querschnittsvergleichen, die auf den Resultaten der jeweils letzten Landtagswahlen beruhen, jedoch eine gewisse Vorsicht geboten: Da die einzelnen Wahlergebnisse unter verschiedenen Wettbewerbsbedingungen

zustande gekommen sind, sind sie nicht vorbehaltlos vergleichbar.

Anzahl der Parteien und Fragmentierung

Einen ersten Eindruck von der Struktur eines Parteiensystems vermittelt die Anzahl der relevanten Parteien.

1 So Philipp Rösler, damaliger Bundesvorsitzender der Freien Demokratischen Partei, zum Ergebnis der bayerischen Landtagswahl 2013: „Wir alle wissen: In Bayern ticken die Uhren anders!“ (FDP-Bundespartei: Weckruf für Liberale: Jetzt erst recht!, vgl. <http://www.liberale.de/content/weckruf-fuer-liberale-jetzt-erst-recht> [Stand: 07.01.2017]).

2 Harald Bergbauer (Koord.): Parteien und Landtagswahlen in Bayern. Die Landtagswahl 2013 in der Analyse, hg. v. d. Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 2018.

3 Für eine ausführliche, kontextualisierte Darstellung der Entwicklung des bayerischen Parteiensystems sowie der Landeswahlergebnisse in historischer Perspektive vgl. Ursula Münch: Bayern – Hochburg konservativer und föderalistischer Parteien, in: Parteien in den deutschen Ländern. Geschichte und Gegenwart, hg. v. Andreas Kost/Werner Rellecke/Reinhold Weber, München 2010, S. 128–160; Andreas Kießling: Das Parteiensystem Bayerns, in: Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, hg. v. Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer, Wiesbaden 2008, S. 125–146, hier S. 131–140; Gerhard Hirscher: Wahlergebnisse der CSU. Analysen und Interpretationen, München 2012, S. 7–15. Zu den Wahlergebnissen für den Zeitraum 1966–2003 im bundespolitischen Kontext vgl. etwa Harald Schoen: Mir san mir an der weiß-blauen Wahlurne? Eine Analyse des Einflusses der Bundespolitik auf das Wahlverhalten bei bayerischen Landtagswahlen 1966 bis 2003, in: Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland, hg. v. Kerstin Völkl u.a., Baden-Baden 2008, S. 63–92.

Berücksichtigt werden dabei üblicherweise alle Parteien, die mindestens ein Mandat errungen haben.⁴ Um festzustellen, ob es sich bei ihnen um in etwa gleich starke Gruppierungen handelt oder ob im Gegensatz dazu eine dieser Parteien eine besonders dominante Stellung innehat, muss die Fragmentierung des Parteiensystems ermittelt werden. Zur quantitativen Messung der Fragmentierung eines Parteiensystems hat sich die effektive Anzahl der Parteien nach Laakso und Taagepera⁵ als besonders anschaulich erwiesen. Sie wird auf parlamentarischer Ebene bestimmt durch den reziproken Wert der Summe der quadrierten Mandatsanteile aller Parteien.

Tabelle 1 gibt die Anzahl der relevanten Parteien und deren Fragmentierungsgrad in den verschiedenen Ländern wieder.

Tab. 1: Anzahl und effektive Anzahl der Parteien in den Ländern

Land	Anzahl		Effektive Anzahl	
	2017	1990–2017	2017	1990–2017
Baden-Württemberg	5	4,5	4,08	3,22
Bayern	4	3,7	2,56	2,33
Berlin	6	4,9	5,53	4,01
Brandenburg	6	4,5	4,31	3,37
Bremen	7	5,3	4,27	3,28
Hamburg	6	4,3	3,44	2,92
Hessen	5	4,4	3,15	3,01
Mecklenburg-Vorpommern	4	3,9	3,66	3,28
Niedersachsen	5	4,0	3,20	2,74
Nordrhein-Westfalen	5	4,3	3,54	2,94
Rheinland-Pfalz	5	3,8	3,37	2,73
Saarland	4	3,7	2,82	2,69
Sachsen	5	4,7	3,31	2,88
Sachsen-Anhalt	5	4,3	3,93	3,41
Schleswig-Holstein	6	5,4	4,16	3,31
Thüringen	5	4,0	3,70	3,04

Anm.: Die Angaben für den Zeitraum 1990–2017 beziehen sich auf das ungewichtete arithmetische Mittel der Anzahl bzw. effektiven Anzahl der Parteien in den jeweiligen Landesparlamenten zu Beginn einer Legislaturperiode.

Quelle: Eigene Berechnung aufgrund von Daten in Oskar Niedermayer: *Daten und Fakten zu den Parteien und zum Parteiensystem*, in: *Handbuch Parteienforschung*, hg. v. Oskar Niedermayer, Wiesbaden 2013, S. 907–921 sowie der *Landeswahlleiter*

Im Vergleich mit den anderen Ländern wirken in Bayern momentan recht wenige Parteien am parlamentarischen Entscheidungsprozess mit; lediglich in Mecklenburg-Vorpommern und im Saarland sind ebenfalls nur vier Parteien im Landtag vertreten. Tabelle 1 offenbart zudem eine recht große Schwankungsbreite der Anzahl relevanter Parteien. Auffällig ist, dass zu den fünf Ländern mit sechs bzw. sieben Parlamentsparteien die drei Stadtstaaten zählen. Schleswig-Holstein, das ebenfalls eine hohe Parteienzahl im Parlament aufweist, ist hingegen ein Sonderfall, da für den Südschleswigschen Wählerverband als Vertreter der dänischen Minderheit die wahlrechtlichen Sperrhürden nicht gelten. Allerdings sind Wahlergebnisse mitunter ohnehin so knapp, dass schon wenige Stimmen darüber entscheiden, ob eine Partei in das Parlament kommt und somit als relevante Partei gezählt werden kann oder nicht.

Ins Auge fällt jedoch, dass Bayern sowohl gegenwärtig als auch im langjährigen Mittel den mit Abstand niedrigsten Fragmentierungsgrad aller Landesparteiensysteme aufweist. Führt man beide Indikatoren aus dieser Tabelle zusammen, wird das Ausmaß der Konzentration des bayerischen Parteiensystems im Sinne eines überproportional großen Mandatsanteils einer Partei deutlich: Obwohl in Bayern momentan vier Parteien im Landtag vertreten sind, errechnet sich aus ihren Mandatsanteilen eine effektive Anzahl der Parteien von nur 2,56 – die vier Fraktionen haben folglich eine sehr unterschiedliche Größe. In Mecklenburg-Vorpommern beträgt die effektive Anzahl der Parteien – bei ebenfalls vier Parlamentsparteien, die in die Berechnung einfließen – hingegen 3,66. Das Größenverhältnis der dortigen Fraktionen ist somit wesentlich ausgeglichener. Und auch die langfristigen Daten für den Zeitraum seit 1990 unterstreichen eindrücklich die Dominanz der CSU als stärkster Partei in Bayern.

Beim Vergleich beider Datenreihen zur effektiven Anzahl der Parteien aus Tabelle 1 fällt zudem auf, dass in Bayern wie in allen anderen Ländern der Fragmentierungsgrad momentan über dem langjährigen Mittel liegt – ein Beleg für die zunehmende Zersplitterung der Parteienlandschaft und die grundsätzlich abnehmende Bindungskraft der großen Parteien.

Die relativ hohen Fragmentierungswerte und die größere Anzahl relevanter Parteien für die neuen Länder einschließlich Berlins resultieren unter anderem daraus, dass dort – anders als in Bayern – die Partei Die Linke starke Fraktionen stellt und teilweise auch Parteien der extremen Rechten der Einzug in die Landesparlamente gelungen ist. Insofern sprechen die bayerischen Daten im Querschnittsvergleich für eine immer noch recht große Bindungskraft

4 Vgl. Oskar Niedermayer: *Die Analyse von Parteiensystemen*, in: *Handbuch Parteienforschung*, hg. v. dems., Wiesbaden 2013, S. 83–117, S. 86, mit Verweisen auf weitere Operationalisierungsmöglichkeiten.

5 Vgl. Markku Laakso/Rein Taagepera: „Effective“ Number of Parties. A Measure with Application to West Europe, in: *Comparative Political Studies* 12 (1979), H. 1, S. 3–27.

der im Freistaat etablierten Parteien, die neuen Gruppierungen an den Rändern des politischen Spektrums bislang nur geringen Entfaltungsspielraum gelassen haben. Allerdings scheiterten die Republikaner bei der bayerischen Landtagswahl 1990 mit 4,9 Prozent der Gesamtstimmen nur denkbar knapp an der wahlrechtlichen Sperrklausel. Bei der jüngsten Bundestagswahl kam die AfD in Bayern sogar auf 12,4 Prozent der Stimmen – das beste Ergebnis dieser Partei in allen westdeutschen Ländern. Und laut aktueller Umfragen aus dem Frühsommer 2018 würden bei einer Landtagswahl zu diesem Zeitpunkt immerhin zwischen 12 und 14 Prozent der Wähler für die AfD votieren, womit sie sich klar als neue politische Kraft im Landesparslament etablieren würde.⁶ All dies sind zwar noch keine zwingenden Belege für die Chancen der AfD bei der Landtagswahl im Herbst 2018, aber doch sehr deutliche Hinweise darauf, dass auch in Bayern die Strukturen des Parteiensystems ins Wanken zu geraten scheinen.

Der innerbayerische Längsschnittvergleich dokumentiert, dass seit 1946 überwiegend nur sehr wenige Parteien im Landtag vertreten waren und damit über besondere institutionelle Möglichkeiten verfügt haben, den politischen Entscheidungsprozess zu beeinflussen. Die Fragmentierungswerte für Bayern unterliegen jedoch recht großen Schwankungen, wie Tabelle 2 zeigt.

Tab. 2: Anzahl und effektive Anzahl der Parteien in Bayern

Wahlperiode	Anzahl	Effektive Anzahl	Wahlperiode	Anzahl	Effektive Anzahl
1. WP (1946–1950)	4	2,32	10. WP (1982–1986)	2	1,83
2. WP (1950–1954)	5	4,00	11. WP (1986–1990)	3	2,05
3. WP (1954–1958)	5	3,49	12. WP (1990–1994)	4	2,11
4. WP (1958–1962)	5	2,80	13. WP (1994–1998)	3	2,13
5. WP (1962–1966)	4	2,31	14. WP (1998–2003)	3	2,10
6. WP (1966–1970)	3	2,24	15. WP (2003–2008)	3	1,87
7. WP (1970–1974)	3	2,04	16. WP (2008–2013)	5	3,17
8. WP (1974–1978)	3	1,93	17. WP (2013–2018)	4	2,56
9. WP (1978–1982)	3	1,98			

Quelle: Eigene Berechnung aufgrund von Daten des bayerischen Landeswahlleiters

Bei der Einordnung der Wahlergebnisse fällt zunächst auf, dass die CSU bereits bei der ersten Landtagswahl 1946 die absolute Mehrheit der Stimmen und folglich auch der Mandate erringen konnte. Gleichwohl war diese dominante Stellung der CSU nicht von langer Dauer, und schon bei der zweiten Landtagswahl 1950 wurde die Sozialdemokratische Partei Deutschlands – zum bislang einzigen Mal in der Nachkriegsgeschichte – gemessen am Gesamtstimmenanteil stärkste Partei im Freistaat, auch wenn die CSU aufgrund von zwei Überhangmandaten in Schwaben einen Sitz mehr als die bayerische SPD erhielt. Die damaligen Verluste der CSU sind auf innerparteiliche Konflikte um die programmatische Positionierung der Partei, vor allem hinsichtlich der föderalen Ausrichtung der bundesdeutschen Institutionenordnung, zurückzuführen. Kaum weniger wichtig waren aber auch die persönlichen Konflikte zwischen den Führungsfiguren der innerparteilichen Lager (Alois Hundhammer und Fritz Schäffer einerseits sowie Josef Müller andererseits) und das Erstarken der föderalistisch bis radikal-separatistisch orientierten Bayernpartei, die als drittstärkste Kraft im Landtag die Politik im Freistaat ebenfalls mitgestaltete.⁷ Dieses Kräfteverhältnis hatte trotz Zugewinnen der CSU auch in der folgenden Legislaturperiode von 1954 bis 1958 Bestand, wobei während der ersten drei Jahre – ebenfalls einmalig in der Nachkriegsgeschichte – eine Regierung unter Führung der SPD und ohne Beteiligung der CSU gebildet wurde.

Die dann einsetzende Konzentrationsphase des bayerischen Parteiengefüges, die der Entwicklung im Bund und in den anderen Ländern durchaus vergleichbar ist, war erst mit der Landtagswahl 1970 endgültig abgeschlossen. Sie ging vor allem zu Lasten der Bayernpartei und des Gesamtdeutschen Blocks/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten, die von der CSU gegen Ende der 1950er Jahre marginalisiert werden konnten.⁸ Der CSU gelang es zugleich, ihre Stimmenanteile auch in den eher protestantisch geprägten Landesteilen Frankens auszubauen und somit insgesamt zur dominanten politischen Kraft im Freistaat aufzusteigen. Wegmarken dieser Entwicklung sind die Landtagswahl 1962, bei der die CSU erstmals seit 1946 wieder die Mandatsmehrheit im Maximilianeum

⁶ Vgl. <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/bayern.htm> [Stand: 12.07.2018].

⁷ Vgl. Peter März: Freistaat Bayern. Ein Fünftel Deutschlands, in: Die deutschen Länder. Geschichte, Politik, Wirtschaft, hg. v. Hans-Georg Wehling, ³Wiesbaden 2004, S. 35–69, hier S. 58.

⁸ Vgl. Kießling (wie Anm. 3), S. 133 f. Zum Aufstieg der CSU vgl. auch Michael Weigl: Die CSU. Akteure, Entscheidungsprozesse und Inhalte einer Partei am Scheideweg, Baden-Baden 2013, S. 28–35.

erreichte und eine Alleinregierung bilden konnte,⁹ sowie die Landtagswahl 1970, bei der die CSU zum ersten Mal seit 1946 die absolute Mehrheit auch der Gesamtstimmen auf sich vereinte. Nicht übersehen werden sollte jedoch, dass der bayerischen SPD in den 1960er Jahren mit Wahlergebnissen von über 35 Prozent der Gesamtstimmen ebenfalls ein deutlicher Aufstieg gelang. Dieser kann einerseits auf die Popularität des damaligen Landesvorsitzenden Waldemar von Knoeringen, andererseits auf die inhaltliche Neuausrichtung der deutschen Sozialdemokratie seit dem Godesberger Parteitag 1959 sowie auch auf die voranschreitende Industrialisierung Bayerns und die damit einhergehenden sozialstrukturellen Veränderungen der bayerischen Gesellschaft zurückgeführt werden.

Seit 1970 wurde Bayern über mehrere Jahrzehnte von einem „Dreiparteiensystem“ mit deutlicher CSU-Dominanz geprägt,¹⁰ wobei die CSU bei der Landtagswahl 1974 mit 62,1 Prozent der Gesamtstimmen ihr bislang bestes Wahlergebnis erzielte. Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielfältig; hierzu zählen unter anderem die erfolgreiche ökonomische Modernisierung Bayerns, die von der CSU maßgeblich vorangetrieben wurde, die große Popularität des damaligen Ministerpräsidenten Alfons Goppel und die Positionierung der CSU unter ihrem Vorsitzenden Franz Josef Strauß als Gegengewicht zur sozialliberalen Bundesregierung.¹¹ Den Christsozialen gelang es dabei, auch in ihr bislang weitgehend verschlossenen Regionen Ober- und Mittelfrankens, die eher protestantisch-bürgerlich geprägt waren, beachtliche Stimmenzuwächse zu erzielen.

Der Aufstieg der Grünen und ihre Etablierung als dritte parteipolitische Kraft verlief in Bayern mit einer gewissen Verzögerung. Zum einen traf diese Partei im Freistaat auf ungünstigere gesellschaftsstrukturelle Voraussetzungen als in anderen Ländern, zum anderen entwickelte sich mit der ÖDP zeitgleich eine wertkonservative Alternative zu den Grünen, die ihr Stimmenanteile streitig machte. Außerdem beanspruchte die CSU bereits seit längerem, selbst Umweltpartei zu sein.¹² So überwand die Grünen erst

mit der Landtagswahl 1986 die Sperrhürde – mit 7,5 Prozent der Gesamtstimmen jedoch recht deutlich. Der Blick auf die effektive Anzahl der Parteien für die vier Legislaturperioden zwischen 1986 und 2003 legt mit Werten zwischen 2,05 und 2,13 für Bayern ein Zweiparteiensystem nahe, was jedoch irreführend ist. Tatsächlich standen in dieser Phase der dominierenden CSU auf der einen Seite die Opposition aus SPD, Grünen und zeitweise auch FDP als zusammen gewissermaßen „zweite Partei“ gegenüber.

Die Konzentration im bayerischen Parteiensystem erreichte mit der Landtagswahl 2003 einen erneuten Höhepunkt, bei der die CSU zum ersten und bislang einzigen Mal eine Zweidrittelmehrheit der Mandate erzielte. Dieser Erfolg ist der Zugkraft des damaligen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber geschuldet, der sich nach seiner knapp gescheiterten Kanzlerkandidatur 2002 im Zenit seiner Popularität befand.¹³ Allerdings verlor die CSU 2003 fast 230.000 Stimmen im Vergleich zur vorhergehenden Landtagswahl, wobei die Mehrzahl dieser ehemaligen CSU-Wähler ins Lager der Nichtwähler abwanderte. Der Zugewinn an Mandaten für die CSU ist folglich auf den Absturz der Wahlbeteiligung von 69,8 Prozent (1998) auf nur noch 57,1 Prozent (2003) zurückzuführen – der niedrigste Wert, der jemals bei einer bayerischen Landtagswahl erreicht wurde.¹⁴ Dieser relative Wahlerfolg der CSU ist insofern weniger als „Ausdruck der nochmals gestiegenen Identifikation mit der CSU als dominierendem Faktor in Bayern“¹⁵ zu bewerten. Sachgerechter ist es, den damaligen Erfolg der CSU „mehr auf die mangelnde Mobilisierungskraft der Wettbewerber, vor allem der SPD, denn auf ihre eigene Stärke zurückzuführen.“¹⁶

Das folgende „Erdrutsch-Ergebnis“¹⁷ der Landtagswahl 2008 bedeutete für die CSU den Verlust von 17,3 Prozentpunkten der Gesamtstimmen und damit auch der

9 Vgl. Gerhard Hirscher: Landespartei und Mehrebenenpolitik – Anmerkungen zur Rolle der CSU, in: Koalitionsregierungen in den Ländern und Parteienwettbewerb, hg. v. Julia Oberhofer/Roland Sturm, München 2010, S. 277–289, hier S. 280. Der 1962 gebildeten Regierung gehörte zwar noch ein Staatssekretär der Bayernpartei an, dieser trat jedoch später der CSU bei.

10 Vgl. Kießling (wie Anm. 3), S. 136. Die „dritte Partei“ war dabei bis 1982 die FDP bzw. seit 1986 die Grünen.

11 Vgl. Hirscher (wie Anm. 3), S. 9; Ursula Münch: Freistaat im Bundesstaat. Bayerns Politik in 50 Jahren Bundesrepublik Deutschland, München 1999, S. 26–31; Münch (wie Anm. 3), S. 146.

12 Vgl. März (wie Anm. 7), S. 61.

13 Vgl. Martin Sebaldt: Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. (CSU), in: Handbuch der deutschen Parteien, hg. v. Frank Decker/Viola Neu, Wiesbaden 2013, S. 222–232, hier S. 225.

14 Vgl. Heinrich Oberreuter: Von Krise zu Krise. Die Erosion der CSU während der Großen Koalition, in: Die Große Koalition. Regierung – Politik – Parteien 2005–2009, hg. v. Sebastian Bukow/Wenke Seemann, Wiesbaden 2010, S. 285–298, hier S. 286 f.

15 März (wie Anm. 7), S. 55.

16 Manuela Glaab/Michael Weigl: Politik und Regieren in Bayern: Rahmenbedingungen, Strukturmerkmale, Entwicklungen, in: Politik und Regieren in Bayern, hg. v. dens., Wiesbaden 2013, S. 19–96, hier S. 37.

17 Rainer-Olaf Schultze/Jan Grasnick: Die bayerische Landtagswahl vom 28. September 2008: Betriebsunfall oder Ende eines Mythos?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 40 (2009), H. 1, S. 34–55, hier S. 55. Für eine ausführliche Analyse der Landtagswahl 2008 vgl. ebd. sowie Oberreuter (wie Anm. 14), S. 292 ff.

Mehrheit der Sitze im Maximilianeum. Besonders hoch waren die Stimmeneinbußen für die Christsozialen in Oberbayern, wo sie von 60,2 Prozent der Gesamtstimmen auf 39,3 Prozent abstürzten. Offensichtlich konnte hier im eigentlichen Kernland der CSU der mittelfränkische, protestantische Spitzenkandidat, Ministerpräsident Günther Beckstein, nicht recht überzeugen.¹⁸ Die Verluste der CSU waren auch einigen Entscheidungen der zurückliegenden Legislaturperiode wie der strikten Haushaltskonsolidierung und der damit einhergehenden Sparpolitik, der überhasteten Verkürzung der Gymnasialzeit oder einer rigiden Verwaltungsreform geschuldet, die in weiten Bevölkerungskreisen auf Widerstand stießen.¹⁹ Schließlich brachen mit der Ablösung von Edmund Stoiber durch das Tandem aus Günther Beckstein und Erwin Huber parteiinterne Konflikte auf, die auf viele Wähler abschreckend wirkten. In der Folge musste die CSU erstmals seit 1962 wieder eine Koalitionsregierung bilden. Für den bis dahin durchaus verblassten Parteienwettbewerb bedeutete dieser Wahlausgang eine deutliche Belebung.

Die Landtagswahl 2013 führte hingegen zu einer Art „bayerischer Normalisierung“ mit lediglich vier Parteien im Landtag und einer, wie bereits dargestellt, hohen Konzentration des Parteiensystems aufgrund der erneut dominanten Stellung der CSU, die über 56,1 Prozent der Mandate im Landesparlament verfügt. Wie weiter oben erläutert, nimmt das bayerische Parteiensystem mit der effektiven Anzahl der Parteien von 2,56 damit wieder (und vielleicht auch: noch) eine Sonderrolle im Vergleich der deutschen Länder ein.

Asymmetrie

Neben dem Fragmentierungsgrad ist es sinnvoll, auch das Größenverhältnis der beiden stärksten Parteien als weitere Eigenschaft eines Parteiensystems zu bestimmen. Dieser als Asymmetrie bezeichnete Indikator gibt Auskunft über die grundsätzliche Chancengleichheit beider Parteien, die Regierung zu bilden. Gemessen wird die Asymmetrie auf parlamentarischer Ebene durch die Prozentpunktdifferenz der Mandatsanteile der beiden größten Parteien.

Im Vergleich aller Länder (Tabelle 3) weist Bayern momentan die größte Asymmetrie auf – der Vorsprung der CSU gegenüber der SPD an Sitzen beträgt 32,8 Prozentpunkte. Lediglich in Hamburg und Sachsen haben die dortige SPD bzw. CDU als stärkste Parteien eine ähn-

Tab. 3: Asymmetrie der beiden größten Parteien in den Ländern

Land	Asymmetrie 2017	Land	Asymmetrie 2017
Baden-Württemberg	3,5	Niedersachsen	3,6
Bayern	32,8	Nordrhein-Westfalen	1,5
Berlin	4,4	Rheinland-Pfalz	4,0
Brandenburg	10,2	Saarland	13,7
Bremen	12,0	Sachsen	25,4
Hamburg	31,4	Sachsen-Anhalt	5,7
Hessen	9,1	Schleswig-Holstein	5,5
Mecklenburg-Vorpommern	11,3	Thüringen	6,6

Quelle: wie Tabelle 1

lich dominante Stellung in den Landesparlamenten inne. Noch, muss man wohl vor allem mit Blick auf Sachsen hinzufügen, denn bei der Bundestagswahl 2017 ist die AfD in diesem Land stärkste Kraft geworden, wobei sie mit 27 Prozent der Zweitstimmen ihr Ergebnis bei der vorherigen Bundestagswahl mehr als vervierfachen konnte. Ein deutlicher Beleg dafür, wie schnell die Vormachtstellung einer Partei beendet sein kann.

Noch eindrücklicher stellt sich die bisherige Dominanz der CSU in Bayern dar, wenn man die Asymmetriewerte im langjährigen Verlauf betrachtet (Tabelle 4).

Tab. 4: Asymmetrie der beiden größten Parteien in Bayern

Wahlperiode	Asymmetrie	Wahlperiode	Asymmetrie
1. WP (1946–1950)	27,8	10. WP (1982–1986)	30,4
2. WP (1950–1954)	0,5	11. WP (1986–1990)	32,8
3. WP (1954–1958)	10,8	12. WP (1990–1994)	33,8
4. WP (1958–1962)	18,1	13. WP (1994–1998)	24,5
5. WP (1962–1966)	14,2	14. WP (1998–2003)	27,5
6. WP (1966–1970)	15,2	15. WP (2003–2008)	46,1
7. WP (1970–1974)	26,5	16. WP (2008–2013)	28,3
8. WP (1974–1978)	33,3	17. WP (2013–2018)	32,8
9. WP (1978–1982)	31,4		

Quelle: wie Tabelle 2

In der Parteienforschung wird bereits dann von einer strukturellen Asymmetrie gesprochen, wenn eine der beiden größten Parteien in mindestens vier aufeinanderfolgenden Wahlen mehr Mandate als die andere erringt.²⁰ In Bayern ist dies der CSU jedoch bei bislang allen Land-

18 Vgl. Sebaldt (wie Anm. 13), S. 225.

19 Vgl. Münch (wie Anm. 3), S. 154.

20 Vgl. Niedermayer (wie Anm. 4), S. 88, Fußnote 13.

tagswahlen nach dem Zweiten Weltkrieg gelungen.²¹ Und nicht nur das: Sie hat die SPD als größte Oppositionspartei über viele Jahrzehnte so deutlich auf Abstand gehalten, dass selbst die erdrutschartigen Verluste der CSU 2008 deren Dominanz nicht gefährden konnten. Nutznießer der Einbußen der Christsozialen waren schließlich nicht die Sozialdemokraten, sondern mit den Freien Wählern und der FDP zwei sogenannte bürgerliche Parteien.

Volatilität

Um die Dynamik eines Parteiensystems in den Blick zu nehmen, müssen auch die Veränderungen der Größenverhältnisse der Parteien zwischen zwei aufeinanderfolgenden Wahlen betrachtet werden. Diese als Volatilität bezeichnete Eigenschaft eines Parteiensystems wird üblicherweise mit dem Pedersen-Index wiedergegeben. Er misst die Prozentpunktdifferenzen der Stimmenanteile jeder Partei zwischen zwei aufeinanderfolgenden Wahlen, die für alle Parteien summiert werden. Um Stimmenverluste einer Partei, die sich in Stimmengewinnen einer anderen Partei niederschlagen, nicht doppelt zu zählen, werden die einzelnen Prozentpunktdifferenzen halbiert.

Vergleicht man die Volatilität bei den letzten Wahlen zu den jeweiligen Landesparlamenten (Tabelle 5), so fällt auf, dass Bayern hierbei den niedrigsten Wert – wiederum dicht gefolgt von Hamburg – und damit erneut eine Extremposition aufweist. Der Pedersen-Index unter-

streicht somit die relative Stabilität des bayerischen Parteiensystems – ein weiterer Beleg für die im Ländervergleich bis in die jüngste Zeit recht hohe Bindungskraft der etablierten Parteien, auf die bereits im Kontext der Fragmentierungswerte verwiesen wurde.

Betrachtet man hingegen die Volatilität über die verschiedenen bayerischen Landtagswahlen hinweg, dann ergibt sich ein differenzierteres Bild (Tabelle 6). Nach der Gründungs- und Konsolidierungsphase des bayerischen Parteiensystems in den 1940er und 1950er Jahren mit recht starken Größenverschiebungen zwischen den einzelnen Parteien zeichnete es sich bis zum Beginn des neuen Jahrtausends durch eine insgesamt hohe Stabilität aus. Trotz des Aufstiegs der Grünen und der wechselvollen Geschichte der FDP kam es zu keinen abrupten Veränderungen der Größenverhältnisse der Parteien zwischen zwei Wahlen. Der Wandel des bayerischen Parteiensystems vollzog sich somit eher graduell.

Tab. 6: Volatilität in Bayern

Wahlperiode	Pedersen-Index	Wahlperiode	Pedersen-Index
1. WP (1946–1950)	–	10. WP (1982–1986)	3,8
2. WP (1950–1954)	34,3	11. WP (1986–1990)	7,0
3. WP (1954–1958)	11,0	12. WP (1990–1994)	4,5
4. WP (1958–1962)	10,4	13. WP (1994–1998)	5,8
5. WP (1962–1966)	6,8	14. WP (1998–2003)	3,9
6. WP (1966–1970)	8,5	15. WP (2003–2008)	11,3
7. WP (1970–1974)	9,2	16. WP (2008–2013)	19,2
8. WP (1974–1978)	5,8	17. WP (2013–2018)	9,9
9. WP (1978–1982)	3,1		

Quelle: Eigene Berechnung aufgrund von Daten des bayerischen Landeswahlleiters

Tab. 5: Volatilität in den Ländern

Land	Pedersen-Index 2017	Land	Pedersen-Index 2017
Baden-Württemberg	25,4	Niedersachsen	12,4
Bayern	9,9	Nordrhein-Westfalen	21,4
Berlin	25,5	Rheinland-Pfalz	15,2
Brandenburg	18,4	Saarland	13,7
Bremen	15,7	Sachsen	13,4
Hamburg	10,1	Sachsen-Anhalt	27,8
Hessen	14,4	Schleswig-Holstein	12,2
Mecklenburg-Vorpommern	23,7	Thüringen	14,7

Anm.: Erfasst wurden die Veränderungen der Stimmenanteile derjenigen Parteien, die mindestens ein Prozent der Wählerstimmen bei zumindest einer der berücksichtigten Wahlen erringen konnten. Die Stimmenanteile der kleineren Parteien wurden unter „Sonstige“ zusammengefasst. Dadurch wird die tatsächliche Volatilität des jeweiligen Parteiensystems ggf. geringfügig unterschätzt.

Quelle: Eigene Berechnung aufgrund von Daten des Bundeswahlleiters und der Landeswahlleiter

21 Zur Hegemonialstellung der CSU in Bayern vgl. Heinrich Oberreuter: Bayerische Akzente – Zum Gestaltungsanspruch der CSU auf Bundesebene, in: Politische Studien 56 (2005), H. 403, S. 39–46, hier S. 40.

Dies änderte sich mit den Wahlen von 2003 und – besonders eindrücklich – 2008. Während es sich 2003 um eine relative Verschiebung zwischen den politischen Lagern handelte – die CSU gewann 7,8 Prozentpunkte, die SPD verlor 9,1 Prozentpunkte der Wählerstimmen –, führte der Absturz der CSU 2008 um 17,3 Prozentpunkte zu einer Verschiebung innerhalb des sogenannten bürgerlichen Lagers mit Gewinnen für die Freien Wähler und die FDP von 6,2 bzw. 5,4 Prozentpunkten. Bei der Landtagswahl 2013 erwies sich das bayerische Parteiensystem demgegenüber erneut als recht stabil.

Polarisierung

Die strukturell-numerischen Merkmale des bayerischen Parteiensystems weisen bereits auf einige seiner Besonderheiten hin, die es von anderen Landesparteiensystemen unterscheiden. In der Parteienforschung ist jedoch spätestens seit den Studien Giovanni Sartoris anerkannt, dass neben diesen Merkmalen auch die Form des Parteienwettbewerbs eine wesentliche Eigenschaft eines Parteiensystems darstellt.²² Das Interaktionsmuster der Parteien wird unter anderem durch deren ideologisch-programmatische Distanz geprägt, die auch als Polarisierung bezeichnet wird.

Um die Polarisierung des bayerischen Parteiensystems zu charakterisieren, wird im Folgenden auf die Untersuchung von Thomas Bräuninger und Marc Debus zurückgegriffen, die den Parteienwettbewerb in den deutschen Ländern anhand der Programme für die Wahlen zu den Landesparlamenten im Zeitraum von 1990 bis 2010 analysiert haben.²³ Für den bundesdeutschen Parteienwettbewerb identifizieren sie zwei Konfliktdimensionen als besonders prägend: die sozioökonomische und die gesellschaftspolitische Politikdimension, auf denen sie jede Partei anhand einer 20-stufigen Policy-Skala verorten.

Mit Blick auf die sozioökonomische Dimension des Parteienwettbewerbs liegen die Positionen der bayerischen Parteien, deren Extreme durch die Grünen und die FDP markiert werden, im langjährigen Mittel enger beieinander als die anderer Landesparteien – der Freistaat weist daher ein recht moderates Spektrum des politischen Wettbewerbs auf, sofern es um die Positionierung zu sozial- und wirtschaftspolitischen Fragestellung geht. In einer früheren Untersuchung von Marc Debus fiel dieser Befund sogar noch eindeutiger aus:²⁴ Die bayerischen Parteien wiesen dabei die mit Abstand geringste Polarisierung aller Länder auf, so dass es in diesem Zeitraum „keine starke Kontroverse zwischen den Parteien um die Art und Ziele der Wirtschaftspolitik zu geben“ schien.²⁵ Erklärt werden können diese Befunde dadurch, dass die BayernSPD auf dieser Konfliktdimension im Gegensatz

zu anderen Landesverbänden der Partei zwar relativ linke Positionen vertritt, Gleiches gilt aber auch für die CSU im Vergleich mit den Landesverbänden der CDU – ein Indiz für die starke sozialpolitische Ausrichtung der Christsozialen.²⁶ Im Ergebnis fällt die programmatische Distanz zwischen der CSU und der BayernSPD nicht übermäßig groß aus. Auffällig ist hingegen die Positionierung der bayerischen Grünen im linken Spektrum, die im Untersuchungszeitraum nur vom Berliner Landesverband dieser Partei noch übertroffen wurde. Im langjährigen Vergleich der Landeswahlprogramme waren die bayerischen Grünen daher auch „zum Teil deutlich staatsinterventionistischer ausgerichtet“²⁷ als etwa die bayerische SPD.

Ein ganz anderes Bild zeigt sich beim Blick auf die gesellschaftspolitische Konfliktdimension. Hier liegen die Positionen der bayerischen Parteien so weit auseinander wie in keinem anderen Land. Das liegt vor allem an der CSU, die innerhalb der Union ausweislich der Wahlprogramme die konservativsten Positionen vertritt. Die BayernSPD positioniert sich hingegen deutlich progressiver als die weiteren Landesverbände dieser Partei, was den großen Abstand zwischen der CSU einerseits und den sonstigen Parteien im Freistaat andererseits hinsichtlich dieser Politikdimension erklärt.

Analysiert man die Positionsveränderungen der bayerischen Parteien auf der sozioökonomischen Politikdimension zwischen 1990 und 2008, fällt eine Verschiebung hin zu eher wirtschaftsliberalen und die Eigenverantwortung des Einzelnen betonenden Aussagen in den Wahlprogrammen auf. Allerdings hat die BayernSPD 2008 eine gewisse Kehrtwende vollzogen, was sicherlich auch als Reaktion auf die Agenda-Politik der Jahre zuvor und deren Auswirkungen auf das Wählerverhalten zu interpretieren ist.²⁸

Auf gesellschaftspolitischer Ebene hat sich im Untersuchungszeitraum vor allem die Positionierung der bayerischen Grünen verändert. Sie haben sehr linke bzw. progressivere Positionen aufgegeben und sind in die Mitte des politischen Spektrums gerückt. Die CSU hat hingegen ihre ursprünglich sehr konservativen Haltungen bis Ende der 1990er Jahre abgeschwächt, was ihre grundsätzliche „Adaptationsfähigkeit“²⁹ an die gewandelten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen unterstreicht. Gleichwohl

22 „It is evident [...] that there is something that counting cannot detect and yet is essential.“ Giovanni Sartori: *Parties and party systems. A framework for analysis*, Cambridge u.a. 1976, S. 126.

23 Vgl. Thomas Bräuninger/Marc Debus: *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, Wiesbaden 2012, S. 45.

24 Vgl. Marc Debus: *Parteienwettbewerb und Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern*, in: *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern*, hg. v. Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer, Wiesbaden 2008, S. 57–78.

25 Aline Schniewind: *Parteiensysteme*, in: *Die Demokratien der deutschen Bundesländer. Politische Institutionen im Vergleich*, hg. v. Markus Freitag/Adrian Vatter, Opladen/Farmington Hills 2008, S. 63–109, S. 91.

26 Vgl. Heinrich Oberreuter: *Politik aus christlicher Verantwortung – Das „C“ im Selbstverständnis der CSU*, in: *Politik aus christlicher Verantwortung*, hg. v. Hans Zehetmair, Wiesbaden 2007, S. 138–148.

27 Bräuninger/Debus (wie Anm. 23), S. 66 f.

28 Vgl. ebd., S. 68.

29 Ebd., S. 69.

bleibt es für die CSU wichtig, in diesem Politikbereich eigene Akzente zu setzen, etwa in der Familien-, Flüchtlings- oder Integrationspolitik – gerade auch in jüngster Zeit, um sich gegenüber der neuen Konkurrenz durch die AfD zu behaupten, die auf der gesellschaftspolitischen Konfliktdimension deutlich konservative Positionen vertritt.³⁰ So versteht sich die CSU als „Taktgeberin der deutschen Asylpolitik“,³¹ was in der breiten Öffentlichkeit häufig als Verschärfung ihrer entsprechenden politischen Positionen wahrgenommen wird. Tatsächlich trägt die CSU jedoch oft ihre seit langem vertretenen Forderungen nur (wieder) entschiedener vor. Dabei steckt sie allerdings in einem strategischen Dilemma: Als Teil der Bundesregierung muss sie kompromissbereit sein und Beschlüsse mittragen, die ihren Kernforderungen mitunter widersprechen, oder aber sie erweist sich als regierungsinterne Oppositionskraft, womit sie die Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit der Regierung untergraben würde. Eine zunehmende, von der AfD vorangetriebene Polarisierung auf der gesellschaftspolitischen Konfliktdimension ist somit gerade für die CSU eine große Herausforderung.

Segmentierung

Neben der Polarisierung wird häufig auch die Segmentierung des politischen Wettbewerbs in die Analyse eines Parteiensystems einbezogen. Hierunter versteht man auf parlamentarischer Ebene das Ausmaß der wechselseitigen Abschottung der Parlamentsparteien, das sich unter anderem in ihrer Koalitionsbereitschaft manifestiert. Die Operationalisierung dieser Eigenschaft von Parteiensystemen ist nicht ganz unproblematisch; in der Regel wird die Segmentierung, anders als die zuvor untersuchten Merkmale, nicht quantitativ gemessen, sondern qualitativ bewertet.

Bayern wird in der Literatur als über viele Jahrzehnte hochgradig segmentiertes Parteiensystem charakterisiert, da die Alleinregierung der CSU zwischen 1962 und 2008 auf einen geschlossenen Wettbewerb hindeute.³² Diese Einordnung ist jedoch problematisch, weil hier die faktische (Nicht-)Koalitionsbildung mit der Koalitionswilligkeit der Parteien vermischt wird. Da es angesichts einer Einparteienmehrheit grundsätzlich schwierig ist, die Ko-

alitionsbereitschaft von Parteien zu ermitteln, soll hier ein anderer Indikator für die Segmentierung des bayerischen Parteiensystems herangezogen werden: das Ausmaß der Kooperation in der parlamentarischen Politikgestaltung.

Unter diesem Blickwinkel resümieren Glaab, Irrgang und Weigl, dass die Opposition im Bayerischen Landtag umso mehr einen kooperativen Politikstil verfolgte, je länger die Alleinherrschaft der CSU währte.³³ In ihrer Untersuchung des Oppositionsverhaltens während der 13. Legislaturperiode von 1994 bis 1998 kommt Katrin Steinack zu einem parteipolitisch differenzierteren Ergebnis: Sie konnte für diesen Zeitraum nachweisen, dass die Sozialdemokraten im Maximilianeum überwiegend sachpolitisch agierten und durch eine kooperative Strategie versuchten, konkrete Politikvorhaben zu beeinflussen, während die Grünen einen konfrontativen, machtpolitisch orientierten Politikstil bevorzugten. Beide Strategien waren auch zumindest teilweise erfolgreich, wobei der Erfolg einer auf Kooperation basierenden Einflussnahme voraussetzt, dass auch die CSU als Mehrheitsfraktion kooperationswillig war.³⁴ Diese Befunde sprechen daher insgesamt gegen eine starke Segmentierung des bayerischen Parteiensystems auf parlamentarischer Ebene, da die Parteien bereit und fähig zur (punktuellen) Zusammenarbeit waren.

Selbst in der 15. Wahlperiode von 2003 bis 2008, die durch die stärkste Dominanz der CSU mit einer parlamentarischen Zweidrittelmehrheit gekennzeichnet war, erscheint das Parteiensystem Bayerns weit weniger segmentiert als zunächst vermutet. Von den 182 in dieser Legislaturperiode verabschiedeten Gesetzen wurden immerhin 71 einstimmig bzw. ohne Gegenstimmen angenommen, das entspricht einem Anteil von 39 Prozent.³⁵ Gleiches trifft auf sogar 76 Prozent aller Anträge zu, die in diesem Zeitraum vom Bayerischen Landtag beschlossen wurden. Und rund ein Drittel der vom Parlament angenommenen Anträge oder Gesetzentwürfe wurde an Schreibtischen der Oppositionsfraktionen erarbeitet. Diese Zahlen belegen ein recht beachtliches Maß an Kooperationsbereitschaft

.....

30 Vgl. Frank Decker: Die „Alternative für Deutschland“ aus der vergleichenden Sicht der Parteienforschung, in: Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, hg. v. Alexander Häusler, Wiesbaden 2015, S. 7–23, hier S. 11.

31 Thomas Kreuzer: Welcher Umgang mit der AfD ist angemessen?, vgl. <https://www.csu-landtag.de/index.php?ka=1&tska=1&tidn=733#.WJ-SamMv2bMA> [Stand: 30.09.2016].

32 Vgl. Klaus Detterbeck: Parteien und Parteiensystem, Konstanz 2010, S. 147.

33 Vgl. Manuela Glaab/Alexander Irrgang/Michael Weigl: Herausforderungen einer sich wandelnden Parteiendemokratie, in: Politik und Regieren in Bayern, hg. von Manuela Glaab/Michael Weigl, Wiesbaden 2013, S. 219–239, hier S. 234.

34 Vgl. Katrin Steinack: Opposition im Bayerischen Landtag 1994–1998. Ebenen und Strategien politischer Einflussnahme in einem hegemonialen System, Frankfurt a. Main 2007, S. 197–200, 341–344.

35 Vgl. hierzu die Angaben in <https://www.bayern.landtag.de/aktuelles/presse/pressemitteilungen/pressemitteilungen-2008/bilanz-15-legislaturperiode-2003-2008-des-bayerischen-landtags/> [Stand: 11.01.2017]. Dieser Publikation wurden auch die weiteren Zahlen zur 15. Wahlperiode entnommen.

der bayerischen Parteien.

Mit der Landtagswahl 2008 haben sich die Rahmenbedingungen des Parteienwettbewerbs deutlich verändert, da eine Alleinregierung der CSU keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Die fünf Parteien, die 2008 den Einzug in den Landtag schafften, zeigten sich untereinander weitgehend kooperations- und koalitionswillig. Lediglich eine schwarz-grüne Regierungsbildung, die rechnerisch möglich gewesen wäre, wurde besonders von der CSU nachdrücklich ausgeschlossen.³⁶ Auch heute noch scheint ein solches Bündnis für weite Teile der christsozialen Parteibasis nur schwer vermittelbar – trotz der Koalitionsgespräche auf Bundesebene im Herbst 2017.³⁷ Im Gegensatz dazu hatten sich die Freien Wähler 2008 „von der klaren Frontstellung Regierung vs. Opposition distanziert“³⁸ und folglich den Regierungsfractionen eine Zusammenarbeit in Sachfragen ausdrücklich angeboten. Insgesamt muss der Parteienwettbewerb auch in dieser Wahlperiode als grundsätzlich relativ aufgeschlossen und damit als nur schwach segmentiert bewertet werden.

Insofern kann das bayerische Parteiensystem auf parlamentarischer Ebene in der Gesamtschau bis in die jüngste Vergangenheit als weniger segmentiert gelten, als zunächst vermutet, wozu auch die bisherige Abwesenheit der Linken bzw. rechter Parteien beitrug. Dies könnte sich allerdings nach einem möglichen Einzug der AfD in den Bayerischen Landtag ändern; zumindest setzen die etablierten Parteien gegenwärtig in der öffentlichen Auseinandersetzung, und damit auf elektoraler Ebene, auf eine klare institutionelle Abgrenzung von der neuen Konkurrenz.

Typus des bayerischen Parteiensystems

Nimmt man die Einordnung des bayerischen Parteiensystems anhand der von Klaus von Beyme 1984 vorgestellten Typologie vor, so gehört es wohl zu den Systemen mit einer dominanten Partei, „die in der Regel die Regierung bildet und die nur durch eine Koalition aller oder der meisten

anderen Parteien von der Macht verdrängt werden kann.“³⁹ Dies gilt nahezu für die gesamte Nachkriegszeit und kann lediglich für die zweite (1950 bis 1954), vierte (1958 bis 1962) und die letzte Wahlperiode (2008 bis 2013) in Zweifel gezogen werden. Ob deswegen jedoch beispielsweise für die Zeit der schwarz-gelben Koalition von einem Typenwechsel hin zu einem Parteiensystem des gemäßigten Pluralismus mit Regierungsbildung durch „alternierende Flügelparteien mit dauerhaften Koalitionspartnern“⁴⁰ gesprochen werden kann, ist sehr zweifelhaft – alternierende Flügelparteien haben die Regierung seither gerade nicht gebildet, und von einem dauerhaften Koalitionspartner auf Landesebene wird man im Falle der bayerischen FDP auch schwerlich sprechen können. Vieles spricht daher dafür, das bayerische Parteiensystem für die gesamte Nachkriegszeit als System mit einer dominanten Partei zu charakterisieren und damit auch deutlich von den Parteiensystemen in den meisten anderen deutschen Ländern und auf nationaler Ebene zu unterscheiden.

Ausblick

Es würde sich lohnen, an dieser Stelle auch die Faktoren näher zu untersuchen, die die Entwicklung des bayerischen Parteiensystems maßgeblich beeinflusst haben. Zu nennen wären etwa der gesellschaftliche Wandel und die Erosion der tradierten Milieus, wodurch sich das Wählerverhalten nachhaltig verändert hat. Auch wahlrechtliche Regelungen und die Besonderheiten des Parteienwettbewerbs im Mehrerebenensystem – erwähnt sei nur die oft zitierte „institutionelle und politische Doppelrolle“⁴¹ der CSU als autonomer Landespartei mit besonderem Bundes-Charakter – gehören sicherlich zu diesen Faktoren. Allein aus Platzgründen muss hier jedoch auf die Langfassung dieses Beitrags im Sammelband der Landeszentrale verwiesen werden.

Wagen wir statt dessen ein Fazit: Ganz aus der Luft gegriffen ist die Feststellung von den in Bayern anders gehenden Uhren nicht. Das zeigt gerade auch die Analyse des bayerischen Parteiensystems. Obwohl sich die auf der Bundesebene feststellbaren Trends wie die nachlassende Stärke der Volksparteien und die zunehmende Zersplitterung der Parteienlandschaft in abgeschwächter Form auch im Freistaat beobachten lassen, sind die Besonderheiten des bayerischen Parteiensystems nach wie vor deutlich

.....

36 Vgl. Jasmina Kolasinac: Neuland für die Koalitionäre. Zur Bayerischen Staatsregierung aus CSU und FDP 2008–2013, in: Politik und Regieren in Bayern, hg. v. Manuela Glaab/Michael Weigl, Wiesbaden 2013, S. 133–49, hier S. 133.

37 Vgl. Glaab/Irrgang/Weigl (wie Anm. 33), S. 235; Münchner Merkur: Landtagswahl 2018: Auch mit dieser Partei will Söder nicht koalieren, vgl. <https://www.merkur.de/politik/landtagswahl-2018-auch-mit-dieser-partei-will-soeder-nicht-koalieren-9540649.html> [Stand: 19.01.2018].

38 Michael Piazolo: Die Freien Wähler im Bayerischen Landtag – Frischer Wind für den Parlamentarismus?, in: Politik an den Parteien vorbei – Freie Wähler und Kommunale Wählergemeinschaften als Alternative, hg. v. Martin Morlok/Thomas Poguntke/Jens Walther, Baden-Baden 2012, S. 239–254, hier S. 242.

.....

39 Klaus von Beyme: Parteien in westlichen Demokratien, München/Zürich 1984, S. 323.

40 Ebd., S. 321.

41 Alf Mintzel: Die CSU-Hegemonie in Bayern. Strategie und Erfolg. Gewinner und Verlierer, Passau 1998, S. 92.

erkennbar: Der niedrige Fragmentierungsgrad sowie die vergleichsweise geringe Zahl der im Bayerischen Landtag vertretenen Fraktionen zeugen von einer bis in die jüngste Zeit bemerkenswert hohen Bindungskraft der etablierten Parteien im Freistaat. Extreme Gruppierungen von den Rändern des Parteienspektrums konnten in Bayern hingegen bislang keinen Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess erlangen – was sich möglicherweise ändern wird, wenn die AfD ihre Erfolge in Bayern bei der Europawahl 2014 und der Bundestagswahl 2017 bei der Wahl des Landesparlaments im Herbst 2018 wiederholen sollte.

In den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten war die inzwischen augenfällige Dominanz der CSU, was heute leicht in Vergessenheit gerät, keineswegs gesichert. Die seither entstandene strukturelle Asymmetrie zugunsten der Christsozialen ist auch nicht nur auf deren Stärke, sondern ebenfalls auf die notorische Schwäche der bayerischen SPD als größter Oppositionspartei zurückzuführen. Die Hegemonialstellung der CSU hat dabei über viele Jahre zur Ermattung des politischen Wettbewerbs in Bayern beigetragen, der erst seit der Landtagswahl 2008 wieder eine neue Dynamik entfaltet. Wie die Untersuchung der inhaltlich-programmatischen Polarisierung der Parteipositionen gezeigt hat, findet der Parteienwettbewerb vor allem entlang der gesellschaftspolitischen Konfliktdimension statt. Hier sind die programmatischen Positionen der bayerischen Parteien so breit gestreut wie sonst in keinem Land. Eine recht große Übereinstimmung besteht hingegen bei wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragestellungen, bei denen die Parteien im Freistaat grundsätzlich moderate Positionen vertreten.

Diese partielle programmatische Übereinstimmung und die Abwesenheit extremer Parteien über viele Jahre haben sicherlich auch dazu beigetragen, dass die Segmentierung des bayerischen Parteiensystems geringer ausgeprägt ist, als man angesichts der CSU-Dominanz vermuten könnte. Selbst während der langen Phase einer absoluten christsozialen Mehrheit im Landtag waren die Parteien fähig zur punktuellen Zusammenarbeit in Sachfragen. Für die Opposition stellte die kooperative Strategie eine der wenigen Möglichkeiten dar, eigene politische Vorstellungen zumindest teilweise umzusetzen.⁴² Und die Parlamentsmehrheit war gut beraten, Anregungen der Minderheit nicht völlig zu ignorieren, um die eigene Anpassungsfähigkeit an gesell-

schaftliche Veränderungen nicht zu gefährden. Das zeigt insbesondere die Spätphase der Regierung Stoiber, in der die CSU von vielen als abgeschottete, mitunter sogar als abgehobene Partei wahrgenommen wurde, die eigene Positionen ohne Rücksicht auf gesellschaftliche Widerstände durchsetzt. Der Absturz bei der Landtagswahl 2008 war nicht zuletzt eine Folge dieser Politik.

Die Wahl 2008 stellt eine Zäsur in der Entwicklung des bayerischen Parteiensystems dar, denn seither ist eine Alleinregierung der CSU keine Selbstverständlichkeit mehr. Unumstritten ist zwar, dass die CSU als selbständige Regionalpartei mit bundes- und europapolitischem Gestaltungsanspruch nach wie vor über einen wirkungsvollen Wettbewerbsvorteil im Freistaat verfügt. Hinzu kommen ihr unvermindert hoher Organisationsgrad und die im Vergleich zu den Landesverbänden der anderen Parteien sehr gute Rekrutierungsfähigkeit.⁴³ Der gesellschaftliche Wandel und die verblassende Bedeutung gesellschaftlicher Milieus haben aber zu einer Erosion der christsozialen Stammwählerschaft beigetragen, so dass ihre gegenwärtige Dominanz keine strukturelle, sondern eine von situativen Faktoren abhängige ist.

Auch die Erfolge der AfD, die ebenfalls auf die skizzierten Veränderungen zurückzuführen sind, bei einigen Wahlen und in den Meinungsumfragen deuten darauf hin, dass das bayerische Parteiensystem vor einem Wandel stehen könnte. Ob dieser vor allem zu Lasten der CSU gehen würde, ist allerdings keinesfalls sicher, weil die früher prägende Lagerkonstellation der Wählerschaft nicht mehr in diesem Maße gegeben ist. Bei den jüngsten Landtagswahlen in den Jahren 2016 und 2017 erhielt die AfD denn auch Zulauf aus allen politischen Gruppierungen. Eine Befragung von Infratest dimap ergab zum Beispiel, dass 26,2 Prozent der AfD-Wähler in Baden-Württemberg fünf Jahre zuvor für sogenannte bürgerliche Parteien und 22,5 Prozent für linke Parteien gestimmt hatten.⁴⁴ Vor allem aber konnte die AfD ehemalige Nichtwähler wieder an die Wahlurnen bringen – und angesichts des großen Nichtwähleranteils bei den zurückliegenden bayerischen Landtagswahlen (2013: 36,4 Prozent der Wahlberechtigten) besteht insofern auch hierzulande für diese Partei ein entsprechendes Mobilisierungspotential. ■

42 Zu den Bedingungen von Oppositionsarbeit im Bayerischen Landtag in Zeiten der Großen Koalition im Bund vgl. Ursula Münch: Partner im Bund – politische Gegner im Freistaat. Zum Verhältnis von CSU und BayernSPD in Phasen der Großen Koalition, in: Parteien und Demokratie. Innerparteiliche Demokratie im Wandel, hg. v. Ursula Münch/Uwe Kranenpohl/Henrik Gast, Baden-Baden 2014, S. 169–200.

43 Vgl. Glaab/Weigl (wie Anm. 16), S. 39; Oskar Niedermayer: Parteimitgliedschaften im Jahre 2015, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 47 (2016), S. 411–436, hier S. 419.

44 Vgl. Viola Neu: Landtagswahl in Baden-Württemberg am 13. März 2016. Wahlanalyse, vgl. http://www.kas.de/wf/doc/kas_44550-544-1-30.pdf?160504144937 [Stand: 16.01.2017]. Vgl. hierzu grundsätzlich auch Decker (wie Anm. 30), S. 21.



Impressum

Einsichten und Perspektiven
hg. v. d. Bayerischen Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Monika Franz

Redaktion dieses Heftes: Monika Franz, Christina Gibbs
Redaktionsassistentin: Antonia Härtl

Titelfoto: Gerd Pfeiffer/Süddeutsche Zeitung Photo
Foto: Foto-Nachweisangabe

Gestaltung: MUMBECK – Agentur für Werbung GmbH, Schlieffenstraße 60, Wuppertal

Druck: Aumüller Druck GmbH & Co. KG, München/Regensburg

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar.
Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.
Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln.
Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Englschalkinger Str. 12, 81925 München, Fax: 089 2186-21 80, landeszentrale@stmuk.bayern.de
www.blz.bayern.de